

Wilfried Marxer

# LANDTAGSWAHLEN 2013 – FRAUEN IM FOKUS

Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut Nr. 41 (2013)

Liechtenstein-Institut  
Forschung und Lehre



Dr. Wilfried Marxer  
Politikwissenschaftler, Direktor und Forschungsleiter Politikwissenschaft des  
Liechtenstein-Instituts.

wilfried.marxer@liechtenstein-institut.li

Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut Nr. 41 (2013)  
Fachbereich Politikwissenschaft

Die Verantwortung für die Arbeitspapiere liegt bei den jeweiligen Autoren.

© Liechtenstein-Institut 2013

Liechtenstein-Institut  
Auf dem Kirchhügel  
St. Luziweg 2  
9487 Bendern  
Liechtenstein  
T +423 / 373 30 22  
F +423 / 373 54 22  
info@liechtenstein-institut.li  
www.liechtenstein-institut.li

## ABSTRACT

The parliamentary elections of 3 February 2013 resulted in a reduction of women's share of parliament seats in Liechtenstein from 24 to 20 percent. The analysis of official election data, representative post-election and other surveys, as well as media analysis show a differentiated picture of the chance of women to become elected. Women are still disadvantaged in politics even though the probability to be elected is getting closer to that of men. Despite increasing professional degrees women are also underrepresented in high positions in economy and society. This leads to a dominant exposure of men in media and public awareness – a vicious circle. However, the interest of women in politics is quite high in Liechtenstein and contrasts with their underrepresentation at candidatures as well as in political institutions. Not least, this is influenced by women's reservation with respect to the structure and the communication mechanisms of institutionalized politics. Since none of the past measures and efforts have resulted in an equal representation of women in politics, the question arises whether this target should be abandoned, self-complying or mandatory quotas should be introduced, or other effective strategies of all involved actors should be developed in order to correct this.

*Keywords: Liechtenstein, parliamentary elections, share of women, women in politics, equal opportunities.*

Die liechtensteinischen Landtagswahlen vom 3. Februar 2013 brachten für die Frauen einen Rückschritt von 24 auf 20 Prozent der Mandate. Analysen von Aggregatdaten, Datenanalysen von Meinungsumfragen, Befunde aus weiteren Umfragen sowie Medienanalysen ergeben ein differenziertes Bild der Wahlchancen von Frauen. Frauen werden in der Politik nach wie vor benachteiligt, auch wenn sich deren Wahlchancen tendenziell denjenigen der Männer annähern. Trotz steigender formaler Bildungsabschlüsse sind Frauen auch in hochrangigen Positionen in Wirtschaft und Gesellschaft unterrepräsentiert. Damit einher geht eine Dominanz von Männern in den Medien und der öffentlichen Wahrnehmung – ein Teufelskreis. Das Interesse von Frauen an der Politik ist in Liechtenstein jedoch hoch und kontrastiert mit deren Unterrepräsentation bei Kandidaturen wie auch in politischen Gremien. Das hängt nicht zuletzt mit den Vorbehalten von Frauen gegenüber den Strukturen und Kommunikationsmechanismen der institutionalisierten Politik zusammen. Nachdem alle bisherigen Massnahmen und Anstrengungen nicht zu einer gleichrangigen Vertretung von Frauen in der Politik geführt haben, ist zu fragen, ob dieses Ziel aufgegeben werden soll, ob selbstverpflichtende oder verbindliche Quoten eingeführt werden sollen oder ob andere wirksame Strategien aller Involvierten entwickelt werden können, um dies zu korrigieren.

*Schlüsselwörter: Liechtenstein, Landtagswahlen, Frauenanteil, Wahlchancen, Frauen in der Politik, Chancengleichheit.*

## INHALTSVERZEICHNIS

1.	EINLEITUNG	8
2.	FRAUENFORSCHUNG IN LIECHTENSTEIN	8
3.	FRAUENANTEIL IN NATIONALEN PARLAMENTEN: INTERNATIONALER VERGLEICH	12
4.	FRAUEN IM PARLAMENT – EIN UNTERSCHIED?	15
5.	RESULTAT VON FRAUEN BEI LANDTAGSWAHLEN 1986 BIS 2013	20
	5.1. KANDIDATUR UND WAHLERFOLG	20
	5.2. WAHLERGEBNIS 2013 – STREICHEN UND SYMPATHIESTIMMEN	22
	5.3. STREICHEN VON MÄNNERN UND FRAUEN AUF STIMMZETTELN	24
	5.4. SYMPATHIESTIMMEN FÜR MÄNNER UND FRAUEN	25
	5.5. STIMMENDIFFERENZ AUFGRUND VON SYMPATHIESTIMMEN UND STREICHUNGEN	26
	5.6. WAHLERFOLG VON FRAUEN IM OBERLAND UND UNTERLAND	27
	5.7. FAZIT	29
6.	WIRKUNG VON POLITISCHEN MANDATEN AUF DEN WAHLERFOLG	29
	6.1. GEMEINDERAT ALS SPRUNGBRETT IN DEN LANDTAG?	29
	6.2. WAHLERFOLG WIEDERKANDIDIERENDER UND NEUKANDIDIERENDER IM VERGLEICH	32
7.	FRAUENUNTERSTÜTZUNG AUS DEM BLICKWINKEL DER WÄHLER/INNEN	33
	7.1. BEWUSSTE WAHL VON FRAUEN	34
	7.2. FÖRDERUNG VON FRAUEN IN DER POLITIK	37
8.	MÖGLICHE URSACHEN DER UNTERREPRÄSENTATION VON FRAUEN	40
	8.1. POLITISCHES INTERESSE VON FRAUEN UND MÄNNERN	41
	8.2. MÄNNLICH GEPRÄGTE FORMEN POLITISCHER ARBEIT	43
	8.3. POLITISCHE KARRIEREMUSTER UND AUFSTIEGSBARRIEREN FÜR FRAUEN	45
	8.4. FRAUEN UND MÄNNER IN INFORMELLEN ENTSCHEIDUNGSSTRUKTUREN	46
	8.5. FRAUEN UND MÄNNER IN DEN MEDIEN	48
9.	STRATEGIEN ZUR VERBESSERUNG DER WAHLCHANCEN VON FRAUEN	51
10.	AUSBLICK	56
11.	QUELLEN	57
12.	LITERATUR	58

## TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Frauenanteil in nationalen Parlamenten in Europa (Stand: 1. Februar 2013; Rang gemäss globalem Ranking)	13
Tabelle 2: Parlamentarische Eingänge, Abstimmungen und Einzel-Wortmeldungen von Männern und Frauen bei Traktanden betreffend Schwangerschaftsabbruch (2004 bis 2012) (ohne Diskussionsleitungsbeiträge und Unterbrechungen des Landtagspräsidenten, ohne Verfahrensfragen und -anträge)	17
Tabelle 3: Einzel-Wortmeldungen von Männern und Frauen bei der Ersten Lesung betreffend Reform des Erbrechts 2012 (ohne Diskussionsleitungsbeiträge und Unterbrechungen des Landtagspräsidenten, ohne Verfahrensfragen und -anträge)	19
Tabelle 4: Mandatsränge von Männern (M) und Frauen (F) auf der Basis von Streichungen, von Sympathiestimmen und tatsächliches Wahlergebnis (Landtagswahlen 2013)	23
Tabelle 5: Mandatarinnen 1986 bis 2013 nach Wahlkreis	28
Tabelle 6: Frauen in der Regierung nach Wahlkreis und Partei (seit 1993)	28
Tabelle 7: Wahlerfolg bei Landtagswahlen nach Wahlerfolg bei Gemeinderatswahlen (1986–2013)	30
Tabelle 8: Wahlerfolg bei Landtagswahlen nach Wahlerfolg bei Gemeinderatswahlen (1986–2013) (in Prozent)	31
Tabelle 9: Wahlerfolg bei Landtagswahlen nach Wahlerfolg bei vorangegangenen Landtagswahlen (1986–2013)	32
Tabelle 10: Wahlerfolg bei Landtagswahlen nach Wahlerfolg bei vorangegangenen Landtagswahlen (1986–2013) (in Prozent)	33
Tabelle 11: Interesse an der Politik nach Geschlecht 1997 bis 2013 (in Prozent; gewichtet nach Parteienwahl)	42
Tabelle 12: Gründe für Absage bei Gemeinderatswahlen 2011 nach Geschlecht (Mittelwerte > 3 auf einer Skala von 1 bis 5)	44

## ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Frauenanteil in den Parlamenten der deutschsprachigen Staaten seit 1986 (Beginn der Legislaturperioden) (in Prozent)	14
Abbildung 2: Kandidatinnen und Mandatarinnen bei Landtagswahlen 1986 bis 2013 (Prozent)	20
Abbildung 3: Erfolgsquote von Frauen und Männern bei Landtagswahlen 1986 bis 2013 (Prozent)	21
Abbildung 4: Wahlkreis Oberland – Stimmendifferenz zwischen Kandidaten und Kandidatinnen aufgrund von Streichungen bei Landtagswahlen 1986 bis 2013 (Anzahl Stimmen)	24
Abbildung 5: Wahlkreis Unterland – Stimmendifferenz zwischen Kandidaten und Kandidatinnen aufgrund von Streichungen bei Landtagswahlen 1986 bis 2013 (Anzahl Stimmen)	25

Abbildung 6: Wahlkreis Oberland – Stimmendifferenz zwischen Kandidaten und Kandidatinnen aufgrund von Sympathiestimmen bei Landtagswahlen 1986 bis 2013 (Anzahl Stimmen)	25
Abbildung 7: Wahlkreis Unterland – Stimmendifferenz zwischen Kandidaten und Kandidatinnen aufgrund von Sympathiestimmen bei Landtagswahlen 1986 bis 2013 (Anzahl Stimmen)	26
Abbildung 8: Wahlkreis Oberland – Stimmendifferenz zwischen Kandidaten und Kandidatinnen aufgrund von Sympathiestimmen und Streichungen bei Landtagswahlen 1986 bis 2013 (Anzahl Stimmen)	27
Abbildung 9: Wahlkreis Unterland – Stimmendifferenz zwischen Kandidaten und Kandidatinnen aufgrund von Sympathiestimmen und Streichungen bei Landtagswahlen 1986 bis 2013 (Anzahl Stimmen)	27
Abbildung 10: Bewusste Wahl von Frauen nach Alter (in Prozent)	35
Abbildung 11: Bewusste Wahl von Frauen nach Geschlecht (in Prozent)	35
Abbildung 12: Bewusste Wahl von Frauen nach Links-Rechts-Selbsteinstufung (in Prozent)	36
Abbildung 13: Bewusste Wahl von Frauen nach Parteienwahl (in Prozent)	37
Abbildung 14: Für Förderung von Frauen in der Politik nach Alter (in Prozent)	38
Abbildung 15: Für Förderung von Frauen in der Politik nach Geschlecht (in Prozent)	38
Abbildung 16: Für Förderung von Frauen in der Politik nach Parteienwahl (in Prozent)	39
Abbildung 17: Für Förderung von Frauen in der Politik nach Links-Rechts-Selbsteinstufung (2005–2013) (in Prozent)	39
Abbildung 18: Politisches Interesse an Politik allgemein nach Geschlecht („Eher nicht interessiert“ und „überhaupt nicht interessiert“ addiert; in Prozent) (1997–2013)	42
Abbildung 19: Präsenz in Zeitungen im Falle von Personendominanz nach Kontext und Geschlecht (2000) (in Prozent)	50

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

DU	Die Unabhängigen
FBP	Fortschrittliche Bürgerpartei
FL	Freie Liste
VU	Vaterländische Union

## 1. EINLEITUNG

Die liechtensteinischen Landtagswahlen vom 3. Februar 2013 endeten aus der Sicht der meisten Beobachter/innen mit einer Überraschung. Zwar büsste erwartungsgemäss die bis dahin mit der Hauptverantwortung in der Regierung ausgestattete Vaterländische Union (VU) am meisten Stimmen ein. Dass sie aber gleich 14.1 Prozent der Stimmen und damit im Vergleich zu den Landtagswahlen 2009 fünf der damals 13 Mandate verlieren würde, überraschte. Auch der Regierungspartner, die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP), verlor Stimmen sowie ein Mandat, während erstmals zwei kleine Parteien – und dies gleich in Fraktionsstärke – in den Landtag kamen: Die Freie Liste (FL) schloss mit drei Mandaten wieder zu ihrem bisherigen Bestresultat auf, während die neue Gruppierung DU – Die Unabhängigen – auf Anhieb 15,3 Prozent der Stimmen und vier Mandate eroberte.

Aufgrund dieses unerwarteten und in Anbetracht der bis dahin weitgehend konstanten politischen Landschaft Liechtensteins spektakulären Resultates trat ein anderer Aspekt in der öffentlichen Diskussion in den Hintergrund: das Wahlabbrechen der Frauen. Seit der späten Einführung des Frauenstimmrechts in Liechtenstein im Jahr 1984 konnte tendenziell eine Verbesserung der Stellung der Frauen in der liechtensteinischen Politik festgestellt werden. Bei den Landtagswahlen 2013 errangen allerdings nur fünf Frauen ein Landtagsmandat – ein Mandat weniger als bei den Wahlen 2009. Der Mandatsanteil der Frauen ist damit auf 20 Prozent zurück gefallen. In diesem Bericht werden die amtlichen Wahlergebnisse und die Daten einer repräsentativen Nachwahlbefragung zu den Landtagswahlen 2013 detailliert analysiert sowie mit Daten aus vorangegangenen Wahlen verglichen. Es fliessen ferner noch weitere Befunde aus der nationalen und internationalen Forschung zur Stellung der Frauen in Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Medien in die Darstellung mit ein. Der vorliegende Beitrag sucht nach den Gründen für die Untervertretung der Frauen in der liechtensteinischen Politik.

Ein Dank geht an die Stabsstelle für Chancengleichheit und an die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann, die die Studie angeregt und finanziell unterstützt haben.

## 2. FRAUENFORSCHUNG IN LIECHTENSTEIN

Es hat sehr lange gedauert, bis 1984 das Frauenstimmrecht in Liechtenstein endlich eingeführt wurde.<sup>1</sup> Im Anschluss daran gingen die politischen Aktivitäten zur rechtlichen und faktischen Gleichstellung der Frauen in Politik und Gesellschaft Liechtensteins weiter. Mit der Einführung des Gleichstellungsgrundsatzes in der Verfassung in Art. 31 Abs. 2 („Mann und Frau sind gleichberechtigt“) war ein weiterer Meilenstein gesetzt, wobei die Zusatzformulierung im betreffenden Gesetz zur Abänderung der Verfassung umstritten war: „Über die Anpassung des geltenden

---

<sup>1</sup> Ausführlich dargestellt ist die Vorgeschichte bei Marxer V. (1994). Ferner bieten verschiedene Beiträge im Handbuch des Frauenprojekts Liechtenstein (1994) einen facettenreichen Einblick in soziale, rechtliche und politische Fragestellungen betreffend Frauen in Liechtenstein.

Rechts an die Gleichberechtigung von Mann und Frau bestimmen die Gesetze“.<sup>2</sup> Gleichwohl war der Damm gebrochen und die Anpassung von bestehenden Gesetzen wie auch der Rechtsprechung an den neuen Verfassungsgrundsatz wurde mehr und mehr Tatsache. Die Verabschiedung des Gleichstellungsgesetzes 1999 war hierbei ein weiterer Erfolg.<sup>3</sup> Der Schwung der Frauenstimmrechts- und Gleichberechtigungsbewegung generierte begleitend eine reichhaltige Auseinandersetzung mit genderspezifischen Fragen in Liechtenstein, stark befruchtet und angeregt von entsprechenden Debatten in den Nachbarländern. Als Initianten traten nicht nur Frauenorganisationen auf, wie dies am Beispiel des Handbuchs „Inventur“ des Frauenprojekts Liechtenstein (1994) aus Anlass des 10-jährigen Jubiläums zur Einführung des Frauenstimmrechts verdeutlicht wird. Genderanliegen wurden insbesondere auch von der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann vorangetrieben und führten zu zahlreichen Aktionen und Massnahmen<sup>4</sup>, zur Evaluation von Massnahmen<sup>5</sup>, aber auch zu mehreren wissenschaftlich orientierten Studien.

Die Rolle der Frau in der liechtensteinischen Politik wurde in den 1990er Jahren mehrfach beleuchtet. Herovitsch (1992) widmete diesem Thema ihre Diplomarbeit. Nach den Landtagswahlen 1997 herrschte Entsetzen, weil trotz aller Bemühungen und der Erwartung, dass der Aufstieg der Frauen in der Politik kontinuierlich erfolge, nur eine einzige Frau den Einzug in den Landtag geschafft hatte. Hierauf gab die Regierung beim Autor dieses Beitrags eine Studie einschliesslich repräsentativer Umfrage in Auftrag (Marxer 1997). Weitere Studien des gleichen Autors folgten.<sup>6</sup>

Abgesehen von wahlspezifischen Fragestellungen wurden auch Rollenbilder von Frauen und Männern und gesellschaftliche Funktionszuweisungen sowie damit einhergehende Diskriminierungen unter die Lupe genommen. Veronika Marxer (1996) warf einen Blick auf die historische Frauenforschung, Kutschera et al. (2000) untersuchten die Frauenpolitik in Liechtenstein, während Simon (2007) den Wandel der Familie beleuchtete. Der unterschiedlichen Vertretung von Frauen und Männern in der Berichterstattung der liechtensteinischen Tagespresse widmete sich wiederum der Autor dieses Beitrags (Marxer 2000). In den 2000er Jahren wurde die Genderforschung noch erweitert, etwa von Sochin, welche Unterschiede in den Karriereverläufen von Frauen und Männern (2006) oder das Frauenbild am Institut St. Elisabeth (2008, 2013) nachzeichnete, während Vonlanthen Biedermann (2009) in einer Bachelorarbeit über die Frauen in

---

<sup>2</sup> Verfassungsgesetz vom 16. Juni 1992 über die Abänderung der Verfassung vom 5. Oktober 1921 LGBl. 1992 Nr. 81.

<sup>3</sup> Gesetz vom 10. März 1999 über die Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz). LGBl. 1999 Nr. 96.

<sup>4</sup> Kommission 1998, 2002: Kommission et al. 1998.

<sup>5</sup> Stämpfli 1997, 1998.

<sup>6</sup> Dem Wahlabschneiden der Frauen wurde auch ein Kapitel in der Monografie über das Wahlverhalten und die Wahlmotive in Liechtenstein gewidmet (Marxer 2000, S. 342–360). Im Rahmen der Forschungstätigkeit des Liechtenstein-Instituts wurden noch weitere Studien zum Themenbereich Frau und Politik veröffentlicht, etwa im Rahmen des Rückblicks auf 20 Jahre Frauenstimmrecht (Marxer 2004), in einer Analyse zu den Landtagswahlen 2005 (Marxer 2005). Ferner wurde auch im Anschluss an die Gemeinderatswahlen von 2011 eine Umfrage durchgeführt, um die Motive derjenigen, die von Parteien erfolglos für eine Kandidatur angefragt wurden – darunter sehr viele Frauen –, in Erfahrung zu bringen (Marxer 2011).



der politischen Elite Liechtensteins mittels qualitativer Interviews von weiblichen Mitgliedern der Regierung und des Landtags forschte. Als Erfolgsfaktoren identifizierte sie insbesondere das politische Interesse, ein hohes Ausbildungsniveau, Belastbarkeit, Durchsetzungsfähigkeit und grosse Bekanntheit (46f.).

Nach der grundsätzlichen rechtlichen Gleichstellung von Frau und Mann und den Analysen zur Rolle der Frau in Politik und Gesellschaft rückten in den 2000er Jahren zunehmend auch Fragen der ökonomischen Gleichstellung beziehungsweise der Position der Frauen in der Wirtschaft in den Vordergrund. Hersche (2005) widmete ihre Diplomarbeit der Untervertretung von Frauen in den Führungsgremien der liechtensteinischen Wirtschaft, die Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Landesverwaltung und die Stabsstelle für Chancengleichheit regten 2007 und 2012 Studien zur Lohngleichheit beziehungsweise allfälliger Ungleichheit in der Landesverwaltung an (Marxer 2007, 2012a). Sie gaben auch einen Ratgeber zum Gleichstellungsgesetz heraus (Stabsstelle 2006), gemeinsam mit der Regierung und „Vorarlberg Frauen“ ausserdem eine Broschüre zur Chancengleichheit in Betrieben (Regierung et al. 2007). Ferner wurde auch ein Handbuch zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in kleinen und mittleren Unternehmen verteilt (Regierung 2007). Simon (2008) verfasste einen Beitrag über die vertikale Segregation zwischen Frauen und Männern mit Blick auf Liechtenstein. Ferner warfen Historikerinnen einen Blick zurück auf die Frauenerwerbstätigkeit in früheren Jahrzehnten (Frick 2005, bereits früher Heeb-Fleck 1995).

Gelegentlich wurde auch die Frauenbewegung der jüngeren Geschichte beleuchtet, so in den vom Verein Bildungsarbeit für Frauen in Auftrag gegebenen Videofilmen von Isolde Marxer (2002) oder wenig später in einer Bilanz über 20 Jahre Frauenstimmrecht (Marxer 2004). Die Stabsstelle für Chancengleichheit liess einen Statusbericht erstellen (Rein 2006) und wiederholte dies in ähnlicher Form fünf Jahre später unter dem Titel „25 Jahre Gleichstellung von Mann und Frau – was daraus geworden ist“ (Stabsstelle/Schatzmann 2011).

Aus den verschiedenen Studien lassen sich gesellschaftliche Verankerungen von traditionellen Rollenbildern von Männern und Frauen ebenso ablesen wie ein lange andauerndes, beschwerliches Bemühen um die rechtliche und faktische Gleichstellung von Frau und Mann in Liechtenstein. Trotz der Studien und vielfältiger Aktivitäten von staatlichen und nichtstaatlichen Stellen sind nach wie vor Defizite festzustellen. Es soll auch nicht verschwiegen werden, dass trotz aller Studien nach wie vor Forschungslücken vorhanden sind. So ist insbesondere auch das Wahlabschneiden von Frauen ein wenig beleuchteter Aspekt.

Defizite in der Datengrundlage werden deutlich, wenn Liechtenstein – wie andere Staaten – zunehmend einem internationalen Monitoring durch Beobachter etwa des Europarates, der Uno oder der Europäischen Union unterzogen wird. Dann werden nicht selten Wissenslücken und fehlende statistische Datengrundlagen offenkundig. Es ist aber auch darauf hinzuweisen, dass ein Kleinstaat wie Liechtenstein mit seinen limitierten Forschungsressourcen nicht alles Wünschenswerte wissenschaftlich untersuchen kann. Daher ist es notwendig und hilfreich, einen Blick in andere Staaten und die dortigen Forschungstätigkeiten sowie Forschungsergebnisse zu werfen. In der vorliegenden Studie, die sich speziell dem Wahlabschneiden von Frauen widmet,

wird an Befunde aus der internationalen Forschung angeknüpft und vor diesem Hintergrund die spezifische Situation in Liechtenstein analysiert.

Liechtenstein weist indes viele Besonderheiten auf, die eine Übertragung von Forschungsergebnissen, die anderswo gewonnen wurden, nicht in allen Fällen zulassen. Hier sind etwa die Besonderheiten des politischen Systems einschliesslich des Wahlrechts zu nennen, die politische Kultur mitsamt der späten Einführung des Frauenstimmrechts, die spezifische Medienlandschaft mit starker Parteibindung der Leitmedien, die wenig ausdifferenzierte Parteienlandschaft mit einer starken Orientierung in Richtung der politischen Mitte, welche sich letztlich auch in einer gemeinsamen Regierungskoalition der beiden Grossparteien VU und FBP während der meisten Zeit seit den 1930er Jahren ausdrückt. Dennoch ist ein Vergleich Liechtensteins mit anderen Staaten sinnvoll, da aufgrund kultureller Nähe zu den deutschsprachigen Ländern und Parallelen der Rechtsentwicklung, aber auch durch die europäische Integration Einflüsse unverkennbar sind.

In diesem Beitrag werden daher einerseits Forschungsbefunde aus anderen Ländern reflektiert, andererseits aber sollen auch die teilweise empirisch erhärteten, teilweise zu vermutenden Differenzen oder Gemeinsamkeiten mit der liechtensteinischen Situation gewürdigt werden. Die Vertretung der Frauen in der Politik, namentlich auch das Abschneiden bei Wahlen, ist international betrachtet ein wiederkehrender Forschungsgegenstand, der von staatlichen wie auch privaten Stellen beleuchtet wird. In der Schweiz gibt die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen im ein- bis dreimal pro Jahr erscheinenden Periodikum „Frauenfragen“ diesem Aspekt regelmässig Raum. Alle vier Jahre sind die Wahlen ein Schwerpunktthema (Eidgenössische Kommission für Frauenfragen 1992, 1996, 2000, 2004, 2008, 2012). Einen Bezug zu Wahlen weisen aber auch Hefte aus dem Jahr 2001 („Mentoring in der Politik“), 2003 („Blickfeld Gender. 13 Empfehlungen für Medienschaffende zu den eidgenössischen Wahlen 2003“), nochmals 2003 („Medien, Geschlecht und Politik“) sowie 2005 auf (wiederum „Mentoring in der Politik“).

In Deutschland hat sich Beate Hoecker mit Studien zur Partizipation von Frauen in Deutschland und darüber hinaus profiliert, dabei namentlich auch zur Wahlbeteiligung und der politischen Repräsentation von Frauen in Entscheidungsgremien.<sup>7</sup> Die Ausgangslage ist ähnlich wie in Liechtenstein, allerdings mit einer etwas stärkeren Vertretung von Frauen in der Politik. Summarisch sieht die Situation in Deutschland wie folgt aus:

- Der Frauenanteil im deutschen Bundestag ist von rund 8 bis 10 Prozent in den 1950er bis Mitte der 1980er Jahre in den Folgeperioden bis Ende der 1990er Jahre auf rund 30 Prozent gestiegen, verharrt aber seitdem auf diesem Niveau.
- Der Frauenanteil im Bundestag ist bei den Grünen und der Partei Die Linke am höchsten (knapp über 50 Prozent), bei der SPD bei knapp 40 Prozent, während die FDP einen Viertel, die CDU/CSU einen Fünftel Frauen im Bundestag aufweist.

---

<sup>7</sup> Hoecker 1987, 1995, 1999, 2008, 2011; Hoecker (Hg.) 1998, 2006. Eine prägnante Zusammenfassung ihrer Forschungsergebnisse präsentiert Hoecker auf der Website der Bundeszentrale für politische Bildung unter dem Titel „Frauen in der Politik“ (Hoecker 2009).

- In den Kommunalparlamenten liegt der Frauenanteil je nach Grösse der Gemeinden im jeweiligen Mittelwert zwischen rund 20 und 40 Prozent, wobei er mit der Grösse der Gemeinden ansteigt.

In der Schweiz veröffentlicht Seitz zudem regelmässig Analysen zum Wahlabschneiden von Frauen (2000, 2004, 2008, 2012; auch Bundesamt für Statistik et al. 2003). Dabei wird meist auch ein Blick auf die kantonale und kommunale Ebene geworfen. In anderen Studien wurden Wahlergebnisse auf Gemeindeebene analysiert (Meuli und Ladner 2000; Seitz 2001), während Bauer (2010) die kantonale Ebene betrachtet. Der Schweizer Befund ähnelt weitgehend der Situation in Deutschland, was die Vertretung von Frauen in der Politik und bei den linken und rechten Parteien betrifft. Auch Analysen in Österreich von Steininger (2000), Hofer und Wolfgruber (2000) und Rösslhumer und Appelt (2001) über die Wahlchancen von Frauen tendieren in die gleiche Richtung.

Fast alle Staaten dieser Welt weisen einen Frauenanteil im Parlament auf, der nicht dem Bevölkerungsanteil der Frauen entspricht. Das folgende Kapitel bietet hierzu einen internationalen Vergleich.

### **3. FRAUENANTEIL IN NATIONALEN PARLAMENTEN: INTERNATIONALER VERGLEICH**

Die Titel der Einzelbeiträge mit Länderbeschreibungen im Handbuch über die politische Partizipation der Frauen in den Staaten der Europäischen Union (Hoecker 1998) geben zu verstehen, dass die schwache Vertretung von Frauen in politischen Gremien ein internationales Problem darstellt. So heisst es in den Überschriften beispielsweise: „Zwischen Macht und Ohnmacht“ (Deutschland), „Heiss geliebt und politisch kaltgestellt“ (Frankreich), „Grossbritanniens sexistische Demokratie“ (Grossbritannien), „Eine noch immer unvollendete Demokratie“ (Italien) oder „Verspäteter politischer Einstieg der Frauen“ (Luxemburg). Zwar sind seit der Publikation des Handbuches fünfzehn Jahre verstrichen, aber von einer Parität zwischen Mann und Frau in der Politik kann dennoch nach wie vor keine Rede sein.

Mit einem Frauenanteil von bisher maximal 24 Prozent bei den bisherigen Landtagswahlen liegt Liechtenstein im europäischen Mittelfeld. Frauenquoten von über 40 Prozent bestehen gemäss der Interparlamentarischen Union ([www.ipu.org](http://www.ipu.org)) mit Stand vom 1. Februar 2013 in Europa lediglich in Andorra (50.0 Prozent), Schweden (44.7) und Finnland (42.5), mit knapp unter 40 Prozent folgen Island (39.7), Norwegen (39.6) und die Niederlande (38.7).

In den deutschsprachigen Ländern liegt der Frauenanteil in den nationalen Parlamenten höher als in Liechtenstein: 32.9 Prozent in Deutschland, 29.0 in der Schweiz, 27.9 in Österreich. Mit 24 Prozent lag Liechtenstein bei den Wahlen 2009 noch auf Tuchfühlung mit den Nachbarländern, mit 20 Prozent bei den Wahlen 2013 ist die Distanz allerdings grösser geworden.

Angeführt wird das globale Ranking vom afrikanischen Staat Ruanda, wo seit dem verheerenden Völkermord im Jahr 1994, dem vor allem Männer zum Opfer fielen, die Frauen eine tragende Rolle einnehmen. 24 der 80 Parlamentssitze im Unterhaus sind ohnehin seit der im Jahr 2003 in einer Volksabstimmung verabschiedeten Verfassung für Frauen reserviert, ferner schreibt die

Verfassung eine Frauenquote von 30 Prozent in beiden Parlamentskammern vor. Auch von den restlichen 56 Sitzen werden aktuell 21 von Frauen gehalten, sodass ein Frauenanteil von 56,3 Prozent resultiert.<sup>8</sup>

Im globalen Vergleich bildet Liechtenstein nach den Wahlen 2013 ziemlich exakt den Mittelwert ab: In allen nationalen Parlamenten zusammen sitzen 36'874 Männer 9'426 Frauen gegenüber (20.4 Prozent Frauenanteil). Bei den Einkammerparlamenten und dem Unterhaus bei Zweikammerparlamenten stellen die Frauen 20.8 Prozent der Abgeordneten, bei den Oberhäusern und Senaten sind es 18.2 Prozent. Frauen sind in den nordischen Staaten nicht nur europaweit, sondern auch weltweit betrachtet am stärksten repräsentiert, nämlich mit 42 Prozent. In Europa insgesamt sowie in Amerika (Norden und Süden zusammen) sind 23.2 beziehungsweise 24.1 Prozent Frauen in allen Parlamentskammern vertreten. In Afrika südlich der Sahara sind es 20.5, in Asien 18.0, den arabischen Staaten 13.8 und im pazifischen Raum 15.3 Prozent.

**Tabelle 1: Frauenanteil in nationalen Parlamenten in Europa (Stand: 1. Februar 2013; Rang gemäss globalem Ranking)**

Nordische Länder			Deutschsprachige Länder		Kleinstaaten	
Rang	Staat	%	Rang	Staat	%	
2	Andorra	50.0	60	Tschechische Republik	22.0	
4	Schweden	44.7	61	Luxemburg	21.7	
7	Finnland	42.5	63	Bosnien und Herzegowina	21.4	
10	Island	39.7	63	Italien	21.4	
11	Norwegen	39.6	65	Griechenland	21.0	
13	Dänemark	39.1	66	Estland	20.8	
14	Niederlande	38.7	(68)	Liechtenstein (seit 3.2.2013)	20.0	
17	Belgien	38.0	69	Moldawien	19.8	
20	Spanien	36.0	72	Monaco	19.0	
23	Serbien	33.2	74	Slowakei	18.7	
24	Deutschland	32.9	80	Montenegro	17.3	
27	Slowenien	32.2	83	San Marino	16.7	
31	Schweiz	29.0	85	Aserbeidschan	16.0	
32	Portugal	28.7	87	Albanien	15.7	
34	Österreich	27.9	89	Irland	15.1	
37	Frankreich	26.9	92	Türkei	14.2	
39	Weissrussland	26.6	96	Russland	13.6	
47	Litauen	24.5	97	Rumänien	13.3	

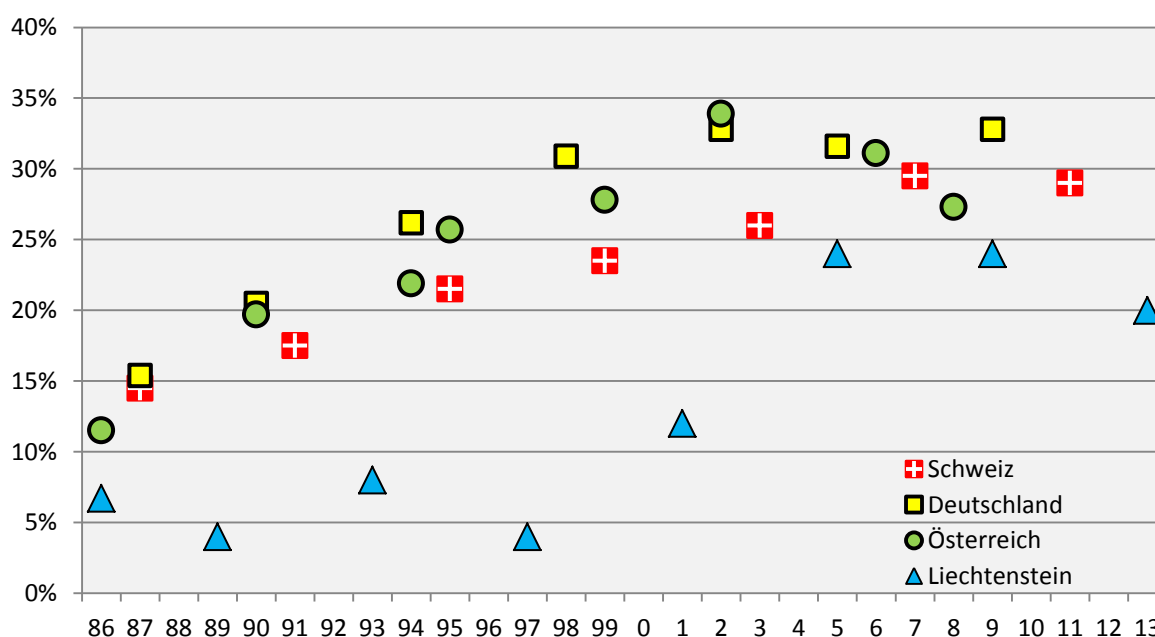
<sup>8</sup> www.sudd.ch (Suchmaschine für direkte Demokratie/Beat Müller). Ausführlich zum Fall Ruanda im Beitrag von Bernet (2012).

51	Liechtenstein bis 3.2.2013	24.0	103	Georgien	12.0
52	Kroatien	23.8	108	Armenien	10.7
53	Polen	23.7	108	Zypern	10.7
55	Lettland	23.0	115	Ukraine	9.4
56	Bulgarien	22.9	117	Ungarn	8.8
57	Vereinigtes Königreich	22.5	118	Malta	8.7

Quelle: Interparlamentarische Union ([www.ipu.org](http://www.ipu.org)).

Trotz aller Bemühungen mehren sich seit der Jahrtausendwende die Anzeichen, dass sich der Zuwachs des Frauenanteils in den nationalen Parlamenten abschwächt oder dass die Frauenrepräsentanz stagniert oder sogar rückläufig ist. Die Entwicklung verlief in Deutschland, Österreich und der Schweiz in den vergangenen Jahrzehnten weitgehend parallel. Nach einer markanten Zunahme in den 1990er Jahren herrschen nun Stagnation oder sogar Rückschritt. In Liechtenstein krebste der Frauenanteil im Parlament in den 1980er und 1990er Jahren weit unterhalb des Niveaus der anderen deutschsprachigen Staaten. Als dort wenigstens rund ein Viertel Frauenanteil erreicht war, brachten die Wahlen in Liechtenstein 1997 nochmals ein Schockresultat von 4 Prozent Mandatsanteil für die Frauen (eine einzige Frau im 25-köpfigen Landtag). Erst danach setzte eine Aufholjagd mit einer deutlichen Annäherung an den ebenfalls nicht befriedigenden Zustand der Nachbarstaaten ein, wobei die Wahlen 2013 nun den Abwärtstrend, insbesondere denjenigen Österreichs bei den letzten beiden Wahlen, aufgegriffen haben. Die Wahlen 2013 in Österreich und Deutschland werden zeigen, ob Stagnation und Abwärtstrend anhalten. Mögliche Ursachen für die Unterrepräsentation werden in Kapitel 8 weiter hinten diskutiert.

**Abbildung 1: Frauenanteil in den Parlamenten der deutschsprachigen Staaten seit 1986 (Beginn der Legislaturperioden) (in Prozent)**



Quellen: Österreich: Bis 1999 nach Steininger 2000, 44; [www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at); Schweiz: Bundesamt für Statistik; Deutschland: Bis 2005 nach Hoecker 2008, S. 12, [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de); Liechtenstein: Eigene Erhebung (1993: Herbstwahl = 8 %, Frühjahr wäre 4 %).

#### 4. FRAUEN IM PARLAMENT – EIN UNTERSCHIED?

Ein tiefer Frauenanteil im Parlament kann aus verschiedenen Gründen als problematisch angesehen werden. Erstens widerspricht es der Repräsentationsidee und der gerechten Vertretung in einer zentralen politischen Entscheidungsinstanz. Zweitens kann ein stark männerlastiges Parlament zu einer eher männerorientierten Politik tendieren – sowohl den politischen Stil wie auch die politischen Entscheidungen betreffend. Drittens sendet eine Unterrepräsentation von Frauen auch ein Signal der Ungleichheit aus, welches Symbolkraft auch für weitere gesellschaftliche Bereiche aufweist. Umgekehrt könnte eine gleichgewichtige Vertretung von Frauen und Männern im Parlament allgemeine Bestrebungen der Gleichstellung der Geschlechter symbolisch und praktisch unterstützen. Diese drei Aspekte werden nachstehend ausführlicher erörtert.

Der Landtag wird durch die Wahl zum Repräsentationsorgan des Volkes, womit sich wie erwähnt die Frage nach der gerechten Verteilung der Mandate stellt. Die gesetzlich normierten Bedingungen dieser Repräsentation sind in Liechtenstein wie in den meisten Staaten allerdings marginal. Formal zwingend ist, dass die Kandidatinnen und Kandidaten passiv wahlberechtigt sind, was die liechtensteinische Staatsbürgerschaft, die Volljährigkeit sowie den Wohnsitz in Liechtenstein bedingt. Ferner schreibt die Verfassung vor, dass es zwei Wahlkreise gibt, wobei im Unterland zehn Abgeordnete, im Oberland fünfzehn Abgeordnete gewählt werden. Weitere Beschränkungen oder Quoten – etwa für Alters- oder Berufsgruppen, Religionsgruppen, ethnische Minderheiten oder eben auch Geschlechter – existieren nicht. Bei der Regierungsbildung sind die Voraussetzungen ähnlich.

Neben dem Anteil soziodemografisch definierter Bevölkerungsgruppen im Landtag, also gemäss Forschungsliteratur der quantitativen bzw. deskriptiven Repräsentation und gerechten Vertretung, ist auch danach zu fragen, ob die Höhe des Frauenanteils einen Einfluss auf die Parlamentstätigkeit ausübt. Gegebenenfalls würde ein hoher Frauenanteil im Parlament nicht nur die deskriptive Repräsentation, sondern gleichzeitig die substantielle Repräsentation infolge stärker frauenorientierter Politik erhöhen.<sup>9</sup> Brunsbach (2011) hat dies am Beispiel des Deutschen Bun-

---

<sup>9</sup> Franceschet et al. (2012b) operieren mit den drei Begriffen „descriptive“, „substantive“ und „symbolic representation“ und geben einen Überblick über den kontroversen Forschungsstand (6–20). Die deskriptive Repräsentation beschreibt den Anteil von gewählten Frauen, die substantielle Repräsentation beschreibt den Einfluss von Frauen auf den politischen Stil und politische Entscheidungen, die symbolische Repräsentation beschreibt die Auswirkung von gewählten Frauen auf die Wahrnehmung und Selbstwahrnehmung von Frauen in der Politik. Nach Franceschet et al. (2012, 13) sind die bisherigen Forschungsbefunde betreffend Quoten keineswegs einheitlich: „quotas may have positive, mixed, and sometimes even perverse effects on women’s representation“ – wobei sich allerdings der Forschung eine Vielzahl methodischer Schwierigkeiten stellen, sodass der Einfluss einer Quote meist nicht einwandfrei belegt werden kann (ebd.).

destages untersucht.<sup>10</sup> Sie hat festgestellt, dass a) Frauen im Parlament frauenspezifische Interessen stärker vertreten, dass b) die Parteizugehörigkeit dabei einen Einfluss aufweist<sup>11</sup>, dass c) die Zunahme des Frauenanteils jedoch im Parlament keine Steigerung der Artikulationsmöglichkeiten der Parlamentarierinnen nach sich zog und d) ebenso kein stärkeres Agendasetting von Frauenanliegen mit der Zunahme des Frauenanteils im Bundestag einherging. Ein hoher Frauenanteil im Parlament muss jedoch nicht zwangsläufig mit einem stärkeren Einfluss von Frauen korrespondieren, wie Ländervergleiche, namentlich auch mit Blick auf autoritäre Regimes, zeigen (Pickel 2013). Ein hoher Frauenanteil kann auch von einem Bedeutungsverlust formeller Entscheidungsstrukturen begleitet sein oder es kann andererseits eine männliche Dominanz trotz hohen Frauenanteils andauern (Sauer 2011). Der Frauenanteil sagt daher nach Pickel (2013, 470) noch wenig über die wahre gesellschaftliche Stellung der Frau aus, kann aber immerhin dazu beitragen, das gesellschaftliche Wertemuster zugunsten der Frauen zu verändern, insofern also auch eine symbolische Funktion ausüben.

In Liechtenstein wurde bisher nicht eingehend untersucht, inwiefern der Frauenanteil im Landtag neben einer deskriptiven auch eine substantielle Komponente aufweist. Ein erster Eindruck bestätigt allerdings, dass der oben skizzierte Befund aus Deutschland zumindest teilweise auch in Liechtenstein plausibel erscheint, wie das Beispiel der Neuregelung zum Schwangerschaftsabbruch zeigt. In Tabelle 2 sind diesbezügliche Landtagsdebatten und parlamentarische Eingänge von 2004 bis 2012 aufgelistet. Der Landtag hat sich wiederholt mit Interpellationen, Postulaten, Motionen und Initiativen zum Thema Schwangerschaftsabbruch befasst. Die inhaltliche Diskussion und die Positionsbezüge der einzelnen Abgeordneten werden hier nicht näher beleuchtet. Es geht hier nur um die Frage, ob Parlamentarierinnen bezüglich dieses frauenspezifischen Themas besonders in Erscheinung treten. Dies kann bejaht werden: 87 der insgesamt 222 Voten (39 Prozent) während der Diskussionen der verschiedenen Vorlagen stammen von Frauen. Dies lag weit über dem Frauenanteil von 24 Prozent im Landtag. Vor allem bei der VU setzten die Frauen deutliche Zeichen in den betreffenden Diskussionen (61 Prozent der Voten der VU stammten von Frauen), während bei der FBP und der FL die Männervoten mit 71 bzw. 77 Prozent überwogen. Bei der FL ist zu berücksichtigen, dass in der Mandatsperiode 2009 bis 2013 Pepo Frick der einzige Abgeordnete war, gelegentlich durch dessen Stellvertreterin Helen Konzett Bargetze vertreten. Unter denjenigen, die eine Interpellation, ein Postulat, eine Motion oder eine Initiative einreichten, schwingen die Männer allerdings bei allen Parteien oben aus.

Mit 39 respektive 38 Prozent der Diskussionsbeiträge führen die VU und die FBP die Liste der Zahl der Redebeiträge an. Die 20 Prozent Diskussionsbeiträge der FL zeigen jedoch, dass diese Kleinpartei das Thema besonders stark gewichtet. Dies kommt auch bei den parlamentarischen

---

<sup>10</sup> In die Analyse floss die Parlamentstätigkeit von der 11. bis 15. Wahlperiode ein, somit also die Periode von 1987 bis 2005.

<sup>11</sup> Parlamentarierinnen aus dem bürgerlich-konservativen Lager vertreten stärker frauenspezifische Interessen im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik, das linke Lager schenkt der Frauenpolitik mehr Beachtung, während die Liberalen aufgrund ihres Selbstverständnisses nicht zwischen Männer- und Frauenanliegen unterscheiden, sondern die Chancengleichheit von Mann und Frau im Vordergrund steht.

Eingängen zum Ausdruck, die zu einem beträchtlichen Teil von der FL lanciert wurden und entsprechende Stellungnahmen in den Landtagsdebatten nach sich zogen.

Bei den Abstimmungen zeigt sich dagegen einzig bei der VU ein differenziertes Bild mit deutlich divergierenden Haltungen der Frauen im Vergleich zu den Männern. Zur Motion im Oktober 2011 sagten 6 VU-Männer und 1 VU-Frau Ja, während 3 VU-Männer und 2 VU-Frauen mit Nein abstimmten. Das umgekehrte Bild zeigt sich bei der Abstimmung über die parlamentarische Initiative am gleichen Tag. Bei der Abstimmung über die Initiative im April 2012 stimmten nur 2 VU-Frauen zu, während die 8 VU-Männer und 2 weitere VU-Frauen die Initiative ablehnten. Bei der FBP zeigt sich bei allen Abstimmungen ein eher ausgeglichenes Verhältnis im Abstimmungsverhalten von Frauen und Männern. Bei der FL und dem seit Februar 2011 parteiunabhängigen Abgeordneten Harry Quaderer erübrigt sich die Suche nach unterschiedlichem Stimmverhalten, da sie zum Zeitpunkt der Abstimmungen nur jeweils über ein Mandat verfügten.

**Tabelle 2: Parlamentarische Eingänge, Abstimmungen und Einzel-Wortmeldungen von Männern und Frauen bei Traktanden betreffend Schwangerschaftsabbruch (2004 bis 2012) (ohne Diskussionsleitungsbeiträge und Unterbrechungen des Landtagspräsidenten, ohne Verfahrensfragen und -anträge)**

Blau	Parlamentarische Eingänge
Grün	Abstimmungen

	Traktandum	VU		FBP		FL		HQ <sup>12</sup>	Total		
	Traktandum	M	F	M	F	M	F	M	M+F	M	F
2004-09-15	Interpellation Entkriminalisierung Schwangerschaftsabbruch (Einreichende)	5	2			1			8	6	2
2004-09-15	Interpellation Entkriminalisierung Schwangerschaftsabbruch (Diskussion bei Einreichung)	1	1			1			3	2	1
2004-12-15	Interpellationsbeantwortung Entkriminalisierung Schwangerschaftsabbruch	7		5	1	2			15	14	1
2005-06-17	Vorprüfung Volksinitiative „Für das Leben“	1	1		1	3			6	4	2
2005-09-21	Initiativbegehren „Für das Leben“ und Gegenvorschlag	4	2	3	2	3	1		15	10	5
2007-04-25	Motion Strafbestimmungen beim Schwangerschaftsabbruch (Einreichende)					2	1		3	2	1
2007-04-25	Motion Strafbestimmungen beim Schwangerschaftsabbruch (Diskussion bei Einreichung)	2	5	5	2	3	4		21	10	11

<sup>12</sup> HQ = Harry Quaderer, seit Februar 2011 nicht mehr Mitglied der Fraktion der VU, sondern parteilos. Er trat bei den Wahlen 2013 auf der neuen Wahlliste „DU – Die Unabhängigen“ an, die auf Anhieb 15,3 Prozent der Stimmen und 4 Mandate, darunter auch Harry Quaderer, erreichte.



2011-04-13	Vorprüfung Volksinitiative „Hilfe statt Strafe“	1			1				2	1	1
2011-06-28	Initiativbegehren „Hilfe statt Strafe“	2	14	12	5		5	4	42	18	24
2011-10-19	Motion Schwangerschaftsabbruch nach Schweizer Modell (Einreichende)					1		1	2	2	0
2011-10-19	Motion Schwangerschaftsabbruch nach Schweizer Modell (Diskussion bei Einreichung)	4	2	6	1	4		2	19	16	3
2011-10-19	Abstimmung Motion Schwangerschaftsabbruch nach Schweizer Modell (Zustimmung mit 12 Ja-Stimmen)	6	1	2	1	1		1	12	10	2
2011-10-19	Abstimmung Motion Schwangerschaftsabbruch nach Schweizer Modell (Ablehnung mit 13 Nein-Stimmen)	3	2	7	1				13	10	3
2011-10-19	Initiative Abänderung Strafgesetzbuch Schwangerschaftsabbruch (Einreichende)	0	2	4	1				7	4	3
2011-10-19	Initiative Abänderung Strafgesetzbuch Schwangerschaftsabbruch (Diskussion bei Einreichung)	4	10	16	5	5		3	43	28	15
2011-10-19	Abstimmung Initiative Abänderung Strafgesetzbuch Schwangerschaftsabbruch (Zustimmung 15 Stimmen)	3	2	8	2				15	10	5
2011-10-19	Abstimmung Initiative Abänderung Strafgesetzbuch Schwangerschaftsabbruch (Ablehnung 10 Stimmen)	6	1	1	0	1		1	10	9	1
2012-03-21	Stellungnahme der Regierung zur Initiative Abänderung Strafgesetzbuch Schwangerschaftsabbruch	1	3	1	3	3			11	5	6
2012-04-25	Motion Neureglung Schwangerschaftsabbruch nach Schweizer Modell (Einreichende)					1			1	1	0
2012-04-25	Motion Neureglung Schwangerschaftsabbruch nach Schweizer Modell (Diskussion)	3	5	8	0	6			22	17	5
2012-04-25	Initiative Abänderung Strafgesetzbuch Schwangerschaftsabbruch (Eintreten)	3	9	3	3	2			20	8	12
2012-04-25	Abstimmung Initiative Abänderung Strafgesetzbuch Schwangerschaftsabbruch (Zustimmung 11 Stimmen)	0	2	7	2				11	7	4
2012-04-25	Abstimmung Initiative Abänderung Strafgesetzbuch Schwangerschaftsabbruch (Ablehnung 14 Stimmen)	8	2	2	0	1		1	14	12	2
2012-10-29	Postulat Verbesserung Situation von Frauen im Schwangerschaftskonflikt (Einreichende)					1			1	1	0
2012-10-29	Postulat Verbesserung Situation von Frauen im Schwangerschaftskonflikt (Diskussion bei Einreichung)	1	1			1			3	2	1

TOTAL	Einreichende (Total = 22)	5	4	4	1	6	1	1	22	16	6
ANTEIL	Einreichende (Total = 100 %)	23	18	18	5	27	5	5	100	73	27
TOTAL	Alle Diskussionsbeiträge (Total = 222)	34	53	59	24	33	10	9	222	135	87
ANTEIL	Diskussionsbeiträge (Total = 100 %)	15	24	27	11	15	5	4	100	61	39
ANTEIL	Diskussionsbeiträge von Partei (%)	39	61	71	29	77	23	100			

Aufgrund dieser singulären, exemplarischen Auswertung wird die Vermutung bestärkt, dass sich Frauen in frauenspezifischen Belangen im Landtag besonders stark engagieren und teilweise auch zu divergierendem Abstimmungsverhalten im Vergleich zu den Männern oder der Fraktionsmeinung neigen. Dieser Befund müsste allerdings durch umfassendere Untersuchungen noch erhärtet werden. Der Erhöhung des Frauenanteils im Landtag würden unter diesen Voraussetzungen somit nicht nur deskriptive, sondern auch substantielle Funktionen zukommen.

Das Engagement der Parlamentarierinnen, namentlich der VU, bei der ersten Lesung zur Reform des Erbrechts, bei welcher es insbesondere auch um die erbrechtliche Stellung der Ehefrau ging, weist ebenfalls darauf hin, dass sich Frauen in frauenspezifischen Fragen besonders stark zu Wort melden. Fast die Hälfte aller Voten stammte von Frauen.

**Tabelle 3: Einzel-Wortmeldungen von Männern und Frauen bei der Ersten Lesung betreffend Reform des Erbrechts 2012 (ohne Diskussionsleitungsbeiträge und Unterbrechungen des Landtagspräsidenten, ohne Verfahrensfragen und -anträge)**

	Traktandum	VU		FBP		FL		HQ	Total		
		M	F	M	F	M	F	M	M+F	M	F
2012-03-23	Reform des Erbrechts – Erste Lesung	12	32	23	1	1		0	69	36	33

Unter dem Strich ist jedoch nicht zu erwarten, dass das Geschlecht einen sehr grossen Unterschied im Abstimmungsverhalten bewirkt. Repräsentative Umfragen nach Volksabstimmungen in Liechtenstein haben gezeigt, dass in keinem einzigen Fall eine signifikante Differenz im Abstimmungsverhalten von Männern und Frauen vorliegt.<sup>13</sup> Die Umfragen fanden im Kontext der Volksabstimmungen zur Verfassungsrevision 2003, zum Schwangerschaftsabbruch 2011, zum Spitalneubau 2011 und zur Vetoinitiative 2012 statt. Die Parteizugehörigkeit, die politischen Einstellungen und Werteorientierungen und andere Merkmale beeinflussen hingegen im Unterschied zum Geschlecht das Abstimmungsverhalten. Aus diesem Grunde müsste wohl die deskriptive sowie die symbolische Bedeutung eines hohen Frauenanteils stärker zu gewichten sein als dessen substantielle Seite. Wie erwähnt besteht in dieser Frage jedoch noch Forschungsbedarf.

<sup>13</sup> Datensätze im Datenarchiv des Liechtenstein-Instituts. Ad-hoc-Auswertung des Abstimmungsverhaltens von Männern und Frauen für diese Studie.

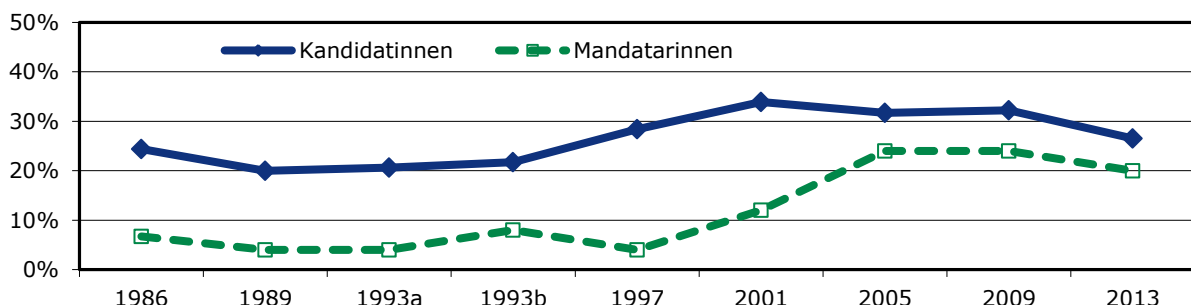
## 5. RESULTAT VON FRAUEN BEI LANDTAGSWAHLEN 1986 BIS 2013

Politisch unumstritten dürfte sein, dass in den modernen Demokratien grundsätzlich ein höherer Frauenanteil in denjenigen Parlamenten, die einen relativ niedrigen Frauenanteil aufweisen – also den meisten Parlamenten –, wünschenswert wäre. Im folgenden Kapitel werden die diesbezüglichen Schwierigkeiten in Liechtenstein dargestellt. Dabei wird auf den Anteil der kandidierenden Frauen, auf deren individuellen Wahlerfolg sowie auf die Wirkungen des Wahlsystems, das eine Bevorzugung beziehungsweise eine Benachteiligung einzelner Kandidatinnen und Kandidaten ermöglicht, eingegangen.

### 5.1. Kandidatur und Wahlerfolg

Bei allen Landtagswahlen seit 1986 – also den ersten Wahlen nach Einführung des Frauenstimmrechts im Jahr 1984 – war der Anteil der Kandidatinnen unter allen Kandidierenden jeweils höher als ihr Anteil bei den gewählten Abgeordneten. Abbildung 2 zeigt jedoch, dass die Kluft von 1986 bis 2001 deutlich ausgeprägter war als bei den Wahlgängen seit 2005. So stellten die Frauen beispielsweise 1986 insgesamt 24.4 Prozent aller Kandidierenden, erreichten aber nur eines von damals fünfzehn Mandaten, also 6.7 Prozent. Eine extreme Diskrepanz war auch 1997 festzustellen: Die Frauen stellten 28.4 Prozent aller Kandidierenden, erreichten jedoch nur eines der nun 25 Mandate, also 4 Prozent. Der bisherige Höchststand an kandidierenden Frauen, nämlich 33.9 Prozent, ist für das Jahr 2001 festzustellen. Mit nunmehr drei Mandaten (12 Prozent) wurde auch ein neuer Höchststand an Mandaten für Frauen erzielt. Bei den nachfolgenden Wahlen ist eine sinkende Tendenz bei den kandidierenden Frauen festzustellen, insbesondere die jüngsten Wahlen von 2013 betreffend, bei denen nur noch 26.5 Prozent aller Kandidierenden Frauen waren. Die Jahre 2005 und 2009 brachten dennoch eine Verdoppelung der Mandate von Frauen im Vergleich zu 2001, nämlich auf sechs von 25 Mandaten. 2013 hingegen erreichten die Frauen nur noch fünf Mandate beziehungsweise einen Mandatsanteil von 20 Prozent. Im Vergleich zum Bevölkerungs- beziehungsweise Wählerinnenanteil, der knapp über 50 Prozent liegt, sind die Frauen im liechtensteinischen Landtag daher stark unterrepräsentiert.

Abbildung 2: Kandidatinnen und Mandatarinnen bei Landtagswahlen 1986 bis 2013 (Prozent)



In weiten Teilen zeigen die beiden Linien in Abbildung 2 einen parallelen Verlauf, sodass man vermuten könnte, dass ein steigender Anteil an Frauen unter den Kandidierenden zu einer stärkeren Frauenvertretung im Landtag führt. Die Wahlen 1997 und 2005 widersprechen allerdings dieser Annahme einer linearen Entwicklung. 1997 nahm der Anteil an Frauen unter den Kandidierenden deutlich zu, war jedoch begleitet von einem Mandatsverlust für die Frauen. Umge-

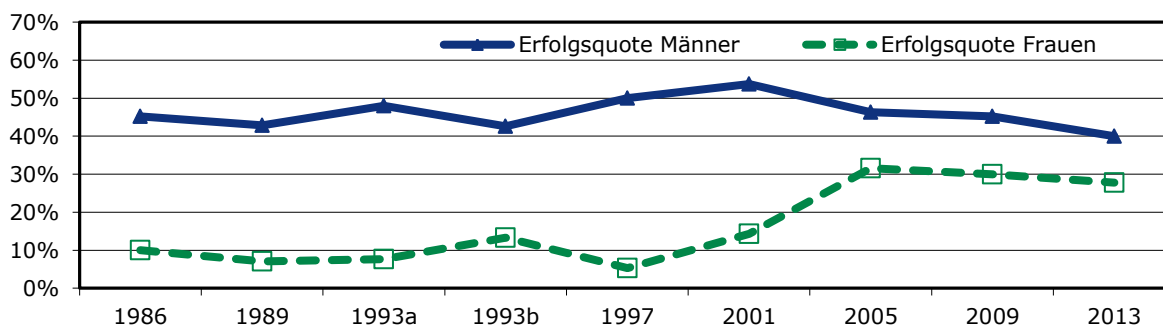
kehrt nahm 2005 der Frauenanteil unter den Kandidierenden leicht ab, während sich der Frauenanteil im Landtag verdoppelte. Insgesamt zeigt sich statistisch dennoch eine – wenngleich nicht hochsignifikante (sig .024) – positive Korrelation zwischen dem Kandidatinnenanteil und dem Mandatsanteil von Frauen. Kapitel 8 und 9 geben Hinweise, wie der Frauenanteil bei den Kandidierenden möglicherweise erhöht werden könnte, wobei grundlegende Fragen des politischen Stils, der gesellschaftlichen Rolle von Frauen, der Beitrag der Medien, innerparteiliche und andere Fördermassnahmen ebenso angesprochen sind wie verpflichtende Quoten.

Im Vergleich dazu stellt Bauer (2010, 13) für den Kanton Freiburg fest, dass der Anteil an Kandidatinnen keinen Einfluss auf deren Wahlquote<sup>14</sup> bei Nationalratswahlen hat, während auf nationaler Ebene in der Schweiz die Chance, als Frau gewählt zu werden, mit steigendem Anteil an Kandidatinnen steige. Bauer kommt ferner zum Schluss, dass der Frauenanteil in politischen Gremien mit der Zahl der zu vergebenden Mandate steige – also etwa im Nationalrat höher ist als im Ständerat – und dass der Frauenanteil mit sinkendem Prestige der Ämter – also beispielsweise einem Kommunalparlament – steige. Wenn man aufgrund der Befunde damit rechnen kann, dass ein steigender Anteil an kandidierenden Frauen keinen negativen Einfluss auf den Frauenanteil in politischen Gremien hat, spricht zumindest nichts dagegen, diesen Anteil zu erhöhen. Dies wäre auch ein Signal, dass das Feld der Politik nicht grossmehrheitlich den Männern überlassen wird.

Wenn wir die Erfolgsquote bei den Landtagswahlen seit 1986 in Abbildung 3 betrachten, zeigt sich bis zum Jahr 2001 eine extreme Kluft zwischen Männern und Frauen. Während bei den Wahlen 1986 bis 2001 jeweils zwischen rund 40 und 50 Prozent aller kandidierenden Männer den Einzug in den Landtag schafften, lag die Erfolgsquote der Frauen meist unter 10 Prozent. Erst seit den Wahlen 2005 hat sich die Erfolgsquote der beiden Geschlechter signifikant angenähert.

Mit 31.6 Prozent erreichte die Erfolgsquote der Frauen 2005 das bisherige Maximum. Seitdem ist sie wieder leicht gesunken und liegt aktuell bei 27.8 Prozent. Die Differenz zwischen den Erfolgsquoten der Männer und der Frauen betrug bei den Wahlen 2013 12.2 Prozentpunkte. Dies ist die kleinste Differenz, die bei allen bisherigen Wahlen registriert wurde.

**Abbildung 3: Erfolgsquote von Frauen und Männern bei Landtagswahlen 1986 bis 2013 (Prozent)**



<sup>14</sup> Als Wahlquote definiert Bauer (2011, 10) das Verhältnis zwischen Gewählten und Kandidierenden  $[(\text{Gewählte \%} / \text{Kandidierende \%}) \times 100]$ .

Betrachtet man den Mandatsanteil von Frauen im Liechtensteiner Landtag seit 1986, zeigt sich ein tiefes Niveau in den 1980er und 1990er Jahren, während mit Beginn des neuen Jahrtausends Hoffnung aufkam, dass sich der Frauenanteil im Landtag schrittweise dem tatsächlichen Bevölkerungsanteil der Frauen annähert. Nach den beiden Wahlen, die diese Hoffnung bestärkten – 2001 und 2005 –, ist bei den beiden nachfolgenden Wahlen jedoch Stagnation oder sogar Rückschritt festzustellen – allerdings auf höherem Niveau als in den 1990er Jahren. Ist also der Höhepunkt der Vertretung von Frauen in der liechtensteinischen Politik bereits erreicht oder sogar überschritten? Eine Stagnation oder sogar ein Rückschritt wäre durchaus im Einklang mit den Nachbarstaaten, wie aus Abbildung 1 weiter oben hervorgeht.

## 5.2. Wahlergebnis 2013 – Streichen und Sympathiestimmen

Das liechtensteinische Wahlsystem erlaubt es den Wählerinnen und Wählern, einzelne Kandidierende auf dem verwendeten Parteien-Stimmzettel zu streichen (Streichungen) sowie Kandidatinnen und Kandidaten anderer Parteien hinzuzuschreiben (Sympathiestimmen). Das in der Schweiz mit Panaschieren bezeichnete selektive Wählen ist also möglich, während das in der Schweiz ebenfalls häufig praktizierte System des Kumulierens, also der doppelten Stimmvergabe an einen Kandidaten oder eine Kandidatin, nicht möglich ist. Nachfolgend wird untersucht, wie häufig Frauen oder Männer in Liechtenstein in der Vergangenheit gestrichen wurden oder Sympathiestimmen erhielten. Um die Daten vergleichbar zu halten, müssen jeweils die Frauen und Männer in den beiden Wahlkreisen sowie nach Parteien getrennt betrachtet werden.

Bei den Landtagswahlen 2013 war es tatsächlich so, dass die Rangfolge aufgrund des Streichens auf dem Stimmzettel der eigenen Partei sowie die Rangfolge aufgrund der Sympathiestimmen von der schlussendlichen Reihenfolge, die sich aus diesen beiden Faktoren ergibt, voneinander abweichen. Bei den beiden kleineren Parteien FL und DU sind die Abweichungen weniger gravierend als bei den Grossparteien FBP und VU, aber dennoch vorhanden. Die FL-Wähler/innen hätten auf den eigenen Stimmzetteln 2013 im Oberland Andreas Heeb statt Thomas Lageder mit einem Mandat ausgestattet, die DU-Wähler/innen Thomas Rehak anstelle von Pio Schurti. In beiden Fällen haben also die Sympathiestimmen den Ausschlag für eine letztendlich andere Mandatszuteilung gegeben. Im Unterland hingegen sind die Reihenfolgen bei FL und DU bei den eigenen Stimmzetteln und den Sympathiestimmen identisch.

Weit gravierender sind wie erwähnt die Abweichungen bei den Grossparteien. Bei der FBP wären im Oberland gemäss dem Wahlwunsch der FBP-Wähler/innen Wilfried Ospelt und Norman Marxer in den Landtag gewählt worden, während Christine Wohlwend und Eugen Nägele Ersatzabgeordnete geworden wären, anstatt ein Mandat zu erreichen. Von den VU-Wähler/innen wäre Manfred Kaufmann anstelle von Karin Rüdissler-Quaderer in den Landtag gewählt worden. Wohlwend und Nägele profitierten ebenso wie Rüdissler-Quaderer von den Sympathiestimmen. Würden nur die Sympathiestimmen zählen, wäre bei der VU Marion Kindle-Kühnis auf dem zweiten Platz, der VU-Fraktionsvorsitzende der vergangenen Mandatsperiode, Peter Hilti, noch auf dem letzten Platz für ein Landtagsmandat gelandet. Beide gingen jedoch tatsächlich ohne Mandat aus den Wahlen. Thomas Vogt wäre bei den Sympathiestimmen dagegen auf einem Ersatzplatz anstelle seines Mandates gelandet und der gewählte Christoph Beck und der Ersatzab-

geordnete Manfred Kaufmann hätten bei den Sympathiestimmen weder ein Mandat noch ein Ersatzmandat.

Im Unterland hätten die FBP-Wähler/innen René Schierscher anstelle von Manfred Batliner in den Landtag gewählt. Batliner profitierte also von Sympathiestimmen. Dort lag ferner auch Carmen Zanghellini-Pfeiffer auf Mandatsrang (tatsächlich: kein Mandat), während Gerold Büchel auf der Basis der Sympathiestimmen sein Mandat verloren hätte und auch nicht Ersatzabgeordneter geworden wäre.

Bei der VU wäre im Unterland die Mandatsverteilung aufgrund des Wahlverhaltens der VU-Wähler/innen ebenfalls deutlich anders ausgefallen: Die Wahlsiegerin Judith Öhri wäre nämlich ohne Sympathiestimmen weder Abgeordnete noch Ersatzabgeordnete geworden. An ihrer Stelle hätte Dominik Oehri ein Mandat erobert. Judith Öhri erreichte ihre Spitzenposition aufgrund der hohen Zahl an Sympathiestimmen, bei denen sie vor Violanda Lanter-Koller den ersten Rang belegte. Werner Kranz hätte bei den Sympathiestimmen das Mandat anstelle seines Ersatzmandates erreicht.

Keine Änderungen in der Reihenfolge ergeben sich im Unterland wie weiter oben erwähnt bei FL und DU. Sowohl auf den Stimmzetteln der eigenen Partei wie auch bei den Sympathiestimmen liegen Wolfgang Marxer (FL) sowie Herbert Elkuch vor Erich Hasler (DU) auf den Mandatsplätzen, während Patrick Risch (FL) und Peter Wachter (DU) auf den Ersatzrängen folgen.

Die nachstehende Tabelle 4 zeigt, wie die Mandatsverteilung zugunsten von Frauen und Männern in den beiden Wahlkreisen erstens aufgrund des Streichens auf den Stimmzetteln (ohne Berücksichtigung der Sympathiestimmen) ausgefallen wäre, andererseits aufgrund der Sympathiestimmen (ohne Berücksichtigung der Streichungen). Dies vergleichen wir mit dem tatsächlichen Wahlergebnis. Gemäss Streichresultat hätten nur zwei Frauen den Einzug in den Landtag geschafft, bei isolierter Betrachtung der Sympathiestimmen wäre diese Zahl auf sieben hochgeschwollen. Tatsächlich resultierten fünf Mandate für Frauen.

**Tabelle 4: Mandatsränge von Männern (M) und Frauen (F) auf der Basis von Streichungen, von Sympathiestimmen und tatsächliches Wahlergebnis (Landtagswahlen 2013)**

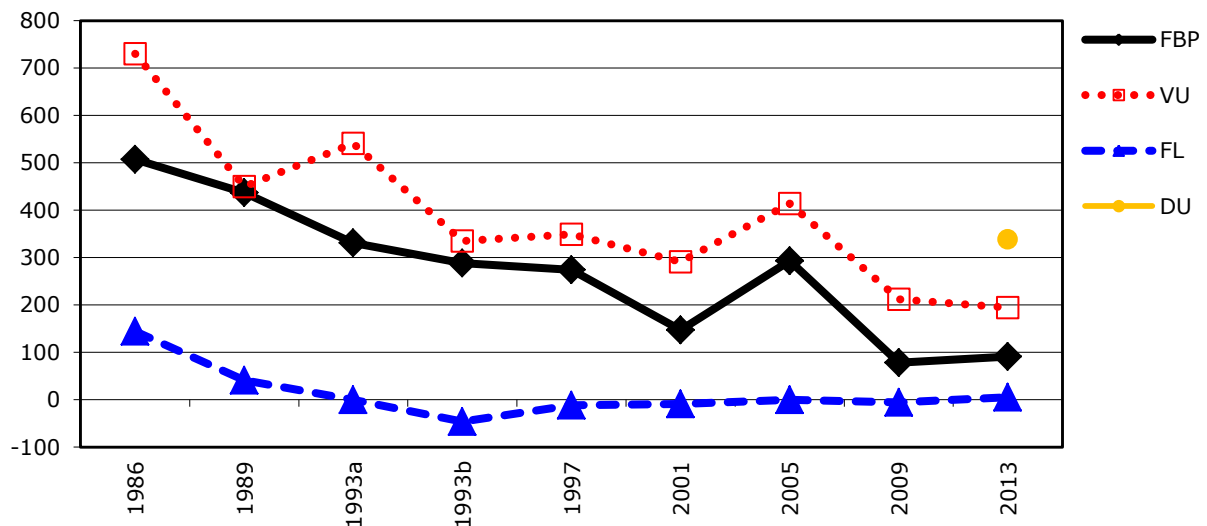
	Hypothetisch: Mandate gemäss Streichungen auf Stimm- zetteln		Hypothetisch: Mandate gemäss Sympathiestimmen		Tatsächlich: Mandate aufgrund von Sympathiestimmen und Streichungen	
	M	F	M	F	M	F
Oberland Mandate	14	1	11	4	12	3
Unterland Mandate	9	1	7	3	8	2
TOTAL Mandate	23	2	18	7	20	5

In den folgenden zwei Abschnitten wird die Entwicklung des Streichverhaltens der Wähler/innen und die Verteilung von Sympathiestimmen seit der Einführung des Frauenstimmrechts untersucht.

### 5.3. Streichen von Männern und Frauen auf Stimmzetteln

In Bezug auf Streichungen bestand im Oberland in den 1980er und 1990er Jahren bei den beiden Grossparteien eine sehr grosse Kluft zwischen kandidierenden Frauen und Männern. Tendenziell reduzierte sich diese Kluft, betrug aber bei den Wahlen 2013 immer noch 194 (VU) beziehungsweise 91 Stimmen (FBP) im Mittelwert. Bei der Gruppierung DU betrug die durchschnittliche Stimmendifferenz 338, bei der FL 5. Bei der Gruppierung DU ist zu berücksichtigen, dass nur eine Frau auf dem Stimmzettel stand, die eine eher geringe Bekanntheit aufwies. Generell werden Frauen auf den Stimmzetteln der FL bei den Wahlen seit 1986 weniger stark benachteiligt als auf den anderen Stimmzetteln. Seit 1997 werden Männer und Frauen auf FL-Stimmzetteln nämlich fast gleich häufig gestrichen.

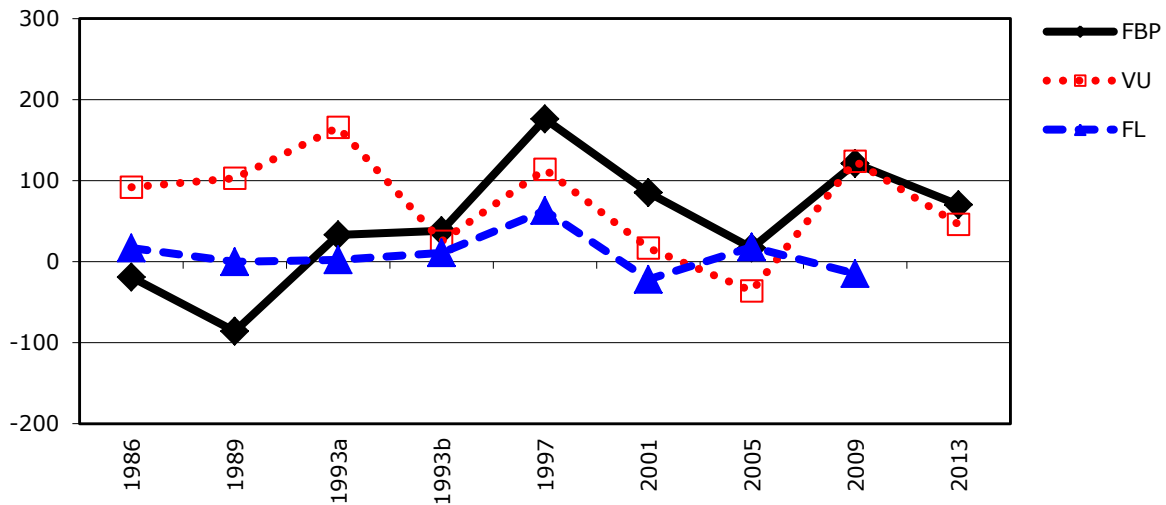
Abbildung 4: Wahlkreis Oberland – Stimmendifferenz zwischen Kandidaten und Kandidatinnen aufgrund von Streichungen bei Landtagswahlen 1986 bis 2013 (Anzahl Stimmen)



Lesehilfe: Positive Werte bedeuten, dass Männer im Mittelwert mehr Stimmen erzielten als Frauen, bei negativen Werten erzielten Frauen im Mittelwert mehr Stimmen.

Im Unterland präsentiert sich die Lage deutlich anders als im Oberland. Die Stimmendifferenz aufgrund von Streichungen variiert sehr stark nach Wahl und Partei und weist keine eindeutige Tendenz auf. In einigen Fällen wurden Frauen der FBP und VU weniger oft gestrichen als Männer, was im Oberland bis dato nie der Fall war. FL und DU sind 2013 nicht ausgewiesen, da auf diesen Listen keine Frauen im Unterland kandidierten.

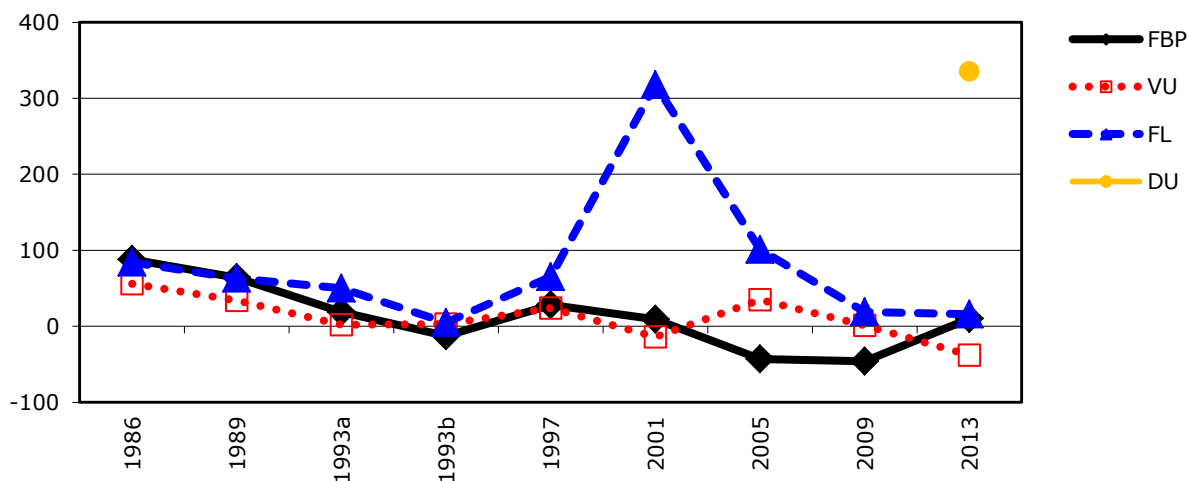
Abbildung 5: Wahlkreis Unterland – Stimmendifferenz zwischen Kandidaten und Kandidatinnen aufgrund von Streichungen bei Landtagswahlen 1986 bis 2013 (Anzahl Stimmen)



#### 5.4. Sympathiestimmen für Männer und Frauen

In den 1980er Jahren entfielen bei allen Parteien im Oberland deutlich mehr Sympathiestimmen auf Männer als auf Frauen. Seitdem profitieren bei den Grossparteien im Mittelwert einmal eher die Männer, einmal eher die Frauen von den Sympathiestimmen. Hierbei schlägt zu Buche, dass weniger stark Parteigebundene, tendenziell auch progressiver Eingestellte, vermutlich eher Sympathiestimmen an Kandidatinnen und Kandidaten anderer Parteien vergeben. Diese weisen ausserdem ein überdurchschnittlich frauenfreundliches Wahlverhalten auf. Bei der FL hingegen fiel die Bilanz bei allen bisherigen Wahlen – teilweise deutlich – zugunsten der männlichen Kandidierenden aus. Die VU- und FBP-Wähler/innen zeigen also ein weniger frauenpräferierendes Wahlverhalten bei der Verteilung von Sympathiestimmen an Kandidierende der FL auf. Der Extremfall 2001 ist dabei darauf zurückzuführen, dass Paul Vogt neben sechs Kandidatinnen einziger männlicher Kandidat der FL im Oberland war und mit grossem Abstand am meisten Sympathiestimmen erhielt.

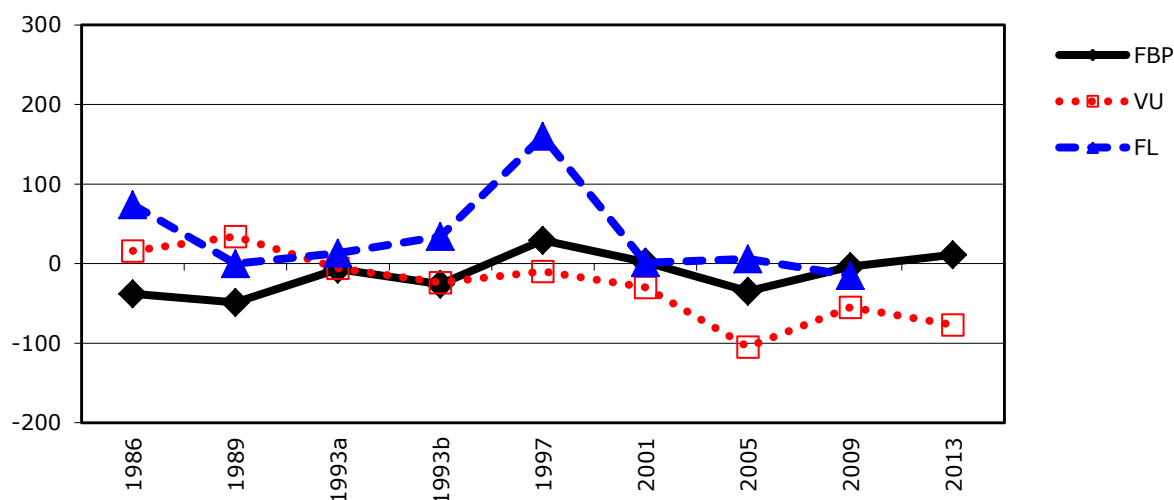
Abbildung 6: Wahlkreis Oberland – Stimmendifferenz zwischen Kandidaten und Kandidatinnen aufgrund von Sympathiestimmen bei Landtagswahlen 1986 bis 2013 (Anzahl Stimmen)





Bei den Sympthiestimmen zeigt sich im Unterland, dass Frauen der Grossparteien aufgrund von Sympthiestimmen nicht systematisch benachteiligt sind. Es gab zahlreiche Wahlen, bei denen die Frauen im Mittelwert mehr Sympthiestimmen erhielten als die Männer. Bei der FL ist das Verhältnis ausgeglichener als im Oberland, wobei personenbedingt einzelne Ausreisser zu verzeichnen sind – insbesondere 1997 aufgrund des Kandidaten Egon Matt.

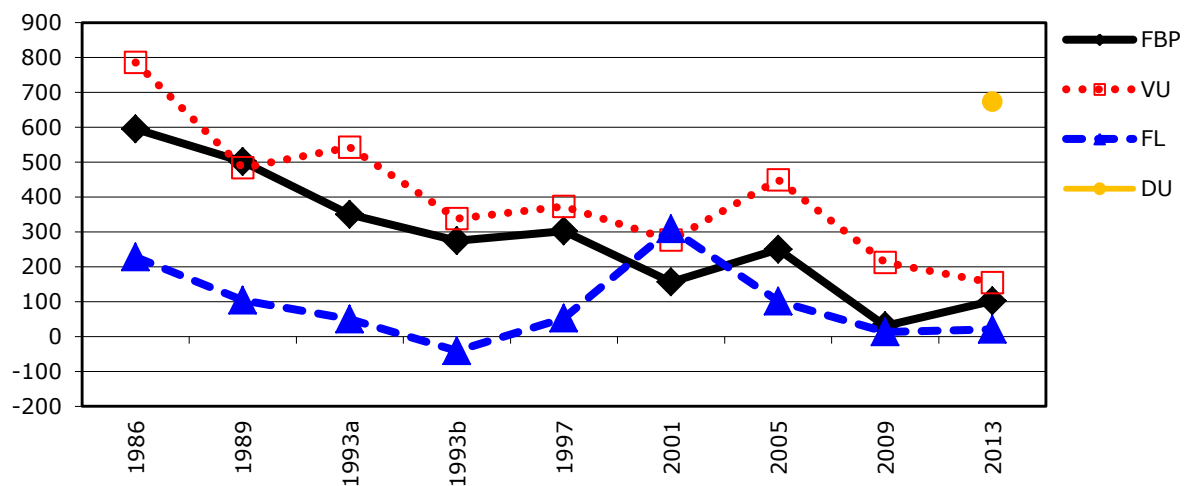
**Abbildung 7: Wahlkreis Unterland – Stimmendifferenz zwischen Kandidaten und Kandidatinnen aufgrund von Sympthiestimmen bei Landtagswahlen 1986 bis 2013 (Anzahl Stimmen)**



### 5.5. Stimmendifferenz aufgrund von Sympthiestimmen und Streichungen

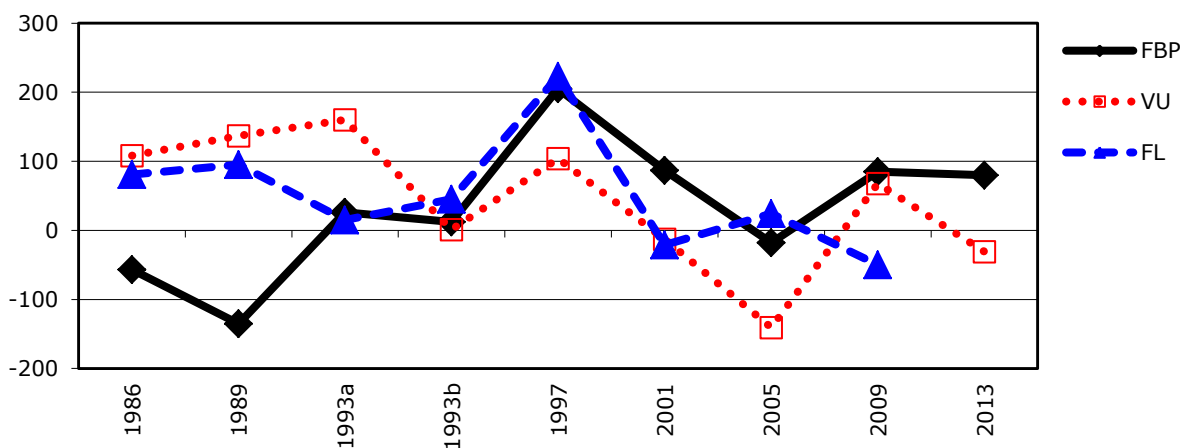
Über die gesamte Periode von 1986 bis 2013 betrachtet haben die Männer im Mittelwert meist mehr Stimmen unter Berücksichtigung der Streichungen und Sympthiestimmen auf sich vereinigen können als die Frauen. Dies betrifft insbesondere den Wahlkreis Oberland, wo erst im Falle der FL bei den Herbstwahlen 1993 ein kleines Plus zugunsten der Frauen zu verzeichnen war. Wie Abbildung 8 zeigt, ist die Tendenz allerdings eindeutig: die Differenz ist im Verlauf der Zeit deutlich kleiner geworden. 1986 wiesen die VU-Männer unter Anrechnung von Sympthiestimmen und Streichungen durchschnittlich noch rund 786 Stimmen mehr auf als die Frauen, bei den FBP-Männern waren es 595 Stimmen. 2013 betrug die Differenz noch 155 beziehungsweise 102 Stimmen. Ein Gleichstand ist noch nicht erreicht, aber die Wahlchancen der Frauen sehen nicht mehr so düster aus, wie es retrospektiv noch in den 1980er Jahren und bei vielen weiteren Wahlen danach der Fall war. Schwer wiegt insbesondere noch das Handicap, dass die Frauen häufiger als die Männer auf den eigenen Stimmzetteln gestrichen werden.

Abbildung 8: Wahlkreis Oberland – Stimmendifferenz zwischen Kandidaten und Kandidatinnen aufgrund von Sympathiestimmen und Streichungen bei Landtagswahlen 1986 bis 2013 (Anzahl Stimmen)



Im Wahlkreis Unterland zeigt sich ein weniger eindeutiges Bild als im Oberland. Die Stimmendifferenz zwischen Männern und Frauen ist kleiner, ausserdem haben es Frauen aller Parteien bereits mehrfach geschafft, aufgrund von Streichungen und Sympathiestimmen im Mittelwert besser abzuschneiden als die Männer. Bei den Wahlen 2013 lagen die FBP-Männer durchschnittlich 81 Stimmen vor den Frauen, die VU-Männer hingegen 31 Stimmen hinter den Frauen. Bei FL und DU ist 2013 im Unterland kein Vergleich möglich, da bei beiden nur Männer kandidierten.

Abbildung 9: Wahlkreis Unterland – Stimmendifferenz zwischen Kandidaten und Kandidatinnen aufgrund von Sympathiestimmen und Streichungen bei Landtagswahlen 1986 bis 2013 (Anzahl Stimmen)



### 5.6. Wahlerfolg von Frauen im Oberland und Unterland

Frauen aus dem Unterland waren bisher erfolgreicher als Frauen aus dem Oberland: Siebzehn Mal eroberten kandidierende Unterländer Frauen ein Mandat, nur neun Mal waren Frauen im Oberland erfolgreich. Ohne die Ursachen nachweislich benennen zu können, lässt sich somit festhalten, dass Frauen im Unterland die besseren Chancen haben als im Oberland. Ein weiteres Indiz für diese Feststellung ist auch die Tatsache, dass die bisher einzige Vorsteherin Liechtensteins in der Unterländer Gemeinde Gamprin amtierte (1991–1995).

**Tabelle 5: Mandatarinnen 1986 bis 2013 nach Wahlkreis**

Landtagswahlen	Oberland	Unterland
1986		Eigenmann-Schädler Emma (FBP)
1989		Eigenmann-Schädler Emma (FBP)
1993a		Wohlwend Renate (FBP)
1993b		Hassler-Gerner Ingrid (VU) Wohlwend Renate (FBP)
1997		Hassler-Gerner Ingrid (VU)
2001	Latenser Dorothee (VU)	Hassler-Gerner Ingrid (VU) Wohlwend Renate (FBP)
2005	Biedermann Josy (FBP) Frommelt Doris (FBP)	Amann-Marxer Marlies (VU) Beck Doris (VU) Matt Andrea (FL) Wohlwend Renate (FBP)
2009	Biedermann Josy (FBP) Frommelt Doris (FBP) Hilti Diana (VU)	Amann-Marxer Marlies (VU) Beck Doris (VU) Wohlwend Renate (FBP)
2013	Konzett Bargetze Helen (FL) Rüdisser-Quaderer Karin (VU) Wohlwend Christine (FBP)	Lanter-Koller Violanda (VU) Öhri Judith (VU)

Bei den Regierungsmitgliedern zeigt sich ein ähnliches Bild. Sechs Mal war eine Frau aus dem Unterland in der Regierung vertreten, nur vier Mal eine Frau aus dem Oberland, obwohl das Verhältnis in der Regierung insgesamt drei zugunsten des Oberlandes, zwei zugunsten des Unterlandes lautet. Im Frühjahr 1993 trat mit Cornelia Gassner (FBP, Unterland) erstmals eine Frau in die Regierung ein, nach den vorgezogenen Neuwahlen im Herbst 1993 kam Andrea Willi (VU, Oberland) dazu, die auch nach den Wahlen 1997 weiter im Amt blieb. 2001 wurde Rita Kieber-Beck (FBP, Unterland) als erste Frau Regierungschef-Stellvertreterin in einer Phase der Alleinregierung der FBP unter Regierungschef Otmar Hasler. 2005 wurde sie Regierungsrätin, da die FBP dem Koalitionspartner VU den Posten des Regierungschef-Stellvertreters überlassen musste. Seit 2009 sind wieder zwei Frauen in der Regierung, jeweils in der Position einer Regierungsrätin, zunächst Renate Müssner (VU, Unterland) und Aurelia Frick (FBP, Oberland), ab 2013 weiterhin Aurelia Frick sowie Marlies Amann-Marxer (VU, Unterland).

**Tabelle 6: Frauen in der Regierung nach Wahlkreis und Partei (seit 1993)**

Landtagswahlen	Oberland	Unterland
1993a		Cornelia Gassner (FBP)
1993b	Andrea Willi (VU)	Cornelia Gassner (FBP)
1997	Andrea Willi (VU)	
2001		Rita Kieber-Beck (FBP)
2005		Rita Kieber-Beck (FBP)
2009	Aurelia Frick (FBP)	Renate Müssner (VU)
2013	Aurelia Frick (FBP)	Marlies Amann-Marxer (VU)

## 5.7. Fazit

Als Fazit kann festgehalten werden, dass bei den beiden Grossparteien 2013 tendenziell Frauen von Sympathiestimmen profitiert haben. Die Wähler/innen der FBP und VU wählten auf den eigenen Stimmzetteln hingegen wenig frauenfreundlich. Die FBP hätte ohne Sympathiestimmen überhaupt keine Frau in den Landtag gebracht, also auch nicht die neue Fraktionssprecherin Christine Wohlwend. Bei der VU wären im Oberland Karin Rüdissler-Quaderer, im Unterland Judith Öhri gescheitert, sodass nur noch Violanda Lanter-Koller als VU-Frau im Landtag vertreten wäre. Die DU brachte keine Frau in den Landtag, unabhängig von den Sympathiestimmen. Bei der FL wäre Helen Konzett-Bargetze auch von den eigenen Parteiwählerinnen und -wählern an erster Stelle in den Landtag gewählt worden, wobei sie zusätzlich bei den Sympathiestimmen zuoberst rangierte.

Das Ergebnis von 2013 ist kein Einzelfall. Wenn man alle Wahlergebnisse von 2001 bis 2013 nach der oben beschriebenen Methode analysiert, zeigt sich ein weitgehend übereinstimmendes Bild: Frauen der Grossparteien schnitten im Mittelwert auf den eigenen Parteilisten schlechter ab als die Männer und konnten insbesondere dank der Sympathiestimmen teilweise aufholen und ein Mandat erzielen. In Zahlen ausgedrückt sieht dies wie folgt aus. Die VU erobert bei den vier Wahlgängen von 2001 bis 2013 insgesamt 42 Mandate, wovon 11 an Frauen gingen. Auf den VU-Stimmzetteln hätten nur fünf Frauen ein Mandat erreicht (12 Prozent), bei den Sympathiestimmen landeten dagegen 19 Frauen auf den Mandatsrängen (45 Prozent). Bei der FBP waren es im besagten Zeitraum insgesamt 46 Mandate, davon gingen sieben an Frauen (15 Prozent). Auf den FBP-Stimmzetteln hätten es nur vier geschafft (9 Prozent), bei den Sympathiestimmen zwölf (26 Prozent). Bei der FL hätte sich insgesamt nichts geändert, wohl aber bei einzelnen Wahlen in unterschiedliche Richtungen. Bei DU hätte sich 2013 nichts geändert.

Bei allen Parteien und alle Wahlen von 2001 bis 2013 zusammen genommen waren 100 Mandate zu vergeben. 20 gingen an Frauen. Auf den Parteistimmzetteln hätten es jedoch nur 11 Frauen geschafft, gemäss Sympathiestimmenrangliste 33. Defizite sind also weniger bei den Sympathiestimmen auszumachen, sondern insbesondere beim Wahlverhalten der Wähler/innen der FBP und VU, die überdurchschnittlich oft Frauen auf den Stimmzetteln streichen.

## 6. WIRKUNG VON POLITISCHEN MANDATEN AUF DEN WAHLERFOLG

In diesem Kapitel gehen wir der Frage nach, ob sich die Wahlchancen von Kandidatinnen und Kandidaten verbessern, wenn sie vor den Landtagswahlen bereits ein Gemeinderatsmandat inne hatten oder wenn sie bereits mit einem Vollmandat oder als Ersatz im Landtag vertreten waren.

### 6.1. Gemeinderat als Sprungbrett in den Landtag?

Es kommt nicht selten vor, dass Landtagskandidatinnen und -kandidaten bereits vorher politische Erfahrung auf Gemeindeebene gesammelt haben. Es wird in den Wahlkampagnen der Parteien meist auch darauf hingewiesen, dass jemand ein Vorsteher- oder Gemeinderatsmandat innehat, um damit die Eignung der betreffenden Person für ein Landtagsmandat hervorzuheben. Dies kann von Seiten der Wähler/innen beim Wahlentscheid in Betracht gezogen werden und – so die Annahme – zu einem überdurchschnittlich guten Resultat von amtierenden Gemeinderä-

ten/-rätinnen führen. Ein Gemeinderatsmandat kann von Seiten der Wähler/innen also theoretisch als Indikator für politische Erfahrung und Kompetenz herangezogen werden.

Doch selbst wenn sich ein überdurchschnittlicher Wahlerfolg nachweisen liesse, wäre die Kausalität dennoch nicht eindeutig. Es könnte ebenso sein, dass die Persönlichkeit der Kandidierenden eine entscheidende Rolle beim Wahlerfolg spielt, sowohl bei Gemeinderatswahlen wie auch bei Landtagswahlen. Das Gemeinderatsmandat als Beweis für politische Erfahrung wäre daher überflüssig. Ferner ist auch möglich, dass eine besondere Wahlkampfstrategie der Kandidierenden oder ein grosser Bekanntenkreis sowie verwandtschaftliche Beziehungen die Wahlchancen der Kandidierenden verbessern, wiederum unabhängig davon, ob es sich um Gemeinderats- oder Landtagswahlen handelt.

Ohne also die kausalen Zusammenhänge für Erfolg oder Misserfolg abschliessend klären zu können, kann hier wenigstens untersucht werden, ob Erfolg oder Misserfolg bei Gemeinderats- und anschliessenden Landtagswahlen korrelieren. Dies ist tatsächlich der Fall. Bei allen Landtagswahlen seit 1986 haben insgesamt 562 Personen für den Landtag kandidiert. 40 hatten bei den jeweils vorangegangenen Gemeinderatswahlen ein Mandat erobert, 49 hatten auf Gemeindeebene erfolglos kandidiert, 473 hatten nicht für den Gemeinderat kandidiert. Wer bei den Gemeinderatswahlen erfolgreich war, ist in 50 Prozent der Fälle auch bei den anschliessenden Landtagswahlen erfolgreich gewesen. Bei denjenigen, die nicht in den Gemeinderat gewählt wurden, lag die Erfolgsrate bei 4.1 Prozent, während diejenigen, die nicht zum Gemeinderat kandidiert hatten, in 40.8 Prozent der Fälle erfolgreich bei den Landtagswahlen kandidierten. Die erfolgreichen Gemeinderäte/-rätinnen erreichten auch eher Ersatzmandate im Landtag, sodass nur 30.0 Prozent ganz leer ausgingen – im Vergleich zu 45.2 Prozent der Nichtkandidierenden und zu 85.7 Prozent derjenigen, die bei den Gemeinderatswahlen gescheitert waren.

Das Fazit lautet also, dass eine erfolgreiche Kandidatur bei Gemeinderatswahlen statistisch gesehen mit einer überdurchschnittlich hohen Erfolgsquote bei Landtagswahlen einher geht, während ein Scheitern bei Gemeinderatswahlen in den meisten Fällen auch zu einem Scheitern bei Landtagswahlen führt.

**Tabelle 7: Wahlerfolg bei Landtagswahlen nach Wahlerfolg bei Gemeinderatswahlen (1986–2013)**

Erfolg bei Landtagswahlen	Erfolg bei letzten Gemeinderatswahlen						Gesamt	
	Mandat		Nicht gewählt		Nicht kandidiert		Zahl	Prozent
	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent		
Mandat	20	50.0	2	4.1	193	40.8	215	38.3
Ersatz	8	20.0	5	10.2	66	14.0	79	14.1
Kein Mandat	12	30.0	42	85.7	214	45.2	268	47.7
Gesamt	40	100.0	49	100.0	473	100.0	562	100.0

Cramer-V = .181\*\*\*

Kann also die (erfolgreiche) Kandidatur bei Gemeinderatswahlen als Vorstufe zu einer erfolgreichen Kandidatur bei Landtagswahlen angesehen werden? Wenngleich die kausale Ordnung nicht eindeutig ist und wie erwähnt der Wahlerfolg im Landtag nicht nachweislich direkt auf den

Erfolg bei den Gemeinderatswahlen zurückgeführt werden kann, kann doch statistisch erhärtet postuliert werden, dass der Erfolg bei Gemeinderatswahlen einen guten Indikator für den Erfolg bei Landtagswahlen darstellt und insofern eine Gemeinderatskandidatur als Test für den Landtag verstanden werden kann. Für die Parteien bedeutet es auf jeden Fall, dass die Gemeinderäte als Rekrutierungsfeld bei den Nominationen besondere Beachtung verdienen. Bedeutet dieses summarische Ergebnis aber auch, dass die Individuen – egal ob männlich oder weiblich – den Gemeinderat als Vorstufe für eine Kandidatur zum Landtag betrachten können?

Die Frage lässt sich bejahen, wenngleich nicht für beide Geschlechter in gleicher Deutlichkeit. Zwar sind bei beiden Geschlechtern die Wahlchancen bei Landtagswahlen grösser, wenn bei vorangegangenen Gemeinderatswahlen erfolgreich kandidiert wurde. Die männlichen Gemeinderatsmitglieder kandidierten jedoch zu 54.8 Prozent erfolgreich für den Landtag, während nur 33.3 Prozent der kandidierenden weiblichen Gemeinderatsmitglieder ein Landtagsmandat erobern konnten. Wer nicht für den Gemeinderat kandidiert hatte, weist indes eine (tiefere) Erfolgsquote von 48.9 Prozent bei den Männern beziehungsweise nur 18.4 Prozent bei den Frauen auf.

**Tabelle 8: Wahlerfolg bei Landtagswahlen nach Wahlerfolg bei Gemeinderatswahlen (1986–2013) (in Prozent)**

Erfolg bei Landtagswahlen	Erfolg bei letzten Gemeinderatswahlen						Gesamt	
	Mandat		Nicht gewählt		Nicht kandidiert		Mann	Frau
	Mann	Frau	Mann	Frau	Mann	Frau		
Mandat %	54.8	33.3	5.9	0	48.9	18.4	45.8	17.4
Ersatz %	22.6	11.1	14.7	0	14.1	12.8	15.0	11.4
Kein Mandat %	22.6	55.6	79.4	100.0	36.8	68.8	39.2	71.1
Gesamt %	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Gesamt Zahl	31	9	34	15	348	125	413	149

Cramer-V = .194\*\*\* (Männer) beziehungsweise .165\* (Frauen).

Es zeigt sich also erstens, dass Männer im Quervergleich in allen drei Kategorien (erfolgreiche oder erfolglose oder gar keine Gemeinderatskandidatur) bessere Wahlchancen haben als Frauen. Zweitens gilt für beide Geschlechter, dass Erfolglosigkeit bei Gemeinderatswahlen meist Erfolglosigkeit bei Landtagswahlen nach sich zieht. Drittens zeigt sich, dass sich bei Männern die Erfolgsaussichten nur um sechs Prozentpunkte erhöhen, wenn sie sozusagen den Umweg über eine erfolgreiche Gemeinderatskandidatur machen, während sich die Erfolgsquote der Frauen dabei um fast fünfzehn Prozentpunkte – von 18.4 auf 33.3 Prozent – erhöht. Viertens haben aber männliche Neueinsteiger immer noch wesentlich günstigere Aussichten, ein Landtagsmandat zu erobern (48.9 Prozent) als Frauen, die bereits erfolgreich für den Gemeinderat kandidiert haben (33.3 Prozent).

Der Einstieg in die politische Mandatsarbeit auf Gemeindeebene kann sich also insbesondere für Frauen lohnen. Dies ist einerseits ein erster Test: Wenn man auf Gemeindeebene scheitert – egal ob Mann oder Frau –, sind die Perspektiven ungünstig, ein Landtagsmandat zu erreichen. Wenn

man aber auf Gemeindeebene erfolgreich war, erhöhen sich die Wahlchancen auf Landesebene markant, insbesondere bei den Frauen. Ob dies damit zusammenhängt, dass die Bekanntheit gesteigert werden konnte, ob allenfalls individuelle Wahlkampfstrategien auf beiden Ebenen gleichermaßen zum Erfolg geführt haben – oder ob etwa Frauen mehr als Männer via Gemeinderatsmandat in den Augen der Wählerschaft zuerst einen Beweis antreten müssen, dass sie zu politischer Arbeit fähig sind, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Es ist jedenfalls nicht auszuschliessen (oder sogar eher anzunehmen), dass alte Vorurteile, die den Männern eher politische Kompetenzen zugestehen als Frauen, immer noch nicht verschwunden sind und Frauen sich daher politisch mehr beweisen müssen als Männer.

## 6.2. Wahlerfolg Wiederkandidierender und Neukandidierender im Vergleich

Stellt eine erfolgreiche Gemeinderatskandidatur ein günstiges Vorzeichen für die Landtagswahlen dar, erhöht ein bereits bekleidetes Landtagsmandat die Erfolgswahrscheinlichkeit bei den Landtagswahlen noch viel deutlicher. Betrachten wir alle Wahlen von 1986 bis 2013, also nach der Einführung des Frauenstimmrechts. Von den insgesamt 562 Kandidierenden hatten 133 bereits ein Landtagsmandat, 42 waren Ersatzabgeordnete, 34 waren bei den vorangegangenen Landtagswahlen nicht gewählt worden, 353 kandidierten neu. 85.0 Prozent derjenigen, die bereits ein Mandat bekleideten, wurden wieder gewählt. Von den neu Kandidierenden eroberten dagegen nur 26.1 Prozent ein Mandat. Noch schlechter schnitten diejenigen ab, die vorher Ersatzabgeordnete waren (16.7 Prozent erfolgreich) sowie diejenigen, die bereits bei den vorangegangenen Wahlen gescheitert waren (8.8 Prozent erfolgreich).

Vergangener Erfolg führt also mit hoher Wahrscheinlichkeit zu weiterem Erfolg, vergangener Misserfolg sehr wahrscheinlich zu wiederholtem Misserfolg. Eine Neukandidatur weist sogar im Total eine höhere Erfolgswahrscheinlichkeit auf als ein bisheriges Ersatzmandat, ist aber dennoch weit entfernt von den günstigen Perspektiven, die ein bestehendes Landtagsmandat mit sich bringt.

**Tabelle 9: Wahlerfolg bei Landtagswahlen nach Wahlerfolg bei vorangegangenen Landtagswahlen (1986–2013)**

Erfolg bei Landtagswahlen	Erfolg bei letzten Landtagswahlen								Gesamt	
	Mandat		Ersatz		Nicht gewählt		Nicht kandidiert		Zahl	%
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%		
Mandat	113	85.0	7	16.7	3	8.8	92	26.1	215	38.3
Ersatz	10	7.5	10	23.8	7	20.6	52	14.7	79	14.1
Kein Mandat	10	7.5	25	59.5	24	70.6	209	59.2	268	47.7
Gesamt	133	100.0	42	100.0	34	100.0	353	100.0	562	100.0

Cramer-V = .389\*\*\*

Wir wollen nun untersuchen, ob sich wiederum Unterschiede im Vergleich der beiden Geschlechter zeigen. Im Total zeigt sich bekanntermassen ein deutlicher Unterschied, da im Unter-

suchungszeitraum von 1986 bis 2013 45.8 Prozent der kandidierenden Männer ein Mandat errangen, aber nur 17.4 Prozent der Frauen. Bei den neu Kandidierenden ist das Missverhältnis ähnlich gravierend. Während 32.8 Prozent der neu kandidierenden Männer ein Mandat erreichten, trifft dies nur auf 11.6 Prozent der Frauen zu. Wenn jemand bereits ein Mandat innehatte, sehen hingegen die Wiederwahlchancen bei den beiden Geschlechtern ähnlich gut aus und liegen bei über 80 Prozent, bei den Männern allerdings noch etwas höher. Wenig Unterschiede zwischen den Geschlechtern gibt es ebenfalls im Falle vorangegangener, erfolgloser Kandidaturen. Für beide Geschlechter stehen die Chancen auf ein Mandat dabei schlecht, nämlich bei maximal 10 Prozent. Etwas erfolgreicher waren die Frauen hingegen, wenn sie bisher ein Ersatzmandat hielten. 25 Prozent der Frauen, aber nur 13.3 Prozent der betreffenden Männer schafften im neuen Anlauf ein Mandat. Aufgrund der kleinen Fallzahlen, insbesondere bei den Frauen, sollte der Befund allerdings nicht überbewertet werden. Es ist aber denkbar, dass den Frauen ein Ersatzmandat als Vorstufe auf dem Weg zu einem Mandat eher weiterhilft als den Männern. Im Vergleich zu den Neukandidierenden wird dies besonders deutlich. Bei den bisherigen Wahlen hatten Frauen, die bereits ein Ersatzmandat hatten, bessere Wahlchancen als neu kandidierende Frauen (25.0 vs. 11.6 Prozent) Bei den Männern hingegen hatten Neukandidierende in der Vergangenheit bessere Wahlchancen als bisherige Ersatzabgeordnete (32.8 vs. 13.3 Prozent).

**Tabelle 10: Wahlerfolg bei Landtagswahlen nach Wahlerfolg bei vorangegangenen Landtagswahlen (1986–2013) (in Prozent)**

Erfolg bei Landtagswahlen	Erfolg bei letzten Landtagswahlen								Gesamt	
	Mandat		Ersatz		Nicht gewählt		Nicht kandidiert		Mann	Frau
	Mann	Frau	Mann	Frau	Mann	Frau	Mann	Frau		
Mandat %	85.2	81.8	13.3	25.0	10.0	7.1	32.8	11.6	45.8	17.4
Ersatz %	7.4	9.1	23.3	25.0	25.0	14.3	17.0	9.8	15.0	11.4
Kein Mandat %	7.4	9.1	63.3	50.0	65.0	78.6	50.2	78.6	39.2	71.1
Gesamt %	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Gesamt Zahl	122	11	30	12	20	14	241	112	413	149

Cramer-V = .378\*\*\* (Männer) beziehungsweise .364\*\*\* (Frauen).

## 7. FRAUENUNTERSTÜTZUNG AUS DEM BLICKWINKEL DER WÄHLER/INNEN

Das Wahlresultat von 2013 war für Frauen nicht ermutigend. Die Mandatszahl ging von sechs auf fünf zurück. Von einem Automatismus einer kontinuierlichen Zunahme des Frauenanteils kann also nicht ausgegangen werden. Wie aber sehen die Einstellungen in der Wählerschaft hinsichtlich eines frauenfördernden Wahlverhaltens und der Förderung von Frauen in der Politik aus? Ist dies knapp 30 Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts und nach jahrzehntelangen Bemühungen um die rechtliche und faktische Gleichstellung der Frauen überhaupt noch ein Thema?



Seit den Landtagswahlen 1997 werden durch den Autor jeweils unmittelbar nach den Wahlen repräsentative telefonische Meinungsumfragen unter den Wahlberechtigten in Liechtenstein durchgeführt. Dabei sind auch immer wieder Einstellungen betreffend Frauen in der Politik abgefragt worden. In diesem Kapitel werden zwei Fragen beleuchtet, die in mehreren Nachwahlbefragungen gestellt wurden. Sie betreffen die Bereitschaft, bei den Wahlen bewusst Frauen zu wählen, sowie die generelle Einstellung zur Förderung von Frauen in der Politik.

### **7.1. Bewusste Wahl von Frauen**

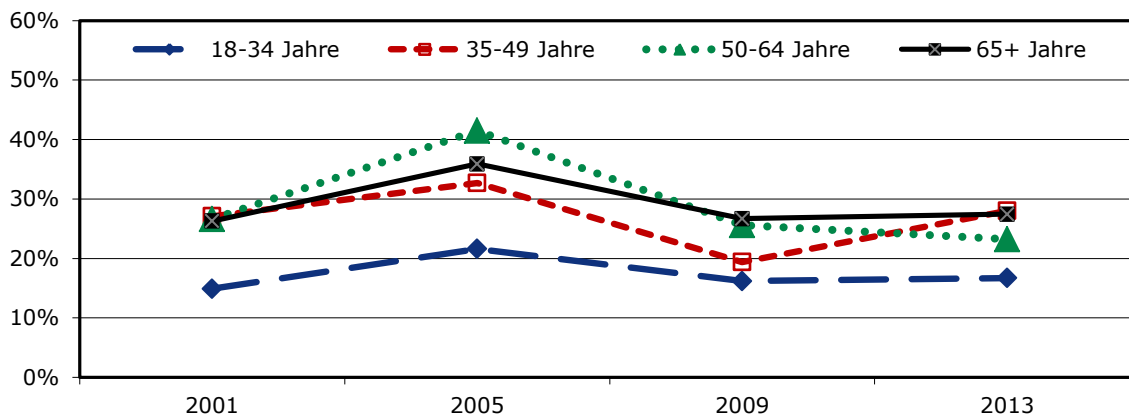
In den Nachwahlbefragungen von 2001 bis 2013 ist die folgende Frage identisch gestellt worden:

„Haben Sie persönlich bei den Landtagswahlen Frauen bewusst bevorzugt oder haben Sie nicht darauf geachtet?“

Bei allen Umfragen zeigt es sich, dass die Jüngeren (18- bis 34-Jährige) weniger stark zu einem frauenfreundlichen Wahlverhalten tendieren als die Älteren. Insgesamt zeigt sich ausserdem, dass 2005 diesbezüglich höhere Werte erzielt wurden als bei den anderen Wahlen. In der langfristigen Beobachtung von 2001 bis 2013 zeigt sich allerdings keine wesentliche Veränderung. Zwischen rund 15 und 25 Prozent der Befragten geben je nach Altersklasse an, Frauen bei den Wahlen bewusst zu bevorzugen. Im Vergleich zu 2009 zeigt sich 2013 im Alterssegment von 35 bis 49 Jahren eine steigende Tendenz, bei den anderen Altersklassen dagegen eine Stagnation. Diejenigen, die 2001 im Alterssegment der Jüngsten waren (18–34 Jahre) sind 2013 mehrheitlich im Alterssegment der 35- bis 49-Jährigen angelangt. Die frauenfreundliche Wahleinstellung hat sich dabei in dieser Kohorte von 15 Prozent auf 28 Prozent erhöht. Auch die anderen Alterssegmente haben sich zwischen 2001 und 2013 ungefähr um eine Altersklasse nach oben bewegt, sodass die 35- bis 49-Jährigen 2013 grossteils im Segment der 50- bis 64-Jährigen sind, die 50- bis 64-Jährigen von 2001 sind 2013 grossteils im Segment der über 65-Jährigen. Bei diesen Kohorten sind keine starken Einstellungsänderungen festzustellen. Das frauenfreundliche Wahlverhalten hat von 27 auf 23 Prozent abgenommen oder stagnierte im anderen Fall bei 27 Prozent.

Bei den Befragungen handelt es sich allerdings nicht um Panelbefragungen, bei welchen jeweils die identischen Personen befragt werden. Jede Nachwahlumfrage ist als Querschnittsbefragung konzipiert mit jeweils neuen Stichprobenziehungen. Eine vorsichtige Interpretation lässt jedoch den Schluss zu, dass über die Jahre keine Zunahme, sondern eher eine Stagnation im frauenfreundlichen Wahlverhalten festzustellen ist. Ferner ist anzunehmen, dass die Jüngeren jeweils ein weniger frauenförderndes Wahlverhalten an den Tag legen, mit der Zeit aber diesbezüglich etwas zulegen.

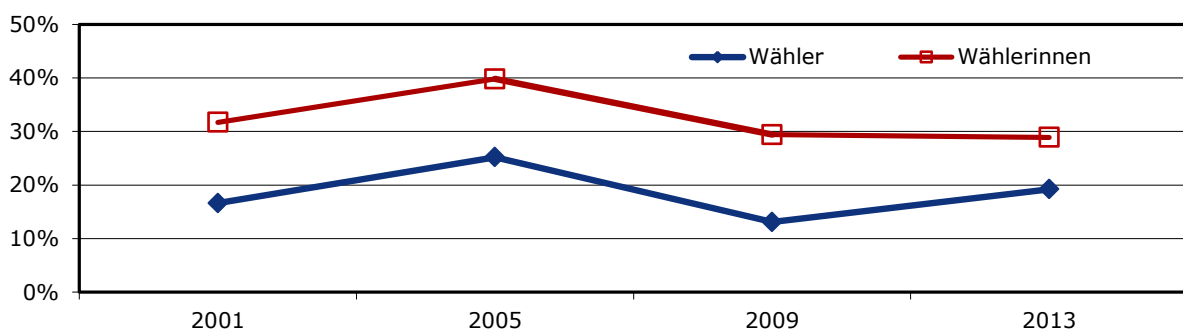
Abbildung 10: Bewusste Wahl von Frauen nach Alter (in Prozent)



Quelle: Nachwahlumfragen 2001 bis 2013/DemoScope/Marxer.

Zwischen Wählerinnen und Wählern zeigt sich bei allen Umfragen seit 2001 ein markanter Unterschied im selbstdeklarierten Wahlverhalten. Im Durchschnitt legen Frauen ein um rund 14 Prozentpunkte frauenfreundlicheres Wahlverhalten an den Tag als Männer. Bei den letzten Wahlen 2013 war die Differenz am geringsten: 29 Prozent der Frauen gegenüber 19 Prozent der Männer gaben an, bewusst Frauen gewählt zu haben.<sup>15</sup>

Abbildung 11: Bewusste Wahl von Frauen nach Geschlecht (in Prozent)

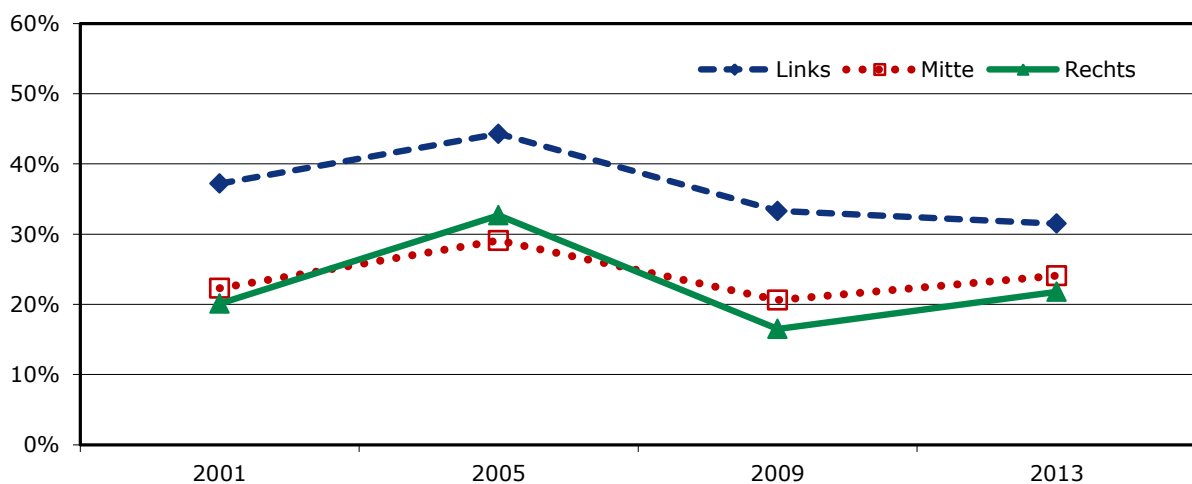


Quelle: Nachwahlumfragen 2001 bis 2013/DemoScope/Marxer.

<sup>15</sup> Das schlechte Wahlabstneiden der Frauen bei Landtagswahlen in Liechtenstein ist seit dem ersten Wahlgang von 1986 begleitet von Gerüchten, dass insbesondere Frauen frauenkritisch eingestellt seien und Frauen von den Listen streichen würden. Dies mag zwar auf Einzelfälle zutreffen, wie dies auch auf Männer zutrifft. Insgesamt ist aber davon auszugehen, dass zu jedem Zeitpunkt Frauen frauenfreundlicher gewählt haben als Männer. Dies lässt sich den Umfragedaten von Nachwahlbefragungen seit 1997 entnehmen. Aber auch bereits eine Konsultativabstimmung zur Einführung des Frauenstimmrechts im Jahr 1968, bei welcher Frauen ebenso wie Männer teilnehmen durften und bei welcher die Resultate geschlechtergetrennt ausgewiesen wurden, sprachen sich eine knappe Mehrheit der Frauen (50.5 Prozent) für, die Männer gegen das Frauenstimmrecht aus (39.8 Prozent Zustimmung). Gemäss einer Pilotstudie, die 1985 – also kurz nach der Einführung des Frauenstimmrechts – durchgeführt wurde, äusserten sich 81 Prozent der Frauen und 67 Prozent der Männer für das Frauenstimmrecht (Zieser 1985, 19–21). Die Studie erfolgte im Auftrag der FBP. Es wurden 80 zufällig ausgewählte Personen in einem qualitativen Interview telefonisch befragt (43 Oberland, 37 Unterland; 39 Männer, 41 Frauen; 41 unter 40 Jahre, 39 40 Jahre und älter). Die Resultate wurden nach Wahlkreisen gewichtet. Aufgrund der kleinen Fallzahl wird darauf hingewiesen, dass die Prozentverteilungen nur Orientierungscharakter haben.

Deutliche Unterschiede zeigen sich auch nach Selbsteinstufung der Befragten auf der Links-Rechts-Skala. Die Befragungsteilnehmer/innen mussten sich jeweils auf einer Skala von 0 bis 10 im Links-Rechts-Schema selbst einstufen. „Links“ bedeutet in unserer Kategorisierung Werte von 0 bis 4, die Mitte liegt beim Wert 5 (welches auch der am häufigsten genannte Wert ist), „Rechts“ bedeutet Werte von 6 bis 10. Bei allen Wahlumfragen zeigten die Linksorientierten ein frauenfreundlicheres Wahlverhalten, während sich zwischen den Mitte- und den Rechts-Orientierten keine wesentlichen Differenzen zeigen. Insgesamt sind die Unterschiede allerdings merklich kleiner geworden. 2001 betrug die Prozentwerte 20, 22 und 37 Prozent – also eine maximale Differenz von 17 Prozentpunkten –, während es 2013 22, 24 und 32 Prozent waren.

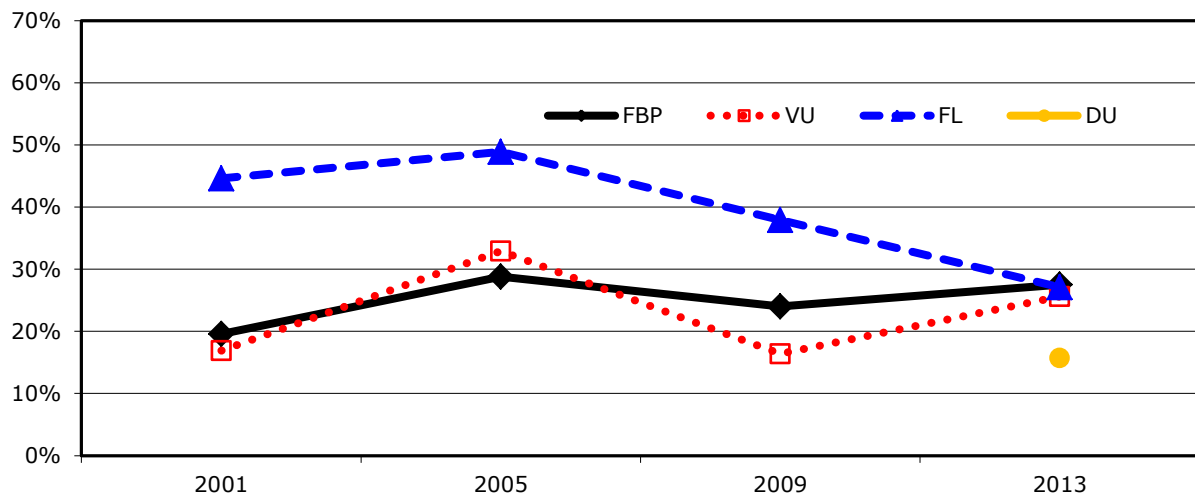
**Abbildung 12: Bewusste Wahl von Frauen nach Links-Rechts-Selbsteinstufung (in Prozent)**



Quelle: Nachwahlumfragen 2001 bis 2013/DemoScope/Marxer.

Eine tendenzielle Nivellierung zeigt sich auch im Vergleich der Parteiwählerschaft. Während die FL-Wähler/innen 2001 noch mit 45 Prozent an bewussten Frauenwähler/innen weit über den Anteilen von den 17 Prozent (VU) beziehungsweise 20 Prozent (FBP) der Wählerschaft der beiden Grossparteien lagen, näherten sie sich bis 2013 auf Werte von 26, 27 und 28 Prozent an. Die grösste Abweichung zeigten 2013 die DU-Wähler/innen (16 Prozent), bei denen die Frauenförderung offenbar eine untergeordnete Rolle spielt. Dies kann nicht allein mit der schwachen Vertretung von Frauen auf den DU-Listen erklärt werden, da mit der Verteilung von Sympathiestimmen trotzdem frauenfreundliches Wahlverhalten praktiziert werden kann.

Abbildung 13: Bewusste Wahl von Frauen nach Parteienwahl (in Prozent)



Quelle: Nachwahlumfragen 2001 bis 2013/DemoScope/Marxer.

Die Daten können dahingehend interpretiert werden, dass das Thema Förderung von Frauen in der Politik aktuell keinen sehr grossen Stellenwert aufweist. In der öffentlichen Debatte – nicht zuletzt auch im Wahlkampf – waren diesbezüglich kaum Impulse zu vernehmen. Die Einstellungen im Vergleich der Parteiwählerschaften nähern sich auf dem langfristigen Niveau den beiden Grossparteien an. Auch der geringe Fokus, den das jüngste Segment der Wähler/innen auf diese Frage richtet, ferner auch die geringe Beachtung frauenspezifischer Anliegen durch die neue Gruppierung DU zeigen, dass das Frauenwahlthema weit in den Hintergrund gerückt ist. Bei rund einem Viertel der Wähler/innen ist dies nach wie vor ein beachtetes Thema, aber es schlummert ausserhalb einer breiten öffentlichen Wahrnehmung und ist zu einem eher unauffälligen Verhaltensrepertoire in einem nicht weiter wachsenden Segment mutiert.

## 7.2. Förderung von Frauen in der Politik

Eine weitere Frage in den Nachwahlumfragen betrifft die Förderung von Frauen in der Politik. Die identisch gestellte Frage lautete wie folgt:

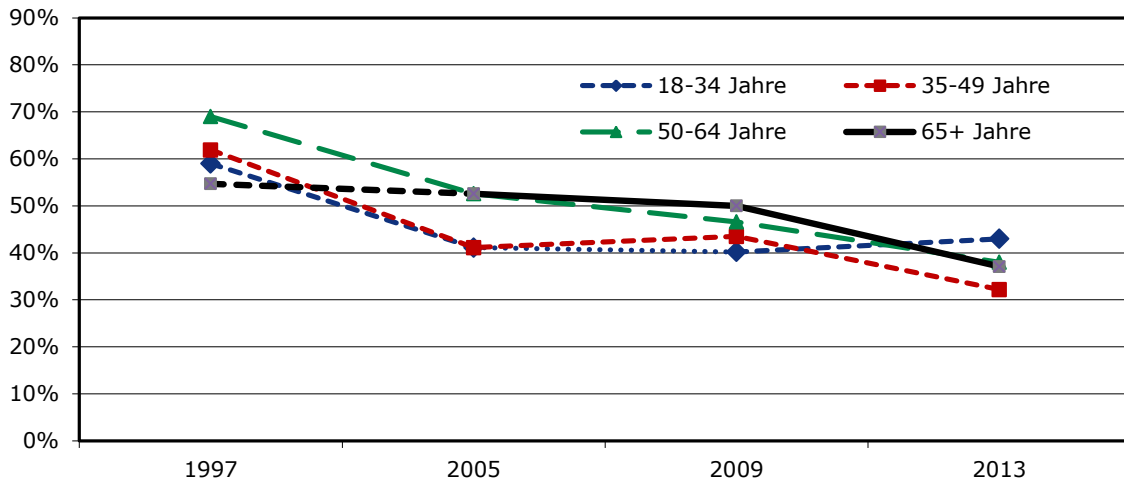
„Grundsätzlich gefragt: Sind Sie der Meinung, Frauen sollten speziell gefördert werden in der Politik – oder nicht?“

Diese Frage wurde in allen Umfragen seit 1997 mit Ausnahme des Jahres 2001 gestellt. Der im vorangegangenen Kapitel geschilderte Eindruck, dass das Thema Frauen in der Politik wenig mobilisiert oder – positiv ausgedrückt – Frauen in der Politik als so normal angesehen werden, dass dieses Thema in den Hintergrund rückt, wird bei der Auswertung dieser zweiten Fragen deutlich bekräftigt.

In allen Segmenten – Altersklassen, Geschlecht, Parteienwahl, Links-Rechts-Selbsteinstufung – zeigt sich eine absteigende Tendenz in der Frage nach einer speziellen Förderung von Frauen in der Politik. Zwischen den Altersklassen waren die Differenzen nie besonders ausgeprägt, maximal bei rund 11 Prozentpunkten, so etwa 2005, als die Differenz zwischen den beiden jüngsten und den beiden ältesten Segmenten 11.5 Prozentpunkte betrug, wobei die Älteren eher für eine

spezielle Frauenförderung votierten. 2013 lag die maximale Differenz bei 10.8 Prozentpunkten, wobei diesmal das jüngste Segment sich noch am stärksten für eine Frauenförderung aussprach. Dieser Befund deckt sich weitgehend mit der früheren Feststellung von Abächerli und Würsch aus dem Jahr 2001 (68): „Das Thema Gleichstellung hat zurzeit einen schweren Stand. Die Diskussionen um und Massnahmen für die Gleichstellung stagnieren. Frauenförderung in der Politik findet deshalb nicht statt.“

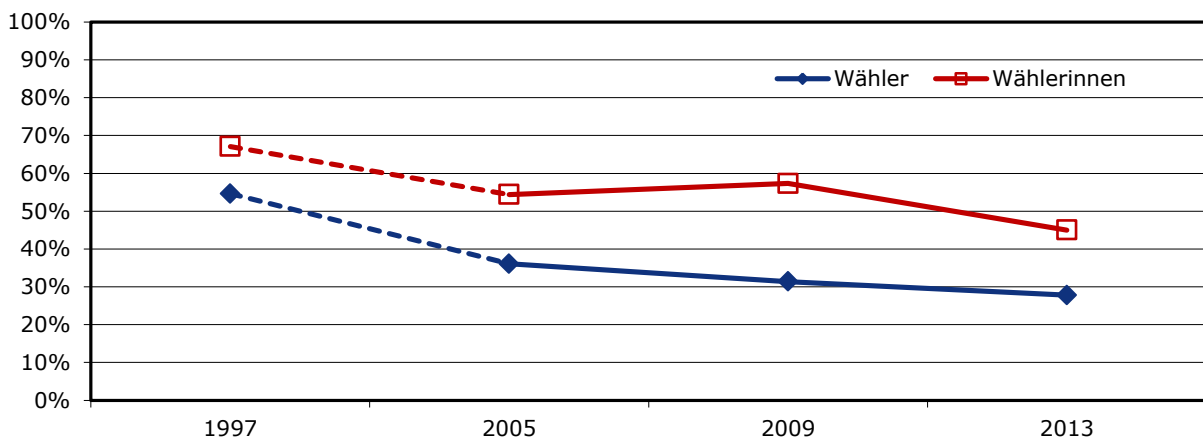
Abbildung 14: Für Förderung von Frauen in der Politik nach Alter (in Prozent)



Quelle: Nachwahlumfragen 2001 bis 2013/DemoScope/Marxer.

Deutlichere Unterschiede zeigen sich zwischen Wählerinnen und Wählern. Die grösste Differenz bestand 2009, als sich 31.4 Prozent der Männer gegenüber 57.3 Prozent der Frauen für eine Frauenförderung aussprachen. Diese Werte sind 2013 deutlich gesunken – auf 27.8 beziehungsweise 45.0 Prozent.

Abbildung 15: Für Förderung von Frauen in der Politik nach Geschlecht (in Prozent)

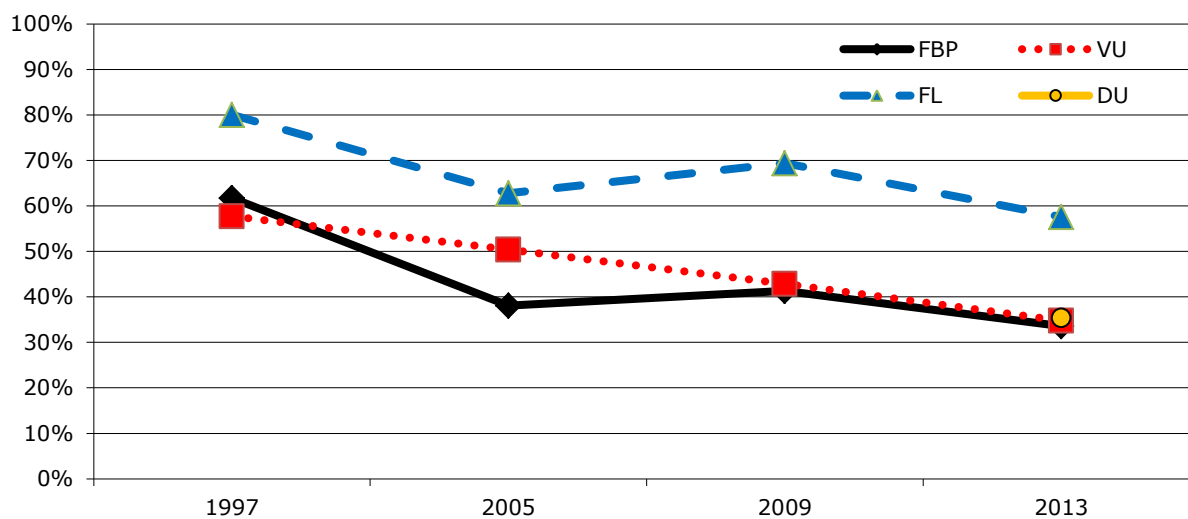


Quelle: Nachwahlumfragen 2001 bis 2013/DemoScope/Marxer.

Die Zustimmung zur Frauenförderung in der Politik hat sich bei allen Parteiwähler/innen fast parallel entwickelt, wobei die Wähler/innen der FL noch am deutlichsten an dieser Forderung festhalten (2013: 57.6 Prozent). Bei allen anderen Parteiwählerinnen und -wählern lag dieser

Wert 2013 noch bei 33 bis 35 Prozent. Zu Spitzenzeiten (in der Umfrage von 1997) lag dieser Wert auch bei den beiden Grossparteien bei deutlich über 50 Prozent.

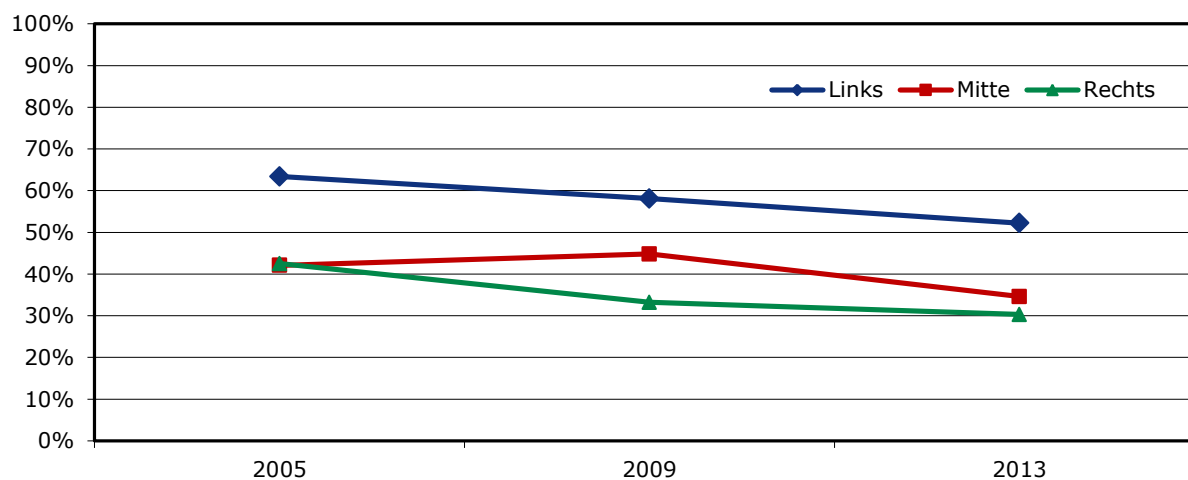
Abbildung 16: Für Förderung von Frauen in der Politik nach Parteienwahl (in Prozent)



Quelle: Nachwahlumfragen 2001 bis 2013/DemoScope/Marxer.

Die Links-Rechts-Selbsteinstufung wurde 1997 nicht abgefragt, sodass diese Zahlenreihe erst ab 2005 vorliegt. Die Unterstützung der Förderung von Frauen in der Politik ist im linken Lager am grössten, im rechten Lager am kleinsten, wobei die Differenz zur Mitte bei den Letzteren nicht besonders ausgeprägt ist. Auch bei der Auswertung gemäss Links-Rechts-Einstufung zeigt sich in allen Segmenten eine sinkende Tendenz, wobei die Distanz zwischen dem linken und rechten Lager mit etwas mehr als 20 Prozentpunkten fast gleich gross geblieben ist.

Abbildung 17: Für Förderung von Frauen in der Politik nach Links-Rechts-Selbsteinstufung (2005–2013) (in Prozent)



Quelle: Nachwahlumfragen 2001 bis 2013/DemoScope/Marxer.

## 8. MÖGLICHE URSACHEN DER UNTERREPRÄSENTATION VON FRAUEN

Wir haben festgestellt, dass der Frauenanteil im Parlament in Liechtenstein und anderswo niedrig ist, dass die Wahlchancen von Frauen kompromittiert sind und dass dennoch das Verständnis für Frauenförderung nachlässt. Um Ansatzpunkte zur Erhöhung des Frauenanteils in den politischen Entscheidungsgremien zu finden, müssen allfällige Ursachen der Unterrepräsentation von Frauen genauer betrachtet werden.

Hoecker (2011) identifiziert in einem Vergleich der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union institutionelle, kulturelle und sozioökonomische Faktoren, die den Frauenanteil beeinflussen: Die Frist seit der Einführung des Frauenwahlrechts, eine egalitäre politische Kultur, das Verhältniswahlrecht sowie eine ausgeprägte politische Partizipation von Frauen sind demnach positiv mit der Repräsentation von Frauen korreliert.

Ähnlich folgert Leyenaar in einer Bilanz über die politische Repräsentation von Frauen in europäischen Staaten, in der sie mehrere förderliche beziehungsweise hinderliche Faktoren für einen hohen Frauenanteil auflistet (2012, 114–121): Erstens proklamierten die dominanten Religionsgemeinschaften in den (skandinavischen) Ländern mit einem hohen Frauenanteil nicht, dass sich Frauen nicht im öffentlichen Leben engagieren sollten – anders als etwa die katholische Kirche in Italien und Malta oder die orthodoxe Kirche in Griechenland und Zypern. Zweitens stellt auch sie fest, dass das Verhältniswahlrecht positiv wirkt – im Gegensatz etwa zum Wahlsystem in Italien oder insbesondere zu Frankreich mit den Einerwahlkreisen, aber auch im Vergleich zu den kandidatenfokussierten Wahlsystemen in Malta und Irland. Drittens wurden in Ländern mit einem hohen Frauenanteil in den Parlamenten teilweise früh Frauenquoten bei einzelnen Parteien eingeführt, so in Schweden, Dänemark und den Niederlanden. Die Frauenbewegung beschränkte sich also nicht auf autonome Organisationsformen, sondern suchte auch den Weg innerhalb von Parteien, wobei sich Frauenförderung und Frauenquoten von sozialdemokratischen und grün-alternativen Parteien auch auf bürgerliche Parteien ausbreiteten. Diesbezüglich sprechen Davidson und Kürschner von einem „Domino-Effekt“, der beispielsweise in Deutschland 1986 von einer parteiinternen Quote bei den Grünen ausging, 1988 bei der SPD eingeführt und 1994 auf 40 Prozent erhöht wurde, schliesslich 1996 auch von der CDU als Quorum mit empfehlendem Charakter bei 33 Prozent festgelegt wurde (Davidson und Kürschner 2011, 25–26, auch Holtkamp et al. 2011, 38–39). Steininger bestätigt in einer Übersicht über die EU-Mitgliedsstaaten (2011, 47–50) die positive Wirkung von Quoten, wobei allerdings vielfach in egalitär ausgerichteten Ländern – Beispiel Finnland und Dänemark – für einen hohen Frauenanteil Quoten gar nicht notwendig sind. Viertens gingen in den betreffenden Staaten auch Impulse von den Regierungen aus, etwa in Form von Verpflichtungen zu einem ausgewogenen Geschlechterverhältnis in Kommissionen und Gremien oder beispielsweise finanzieller Unterstützung von Frauenförderungsmassnahmen der Parteien. Stämpfli (2011, 50) bilanziert im Falle der Schweiz, dass die reduzierten Chancen der Frauen bei den Wahlen neben anderen Faktoren auch strukturelle Ursachen haben: geschlechtsspezifische Erwerbsstrukturen mit beschränktem Zugang von Frauen zu Machtpositionen, traditionelle Rollenverteilung von Männern und Frauen, ferner eine „rückständige, klischierte und diskriminierende“ Rolle der Medien in der Wahrnehmung von Frauen in Machtpositionen (Stämpfli 2011, 50).

Auf Liechtenstein bezogen kann bei der Aufzählung von Hoecker einzig das Verhältniswahlrecht als günstiger Umstand für eine angemessene Repräsentation der Frauen registriert werden. Beim Verhältniswahlrecht erfolgt die Mandatsverteilung aufgrund des Stimmenanteils der einzelnen Parteien, wobei die gewonnenen Mandate den Kandidierenden mit den meisten Stimmen oder – im Falle unveränderbarer Listen – den Kandidierenden gemäss Reihenfolge auf der Liste der betreffenden Parteien zufallen. Beim Mehrheitswahlrecht sind hingegen die Kandidierenden mit den meisten Stimmen gewählt. Das Mehrheitswahlrecht ist daher stark personenorientiert. Besonders in Einerwahlkreisen begünstigt dies erfahrungsgemäss die Männer.

Allerdings bewirken die Panaschiermöglichkeiten in Liechtenstein trotz Verhältniswahlrecht eine Kandidatenorientierung. Die anderen genannten Faktoren müssen dagegen bezogen auf Liechtenstein eher als hinderlich für einen hohen Frauenanteil angesehen werden: Die Kultur war traditionell katholisch und konservativ geprägt (Marxer 2012b; exemplarisch: Sochin D'Elia 2013). Das Frauenstimmrecht wurde sehr spät eingeführt. Wirtschaft und Gesellschaft waren und sind bis in die Gegenwart stark männlich dominiert. Schliesslich ist auch keine ausgeprägte politische Partizipation von Frauen zu konstatieren.

Abgesehen von den erwähnten gemeinsamen Faktoren niedriger Frauenvertretung, die sich im internationalen Vergleich herauskristallisieren, äussert sich Hoecker (2009) an anderer Stelle spezifischer zu den Ursachen der Untervertretung von Frauen in der Politik in Deutschland. Sie nennt die folgenden:

- Geringeres Interesse der Frauen an (institutionalisierter) Politik;
- Männlich geprägte Formen politischer Arbeit;
- Politische Karrieremuster erschweren Frauen den Aufstieg;
- Frauen sind in informellen Entscheidungsstrukturen weniger eingebunden als Männer;
- Politikerinnen werden in den Medien marginalisiert und trivialisiert.

Die Plausibilität und Gültigkeit dieser fünf Faktoren für Liechtenstein werden in den folgenden Abschnitten untersucht. Zusätzlich zu den von Hoecker genannten Faktoren wird auch ein stärker auf die Wahlvorbereitung und Wahldurchführung fokussierender Ansatz von Stämpfli (2011) berücksichtigt. Sie ortet insbesondere drei Barrieren für Frauen in der Politik, die sie an den Phasen von Wahlen festmacht: bei der Mobilisierung, bei der Nomination und bei der eigentlichen Wahl.

### **8.1. Politisches Interesse von Frauen und Männern**

Falls Frauen tatsächlich ein geringeres Interesse an der Politik haben, kann dies Auswirkungen auf den Frauenanteil im Parlament haben. Denn einerseits kann dies zu einer geringeren Wahlbeteiligung führen, andererseits auch zu einem geringeren Interesse von Frauen, zu kandidieren und eine politische Karriere einzuschlagen. Bei diesen theoretischen Überlegungen wird jedoch vorausgesetzt, dass Frauen tendenziell Frauen bei Wahlen bevorzugen und dass Frauen bei Kandidaturen nicht in genügender Anzahl zur Verfügung stehen.



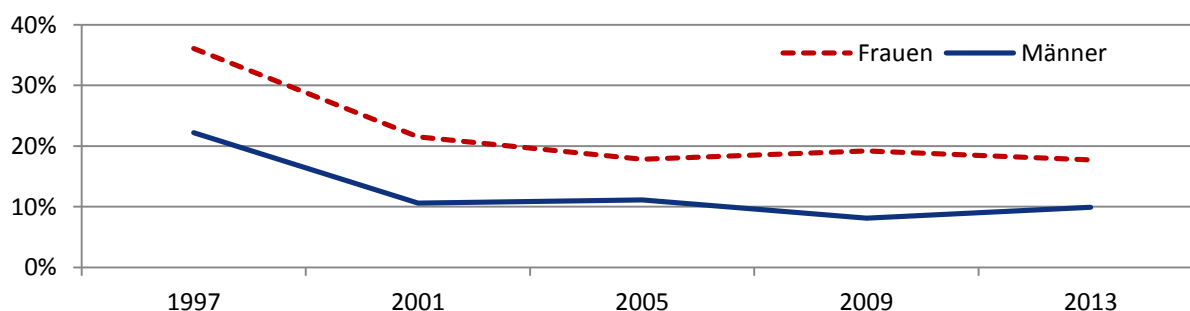
In Liechtenstein wird das allgemeine Interesse an der Politik in Nachwahlumfragen seit 1997 abgefragt. Dabei hat sich bei allen bisherigen Umfragen tatsächlich ein signifikanter Unterschied zwischen Männern und Frauen gezeigt. Die Männer geben deutlich mehr als die Frauen an, „sehr interessiert“ an Politik zu sein. Das Maximum wurde 2001 registriert (19.1 Prozentpunkte Differenz), das Minimum 1997 (12.0 Prozentpunkte). Wenn man die beiden Kategorien „sehr interessiert“ und „eher interessiert“ zusammenfasst, wird der Unterschied zwischen Männern und Frauen kleiner. 1997 herrschte die grösste Differenz (13.9 Prozent), 2005 mit 6.8 Prozent die geringste.

**Tabelle 11: Interesse an der Politik nach Geschlecht 1997 bis 2013  
(in Prozent; gewichtet nach Parteienwahl)**

	1997		2001		2005		2009		2013	
	M	W	M	W	M	W	M	W	M	W
Sehr interessiert	31.6	19.6	47.8	28.7	48.3	33.4	44.2	30.3	47.0	28.4
Eher interessiert	46.2	44.3	41.6	49.6	40.7	48.8	47.7	50.6	43.1	53.9
Eher nicht int.	20.4	32.3	10.6	18.3	10.5	14.7	6.4	17.5	8.8	16.1
Überhaupt nicht int.	1.8	3.8	0.0	3.2	0.6	3.1	1.7	1.7	1.1	1.6
Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Cramer-V	.176***		.235***		.170***		.197***		.200***	

Der Anteil der Frauen, die sich eher nicht oder überhaupt nicht für Politik interessieren, ist seit 1997 deutlich gesunken. Damals gaben dies noch insgesamt 36.1 Prozent an, 2013 waren es nur noch 17.7 Prozent – ähnlich hoch wie auch bei den beiden vorangegangenen Wahlumfragen.

**Abbildung 18: Politisches Interesse an Politik allgemein nach Geschlecht  
(„Eher nicht interessiert“ und „überhaupt nicht interessiert“ addiert; in Prozent) (1997–2013)**



Quelle: Nachwahlumfragen 1997 bis 2013/Marxer.

Die Wahlteilnahme wäre ebenfalls ein guter Indikator für das politische Interesse. Die Wahlkommissionen liefern jedoch keine Auswertung über die Wahlteilnahme nach Geschlecht, Alter oder sonstigen Kriterien. Die Umfragedaten andererseits sind bezüglich exakten Aussagen zur Wahlteilnahme nicht geeignet, da Wahlabstinenten häufiger dazu neigen, ein Interview zu verweigern. Da Liechtenstein eine vergleichsweise sehr hohe Wahlbeteiligung aufweist – bei den letzten Wahlgängen lag sie jeweils bei rund 85 Prozent, 2013 erstmals knapp unter 80 Prozent –

und gleichzeitig die Antwortverweigerung bei den Nichtwählenden relativ hoch ist, ergeben sich in diesem Segment sehr kleine Fallzahlen, die keine statistisch belastbare Aussage zu Verhaltensdifferenzen in einzelnen Teilsegmenten zulassen.

Frauen interessieren sich wie gesehen in Liechtenstein tatsächlich etwas weniger stark für Politik als Männer. Dennoch ist auch bei ihnen insgesamt ein hohes Interesse festzustellen. Auf alle Wahlberechtigten hochgerechnet kann davon ausgegangen werden, dass knapp 3'000 Frauen und rund 4'500 Männer sehr an Politik interessiert sind. Theoretisch sollte es also möglich sein, mindestens unter den sehr Interessierten genügend Kandidatinnen (und Kandidaten) für die diversen Wahlen zu finden.

Aufgrund der hohen Wahlbeteiligung in Liechtenstein ist nicht davon auszugehen, dass speziell bei den Frauen ein unerschlossenes Reservoir an Wahlabstinenten vorhanden ist. Das Argument von Stämpfli (2011), dass die tiefe Wahlbeteiligung von Frauen die kandidierenden Frauen benachteiligt, kann also nicht ohne weiteres auf Liechtenstein übertragen werden. Hingegen zeigen die Umfragedaten weiter oben, dass von einem frauenfreundlicheren Wahlverhalten von Frauen ausgegangen werden kann. Ob eine zusätzliche Mobilisierung der 2013 nicht an der Wahl Teilnehmenden also zu einer Verbesserung der Wahlchancen von Frauen beigetragen hätte, ist dennoch zumindest fraglich. Es wäre auch denkbar, dass gerade 2013 aufgrund spezifischer Wahlumstände eher konservativ Eingestellte der Wahl fernblieben, die mitunter nicht frauenfreundlich gewählt hätten. Eine abschliessende Antwort kann man allerdings hierzu nicht geben.

## **8.2. Männlich geprägte Formen politischer Arbeit**

In einem Rückblick auf 50 Jahre Gleichberechtigung in Deutschland hält Hoecker (2008) fest, dass die institutionalisierte Politik männlich geprägt sei, obwohl dies nicht eingehend wissenschaftlich untersucht sei. Jedenfalls aber sei die Unterrepräsentation von Frauen in Parteien und formellen Entscheidungsinstanzen wie Parlamenten und Regierung nicht einfach ein Ergebnis mangelnden Interesses oder Engagements von Frauen, wie deren Engagement in anderen Zusammenhängen zeige, beispielsweise in neuen sozialen Bewegungen in Form von Demonstrationen, Mitarbeit in Bürgerinitiativen, Sammeln von Unterschriften etc. Hoecker (2008, 15) schreibt: „Auch heute noch sind die Formen der politischen Arbeit, also die Organisationsstrukturen sowie die Versammlungs- und Kommunikationsstile, männlich geprägt, und über die Definition politischer Probleme bestimmen gleichfalls vorrangig Männer. Wenn Frauen sich in diesem Politikfeld engagieren, dann müssen sie sich folglich nach den Regeln richten, die ihnen weitgehend fremd sind und die mit ihrer Lebenswirklichkeit nur wenig zu tun haben.“ Zum gleichen Ergebnis war bereits früher Schöler (1994) in einer spezifischen Untersuchung über Erfahrungen von Frauen in Parteien und Parlamenten gelangt, aber auch Hoecker selbst (1987), ebenso Abächerli und Würsch (2001, 67). Neben der von Männern geprägten Staatsform führen sie auch Eigenarten der Frauen ins Feld, die mit den männlich geprägten Strukturen und Verfahrensmodi schwer zu vereinbaren sind. So erwähnen sie die „Erziehung zu Weiblichkeit“ mit Attributen wie freundlich, mütterlich und angepasst, die in der parlamentarischen Politik nicht gefragt seien, während Macht als Tabuthema gelte. Dementsprechend pflegten Frauen eine andere Organisations- und Diskussionskultur und verpflichteten sich beispielsweise lieber in der Freiwilligenarbeit.

Es gibt keinen Grund zur Annahme, dass die Situation in Liechtenstein anders aussieht. Geschichtlich betrachtet ist es jedenfalls klar, dass die Institutionen und deren Arbeitsweise von Männern entworfen wurden und die Frauen in Liechtenstein auf Landesebene erst mit dem Stimm- und Wahlrecht ab 1984 zur Mitarbeit in den bereits bestehenden und im Kern nicht modifizierten Strukturen aufgerufen waren. Holtz-Bacha (2003, 47) notiert, dass Frauen sozialisationsbedingt einen eher personenbezogenen Kommunikationsstil pflegen. Es seien aber auch Lernprozesse festzustellen, sodass etwa die Frauen im Deutschen Bundestag mehr und mehr gelernt hätten, das politische Geschäft routiniert zu betreiben, die Medienlogik zu durchschauen und neben der Vermittlung von Sachpolitik auch gezieltere Eigenwerbung zu betreiben.<sup>16</sup> Inwieweit sich der Versammlungs- und Kommunikationsstil sowie weitere Aspekte der institutionalisierten politischen Arbeit frauenfreundlich gestalten liessen, müsste eingehend untersucht und experimentell getestet werden.

Es trifft jedoch zu, dass Frauen speziell an der institutionalisierten Politik weniger Gefallen finden als Männer. In einer Umfrage nach den Gemeinderatswahlen 2011 konnte der Autor dieses Beitrags auch im Falle Liechtensteins feststellen, dass sich Männer und Frauen tatsächlich in dieser Hinsicht unterscheiden. Die Umfrage richtete sich an diejenigen, die für eine Kandidatur zu den Gemeinderatswahlen angefragt wurden, aber ablehnten. Männer argumentierten in erster Linie mit zeitlichen Belastungen und anderweitigen Engagements. Für Frauen stellten der politische Stil der Auseinandersetzung und die negativ konnotierte Perspektive auf einen Wahlkampf die hauptsächlichen Ablehnungsgründe dar. Hinzu kamen aber noch viele weitere Argumente von Seiten der Frauen – von der familiären und beruflichen Belastung, der Öffentlichkeitsscheu bis hin zur Präferenz für eine Mitarbeit in einem Verein anstatt im Gemeinderat. Nichtkandidierende Männer führten hingegen weniger Argumente ins Feld, die gewichtig gegen eine Kandidatur sprachen.

**Tabelle 12: Gründe für Absage bei Gemeinderatswahlen 2011 nach Geschlecht (Mittelwerte > 3 auf einer Skala von 1 bis 5)**

	Männer		Frauen	
1. Grund	Bereits grosse berufliche Belastung	3.51	Zu viel Machtpolitik, Sachpolitik wird bevorzugt	3.48
2. Grund	Zeitpunkt ungünstig, vielleicht in ein paar Jahren	3.28	Wahlkampf wäre ein Gräuel	3.43
3. Grund	Bereits in einem Verein oder Projekt engagiert	3.21	Familiäre Belastungen	3.42
4. Grund	Zu viel Machtpolitik, Sachpolitik wird bevorzugt	3.06	Bereits grosse berufliche Belastung	3.24
5. Grund			Steht nicht gerne in der Öffentlichkeit	3.16
6. Grund			Steht nicht gerne in einer politischen Funktion in der Öffentlichkeit	3.14

<sup>16</sup> Holtz-Bacha (2003, 47) mit Hinweis auf ein unveröffentlichtes Manuskript von Sonja Jürschik (1998) mit dem Titel „Deutsche Spitzenpolitikerinnen und die Medien – ein Generationenvergleich“ (Mainz).

7. Grund		Arbeitet lieber in konkreten Projekten, in einem Verein	3.10
8. Grund		Zeitpunkt ungünstig, vielleicht in ein paar Jahren	3.07

Es fehlt den Frauen also nicht generell das Interesse an der Politik, sondern viel eher haben sie Hemmungen, sich in die institutionalisierte Form der Politik und die damit einhergehenden Rivalitäten und Auseinandersetzungen zu begeben, sich mit politischen Ambitionen zu outen, sich der Öffentlichkeit zu präsentieren und auch allenfalls öffentlich der Kritik ausgesetzt zu sein.

Zu einem vergleichbaren Ergebnis gelangten Hofer und Wolfgruber (2000, 269–271) zu Kommunalwahlen im ländlichen Raum Österreichs. Haupthindernisse sind für Frauen erstens das Problem der Vereinbarkeit des politischen Engagements mit der Familie und/oder dem Beruf, zweitens die schwierige Lage der Frauen in den politischen Parteien und den männerdominierten traditionellen Politikformen. Hinzu kommt drittens als struktureller Faktor die schwache gesellschaftliche Verankerung der Frauen mit Blick beispielsweise auf die Vereinsstrukturen sowie viertens eine einseitige Wahrnehmung von Frauen, die von Vorurteilen geprägt ist. Deren politische Kompetenz wird angezweifelt und gleichzeitig wird auf diese vermeintliche Schwäche fokussiert anstatt auf stärker „weiblich besetzte“ Stärken zu achten (Verantwortungsbewusstsein, Gerechtigkeitsempfinden, Einsatzbereitschaft, Kontaktfreudigkeit).

### 8.3. Politische Karrieremuster und Aufstiegsbarrieren für Frauen

Vor dem Hintergrund der Situation in Deutschland kritisiert Hoecker, dass die typischen politischen Karrieremuster die Aufstiegschancen von Frauen kompromittieren. Sie verweist auf die übliche „Ochsentour“, die mit dem zeitraubenden Engagement auf lokaler Ebene beginnt, wobei Fachwissen und aussichtsreiche berufliche Positionen mit der Chance auf einflussreiche Kontakte und Netzwerkbildung den Aufstieg begünstigen. Die Karriereleiter ende in der Politik als Hauptberuf mit entsprechender zeitlicher Disponibilität. Dieses Karrieremuster ist gemäss Hoecker (2008, 16) auf Männer zugeschnitten, während Frauen aufgrund von beruflichen Positionen und der unzureichenden Vereinbarkeit von Familie und Beruf weniger in dieses Muster passen. Demzufolge sei es nicht erstaunlich, dass alleinstehende Politikerinnen im Bundestag übervertreten, Frauen mit Kindern untervertreten seien. Innerparteiliche Quotenregelungen würden aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung innerhalb der Gesellschaft ebenfalls an Grenzen stossen. In Liechtenstein ist dies bisher nicht untersucht.

Politische Karrieren innerhalb der Parteien sind in Liechtenstein jedoch nicht den gleichen Bedingungen unterworfen, wie sie Hoecker für Deutschland skizziert. Insbesondere ist das Berufsbild „Politiker“ in Liechtenstein nicht verbreitet, da dies nur für die vollamtlichen Vorsteher sowie die Regierungsmitglieder zutrifft. Gemeinderäte und Landtagsabgeordnete sind Milizpolitiker/innen, die neben ihrem politischen Amt weiterhin ihrer angestammten Beschäftigung nachgehen. Auch ist die „Ochsentour“ von der lokalen bis hin zur Bundesebene – beziehungsweise in Liechtenstein von der Gemeinde- auf die Landesebene – nicht die Norm. Der Grossteil der Landtags- und Regierungsmitglieder ist nicht zum politischen Engagement auf einer unteren Ebenen der Hierarchie – Gemeinderat oder Kommissionen in Gemeinden, Parteimitarbeit etc. – gezwun-

gen, sondern kandidiert ohne entsprechenden biografischen Hintergrund zum Landtag oder wird in die Regierung gewählt. Wie bereits weiter oben ausgeführt wurde, hatten nur 65 der 413 kandidierenden Männer bei den Landtagswahlen von 1986 bis 2013 unmittelbar vorher für den Gemeinderat kandidiert (16 Prozent) sowie 24 der 149 kandidierenden Frauen (ebenfalls 16 Prozent). Bei Regierungsmitgliedern ist es die Ausnahme, dass sie vorher ein Landtagsmandat innehatten. In der Regel sind sie zwar mit der sie portierenden Partei – meist aufgrund langfristiger familiärer Parteiidentifikationen – verbunden, unternehmen den Schritt in die Regierung jedoch meist nicht aus der Position eines Landtagsabgeordneten oder einer anderweitigen bedeutenden Parteifunktion heraus.

Stämpfli (2011, 50) moniert betreffend innerparteilicher Nomination mit Blick auf die Schweizer die Situation, dass die Gleichstellung innerhalb der Parteihierarchie nicht gewährleistet sei. Frauen würden weniger oft nominiert und belegten vielfach die hinteren Ränge auf den Listen. Parteiinterne Frauenförderungsmassnahmen seien zu wenig stark ausgebaut und würden zu wenig praktiziert. In Liechtenstein sieht die Situation aus zwei Gründen etwas anders aus. Erstens ist es bekannt, dass sich die Parteien sehr darum bemühen, vermehrt Frauen auf die Listen zu setzen. Die Bemühungen scheitern aber meistens an der mangelnden Bereitschaft von Frauen, zu kandidieren.<sup>17</sup> Zweitens werden Frauen auf den Listen nicht auf die hinteren Ränge verwiesen, sondern die Stimmzettel werden meistens in alphabetischer Reihenfolge geführt. Es ist ohnehin den Wählerinnen und Wählern überlassen, aufgrund von Streichungen und Verteilung von Sympthiestimmen über die Rangierung der Kandidatinnen und Kandidaten zu bestimmen. Die Partei hat – abgesehen von den Mitteln der Wahlkampfführung – keine Möglichkeit, die Reihenfolge der Kandidierenden im Resultat zu beeinflussen.

#### **8.4. Frauen und Männer in informellen Entscheidungsstrukturen**

Informelle Entscheidungs- und Machtstrukturen sind ein nicht zu unterschätzender Aspekt der Politik. Während in den formellen Entscheidungsstrukturen, etwa Landtag und Regierung, verbindliche Entscheidungen nach klar definierten Entscheidungsregeln getroffen werden, werden die meisten Debatten im Vorfeld geführt und in öffentlichen oder nichtöffentlichen Arenen Meinungen gebildet und Abstimmungsempfehlungen von Parteien und Fraktionen entwickelt. Dies kann in der Öffentlichkeit beispielsweise in Form von Versammlungen, Veranstaltungen oder mittels Kampagnen erfolgen, insbesondere auch vermittelt über die Medien oder von den Medien selbst initiiert. Daneben gibt es zahlreiche nichtöffentliche Plattformen, etwa Parteigremien und Fraktionssitzungen, Besprechungen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und Interessenvertretern bis hin zu informeller interpersoneller Kommunikation, unter anderem auch am Ar-

---

<sup>17</sup> Klagen der Parteien und Ortsgruppenvorsitzenden über Rekrutierungsprobleme bei Suche von Kandidatinnen und Kandidaten sind immer wieder zu hören, nicht nur im Kontext von Landtagswahlen, sondern auch bei Gemeinderatswahlen. Eine Befragung anlässlich der Gemeindewahlen 2011 zeigt, dass rund 760 Personen vergeblich für eine Kandidatur angefragt wurden (Marxer 2011, 2). Selbst die Grossparteien bekundeten Mühe, volle Listen in den Gemeinden zu präsentieren. Trotz aller Bemühungen konnten nur 28.9 Prozent Frauen für die Kandidatenlisten gewonnen werden.

beitsplatz, am Wirtshaustisch, an der Bar oder in Serviceclubs (Lions, Rotarier, Kiwanis, Zonta etc.), die meistens geschlechtergetrennt organisiert sind.

Auf diesen Umstand ist in mehreren Studien hingewiesen worden, wobei Liebig mit Bezug auf Geschlechterungleichheiten in wirtschaftlichen Führungsgremien in der Schweiz (1997) von der „geschlossenen Gesellschaft“ sprach, Holland-Cunz (2004) von der Frau als „integrierter Aussen-seiterin“ in der Politik. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich die Lage in Liechtenstein grundlegend anders darstellt als in anderen deutschsprachigen Ländern. Hoecker (2008, 17) weist denn auch darauf hin, dass die nationale politische Kultur ein bedeutsamer Einflussfaktor hinsichtlich der politischen Partizipationschancen von Frauen ist. Diesbezüglich attestiert sie den nordischen Staaten in Europa egalitäre Einstellungen, während sie für die meisten anderen europäischen Staaten – darunter auch Deutschland – eher patriarchale Einstellungen konstatiert.

Für Abächerli und Würsch (2001, 67) ist die traditionelle Arbeitsteilung – Mann ausserhalb, Frau innerhalb des Hauses – eine Grundlage für die Entwicklung unterschiedlicher Geschlechterrollen mit Konsequenzen für die Vertretung von Frauen in der Politik. Aus dieser Rollenverteilung leiten sie auch ein mangelndes Selbstvertrauen und ein Gefühl der Minderwertigkeit von Frauen in der Politik ab, wohingegen für den Auftritt in der Öffentlichkeit Selbstbewusstsein notwendig sei (68). Aktuell wird diese Debatte durch ein Buch der Facebook-Chefin (COO) Sheryl Sandberg (2013) angeheizt, die von Frauen mehr beruflichen Ehrgeiz fordert. Ihr wird allerdings entgegen gehalten, dass sie in einer privilegierten Position sei, die für die Mehrheit der Frauen nicht zutreffe. Da sich Frauen notfalls tendenziell für die Familie entscheiden würden, seien Reformen wie bezahlter Mutterschaftsurlaub, flexiblere Arbeitszeiten und mehr Freiräume für Heimarbeit notwendig, lautet die Kritik.<sup>18</sup>

Ein entscheidender Schritt wäre eine stärkere Vertretung von Frauen in allen relevanten, hochrangigen Gremien, sei dies bei den Parteien (Präsidium, Ortsgruppenvorsitz), in der Politik (Regierung, Landtag, Vorsteheramt), in Verwaltung und Gerichten (Amtsleitung), in der Wirtschaft (Aufsichtsrat, Verwaltungsrat, Geschäftsleitung), in Vereinen und Verbänden (Präsidium, Geschäftsleitung), in Medienunternehmen (Chefredaktion), als Vorsitzende in Kommissionen, Beiräten etc. Dies würde Frauen vermehrt in wichtige Entscheidungen involvieren, ihr Selbstbewusstsein und ihre gesellschaftliche Rolle stärken sowie zu einer erhöhten Wahrnehmung durch die Medien und damit die breite Öffentlichkeit führen.

Zur Situation in Liechtenstein besteht noch Forschungsbedarf. Zwar wurde in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten der Ausbau von Betreuungsstrukturen (Kindertagesstätten, Tagesschulen u.a.) vorangetrieben. Dennoch dürfte die Vereinbarkeit von Familie und Berufskarriere für viele Frauen nach wie vor problematisch sein. Es fehlen hierzu jedoch detaillierte Erkenntnisse aus Befragungen, so wie auch keine detaillierten Zahlen zu Frauen in hohen beruflichen und anderen Positionen systematisch erhoben sind.

---

<sup>18</sup> Bericht im Tages-Anzeiger vom 10. März 2013, S. 6.

## 8.5. Frauen und Männer in den Medien

Studien haben immer wieder gezeigt, dass Politikerinnen in den Medien marginalisiert und trivialisiert werden. Dadurch ergibt sich ein eigentümliches Bild von Frauen in der Politik, welches nicht so stark auf Kompetenzen in Sachfragen fokussiert wie bei den Männern. Die klassischen Attribute erfolgreicher Politik – Sachlichkeit, Kompetenz, Durchsetzungskraft etc. – werden daher vornehmlich mit Männern in Verbindung gebracht. Diesbezüglich hat insbesondere Holtz-Bacha mit diversen Studien entscheidende Forschungsbeiträge beigetragen.<sup>19</sup> Demzufolge sind Frauen nicht nur in der Politik unterrepräsentiert, sondern werden wegen geschlechtstypischer Berichterstattung auch zu ihrem Nachteil dargestellt: Ihre Privatsphäre, ihre familiäre Situation und ihr Aussehen stehen vielfach im Vordergrund, während männliche Politiker mit Sachfragen und Sachkompetenzen in Verbindung gebracht werden (Holtz-Bacha 2003, 48 mit Verweis auf weitere Studien).

Neben der qualitativen Darstellung von politisch engagierten Frauen muss aber auch auf die quantitative mediale Präsenz – beziehungsweise Absenz – der Frauen hingewiesen werden. Bei einem Frauenanteil von meist weit unter 50 Prozent in den Parlamenten und Regierungen erstaunt es zunächst nicht, dass Männer in den Medienberichten über Politik eine dominante Rolle einnehmen. Es wird jedoch vielfach nicht einmal eine Medienpräsenz erreicht, die dem Frauenanteil in verschiedenen Kontexten entspricht. Nyffeler et al. (1996) untersuchten in der Schweiz die Medienpräsenz von Frauen und Männern in Radio- und Fernsehsendungen anlässlich der Eidgenössischen Wahlen 1995, wobei Nyffeler (2001) eine entsprechende Untersuchung auch zu den Wahlen 1999 vornahm. Zu den Wahlen 1999 stellte sie fest, dass der Frauenanteil unter den Kandidierenden 35 Prozent betrug, deren Redezeitanteil indes nur 18 Prozent. In einer Folgeuntersuchung zu den Nationalratswahlen 2003 (Stalder 2004) war Fortschritt festzustellen: Die Frauen stellten 35 Prozent der Kandidierenden, wiesen jedoch nur – beziehungsweise immerhin – 29 Prozent Redeanteil bei TV-Wahlsendungen auf. Beim Deutschschweizer Sender SF DRS nahm der Redeanteil der Kandidatinnen besonders markant zu. In dieser Sprachregion lag der Kandidatinnenanteil ebenfalls bei 35 Prozent, deren Redeanteil bei Wahlsendungen von SF DRS dagegen bei 42 Prozent. Das bedeutete eine Zunahme von 19 Prozentpunkten seit 1999 (Stalder 2004, 9).

Zu einem vergleichbaren Resultat gelangt eine Analyse von Hardmeier und Klöti zu den Printmedien beim Wahlkampf 2003 (2004a, 2004b): 75 Prozent der Medienauftritte wurden von Männern, 25 Prozent von Frauen bestritten, wobei mit einem überdurchschnittlichen Auftreten von Frauen im Kontext von Gleichstellungsfragen, Wissenschaft/Bildung/Kultur und Sozialpolitik – im Gegensatz zu den Männern mit einem Übergewicht bei der Aussen-, Sicherheits- und Landwirtschaftspolitik – auch eine geschlechtsspezifische Zuordnung von Sachkompetenzen erfolgte. Insgesamt waren die Frauen in der Medienberichterstattung deutlich unterrepräsentiert, da sie nur 25 Prozent der Medienauftritte verbuchten, obwohl sie 35 Prozent aller Kandidierenden stellten. Hardmeier und Klöti (2004a, 20) resümieren: „Politik ist ein männliches Be-

---

<sup>19</sup> Holtz-Bacha 2003, 2008; Holtz-Bacha und König-Reiling 2007.

rufsfeld und wird von den Medien in doppelter Hinsicht als solches bewahrt: Noch ausgeprägter, als die politischen Vorgaben es nahe legen würden, berichten die Medien über männliche Kandidaturen und diese Berichte werden mehrheitlich von Männern verfasst“.

Pallaver und Lengauer (2008) wiesen in Österreich für den Zeitraum 1998 bis 2006 eine massive Männerdominanz in der Medienberichterstattung auch ausserhalb von Wahlkampfzeiten nach. Im Durchschnitt lag der Anteil an Nennungen von Politikerinnen bei ORF-Nachrichten um mehr als ein Drittel unter dem Frauenanteil in Parlament und Regierung. Russmann und Höller gelangen aufgrund einer inhaltsanalytischen Untersuchung der Medienberichterstattung und der Presseaussendungen von Parteien anlässlich der Nationalratswahlen in Österreich zu einem analogen Befund, der sich auch mit den Forschungsergebnissen der Schweiz deckt: „Die vorliegenden Ergebnisse bestätigen somit auch für die aktuelle politische Landschaft in Österreich, dass die Massenmedien bestehende Geschlechterstereotypisierungen (in der Wahlkampfkommunikation) zementieren. Mehr noch, die Medien forcieren geschlechterstereotype Darstellungen von politischen Akteuren. So konnte die Betrachtung der Parteienkommunikation offenlegen, dass sich die politischen Parteien intensiver als die Medien um ein ausgewogenes Männer- und Frauenbild in der Öffentlichkeit bemühen. Nichtsdestotrotz ist auch die Politik aufgefordert, den öffentlichen Auftritt ihrer Politikerinnen zu stärken. Denn solange beispielsweise im Output der Parteien nur rund jeder fünfte Akteur eine Frau ist, ist es den Medien auch nicht möglich, Männern und Frauen den selben Raum in der Berichterstattung einzuräumen, wodurch die Politikerinnen auch weniger von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden können.“ (Russmann und Höller, 295)

Die verzerrte Berichterstattung könnte auch mit einem Missverhältnis zwischen männlichen und weiblichen Redaktionsmitgliedern bei den Medien zusammenhängen. Betreffend Anteil von Männern und Frauen unter den Journalisten bezog sich die Studie von Hardmeier und Klöti auf eine Medienanalyse von Marr (2003), der nachwies, dass beispielsweise in Ressorts aller Deutschschweizer Printmedien insgesamt nur 31 Prozent Frauen journalistisch arbeiteten. Bei Artikeln zu den Wahlen 2003 wurde dieser Wert noch weiter unterschritten: Nur 15 Prozent solcher Beiträge stammten von Frauen (nach Hardmeier und Klöti 2004a, 20). Bezogen auf Deutschland hält Holtz-Bacha (2003, 48) allerdings auch fest, dass Journalistinnen „gar nicht viel anders als ihre männlichen Kollegen (arbeiten), obwohl sie sich selbst oft überzeugt geben, dass sie ein anderes Berufsverständnis haben. Offenbar übernehmen Frauen mit der beruflichen Sozialisation die üblichen journalistischen Selektions- und Bearbeitungsroutinen – müssen sie vielleicht auch übernehmen, um ihre eigenen Karrierechancen zu sichern.“ Mit Bezug auf liechtensteinische Medien ist nicht untersucht, ob Frauen und Männer unterschiedlich journalistisch arbeiten, sei es in der Themenwahl, im Sprachgebrauch oder in den Inhalten.

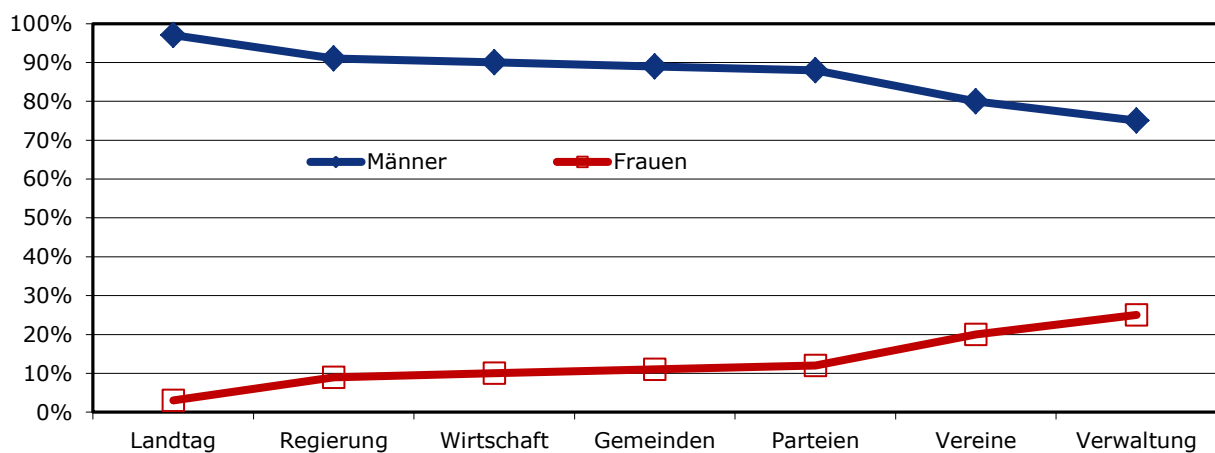
In Liechtenstein zeigt ein kurzer Blick auf die im Internet von den beiden Tageszeitungen vorgestellten Team-Mitglieder, dass im Bereich der Redaktionen die Frauen unterschiedlich stark vertreten sind (Stand: April 2013). Einschliesslich Chefredaktion, aber ohne Fotografen, Produktionsmitarbeitende etc., sind in allen Ressorts zusammen beim Liechtensteiner Vaterland 14 Männer und 13 Frauen beschäftigt (Frauenanteil 48 Prozent), beim Liechtensteiner Volksblatt 14 Männer und 4 Frauen (Frauenanteil 22 Prozent). Der Anstellungsgrad ist nicht berücksichtigt. Wenigstens beim Liechtensteiner Vaterland sollte aufgrund des Geschlechterverhältnisses



in der Redaktion keine männerorientierte Verzerrung in der Berichterstattung zu erwarten sein, wenn überhaupt davon auszugehen ist, dass das Geschlecht der Journalisten und Journalistinnen auf die Berichterstattung abfärbt.

Hingegen ist die quantitativ messbare Präsenz von Frauen und Männern in der Berichterstattung der liechtensteinischen Printmedien erhoben (Marxer 2000). Demzufolge liegt bzw. lag die Präsenz der Frauen in den Medien, analysiert am Beispiel der beiden Tageszeitungen (Liechtensteiner Vaterland und Liechtensteiner Volksblatt), tatsächlich fernab von einem ausgeglichenen Verhältnis – ja selbst weit unterhalb der vorhandenen (Unter-)Vertretung in verschiedenen Gremien. Die Analyse aus dem Jahr 2000 zeigt, dass Männer mit grosser Mehrheit in den Mediendarstellungen überwogen, falls Personen in den betreffenden Bild- oder Textbeiträgen eine prägende Rolle spielten. Besonders dominant wurden Männer in politischen Kontexten – also Landtags- und Regierungsarbeit, aber auch Wirtschaft, Gemeinden und Parteien – medial dargestellt. Weniger krass, aber immer noch mit rund 70- bis 80-prozentiger Mehrheit, wurden sie im Kontext von Vereinen oder der Verwaltung präsentiert.

**Abbildung 19: Präsenz in Zeitungen im Falle von Personendominanz nach Kontext und Geschlecht (2000) (in Prozent)**



Für die Jahre 2007 und 2012 wurden beziehungsweise werden analoge Datenerhebungen durchgeführt, deren Publikation in Vorbereitung ist. Erste Befunde geben zu wenig Hoffnung Anlass, dass sich die Situation zugunsten der Frauen massgeblich verändert hat. Nach wie vor sind die Männer wohl in allen Belangen – textliche und bildliche Darstellung, auch differenziert nach Gremien sowie nach Themenbereichen – klar überrepräsentiert. Dabei muss aufgrund der Befunde der Medienwirkungsforschung davon ausgegangen werden, dass die mediale Präsenz einen prägenden Einfluss darauf ausübt, was (oder wer) als wichtig und was (oder wer) als weniger wichtig beurteilt wird. „Eine geringe mediale Präsenz von Frauen in der Politik vermittelt entsprechend den Eindruck“, so Holtz-Bacha (2003, 48), „sie hätten dort auch weniger Gewicht. Wenn die Medien bei der Darstellung von Politikerinnen deren Äusseres betonen, ihre private und berufliche Rolle vermischen und sie im Übrigen bevorzugt den klassischen weiblichen Kompetenzbereichen zuordnen, demonstriert das zum einen die herkömmliche gesellschaftliche Arbeitsteilung und zum anderen die ‚Fremdheit‘ von Frauen in der Politik, das heisst ihre Abweichung von der als Norm geltenden Rolle des männlichen Politikers.“

Die Präsenz von Frauen und Männern im Landtagswahlkampf 2013 wäre speziell noch zu untersuchen. Neben der Analyse der Printmedien müssten auch die Wahlsendungen von Radio Liechtenstein und 1FLTV analysiert werden.

## 9. STRATEGIEN ZUR VERBESSERUNG DER WAHLCHANCEN VON FRAUEN

In den vorangegangenen Kapiteln wurde deutlich, dass das Bewusstsein für eine Förderung von Frauen in der Politik erlahmt. Frauenorganisationen und andere Akteure versuchen dennoch oder gerade deswegen immer wieder, durch gezielte Aktionen die Wahlchancen von Frauen zu verbessern. In der Schweiz war dies im Kontext der Nationalratswahlen 2011 wiederum in hohem Masse der Fall. Unter dem Motto „Frauen bauen Zukunft“ wurde dies beispielsweise mittels Werbekarten, einer speziellen Website ([www.frauenbauenzukunft.ch](http://www.frauenbauenzukunft.ch)) und Briefen an Kantonalparteien mit einer Analyse durch die Politologin Regula Stämpfli gemacht. Etienne J. Verrey als Präsidentin der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen gibt zu, dass das Ziel der Kampagne, mehr Frauen ins Parlament zu wählen, klar verfehlt wurde (2012, 45). Sie wertete dennoch die Vernetzung der Frauendachorganisationen durch dieses Projekt als Fortschritt und kündigte eine Fortsetzung der Arbeit an. Sie bringt auch den Aspekt von Quoten wieder ins Spiel, nachdem eine entsprechende Vorlage in einer Volksabstimmung im Jahr 2000 mit 82 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt worden war. Verrey sieht sichtbare Vorteile in Quoten: „Sie werden temporär festgelegt, werden der konkreten Situation angepasst und ihre Wirksamkeit kann regelmässig überprüft werden. Bei den Quoten geht es um eine Umverteilung von Positionen und Ressourcen und damit um Macht, Einfluss und Prestige. Ich wüsste keinen Grund, weshalb Frauen zur Ausübung von Macht und Einfluss weniger geeignet wären als Männer. Zeit also, um die Quotendiskussion wieder aufzunehmen? Auf jeden Fall Zeit, dass die Frauen ihren Anteil an der Macht mit aller Klarheit einfordern!“ (Verrey 2012, 44) Auch gemäss Steininger (2011, 50–52) stellen Quotenregelungen die bisher erfolgreichsten Strategien zur Erhöhung des Frauenanteils dar. Im EU-Vergleich zeigt sie auf, dass 8 der 27 Mitgliedsstaaten keine Quotenregelungen haben (darunter auch Dänemark, Finnland und Estland mit einem vergleichsweise hohen Frauenanteil), 18 Staaten kennen Quotenregelungen innerhalb der Parteien, fünf Staaten haben gesetzlich geregelte Quoten. In diesen Staaten ist der Frauenanteil im Parlament aber ebenfalls von einem egalitären Zustand entfernt: Belgien 38.0 Prozent Frauenanteil, Spanien 36.0, Slowenien 32.2, Portugal 28.6, Frankreich 26.9.<sup>20</sup>

Die stärker auf wirtschaftliche Fragen ausgerichtete OECD präsentiert in einem Bericht über die Gleichstellung der Geschlechter zentrale Ergebnisse und Kernaussagen zu den Bereichen der allgemeinen öffentlichen Politik, Bildung, Beschäftigung und unternehmerischen Initiative. Das Wahlrecht und die Beteiligung von Frauen in der Politik ist kein explizites Thema. Zur öffentlichen Politik werden Aspekte erwähnt wie etwa die Verbesserung der quantitativen und qualitativen Datenlage zu geschlechtsspezifischen Fragen, der Ausbau staatlicher Kapazitäten zur Verfolgung eines geschlechtergerechten Ansatzes, der Abbau diskriminierender Bestimmungen und

---

<sup>20</sup> Angaben zum Frauenanteil gemäss [www.ipu.org](http://www.ipu.org) [28.5.2013].

Verhaltensweisen – beispielsweise betreffend Lohngleichheit – sowie die Fixierung realistischer Ziele für den Anteil von Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Dienst (OECD 2013, 19–20). Solche Massnahmen stehen im Kontext einer allgemeinen Gleichstellungsstrategie, die hier nicht weiter ausgeführt werden kann. Es ist aber naheliegend, dass die Gleichstellung der Geschlechter in allen gesellschaftlichen Belangen einige Konsequenzen nach sich ziehen würde: einen Bewusstseinswandel mit einer veränderten Wahrnehmung von Frauen und deren Rolle in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, mitunter eine Modifizierung der institutionellen Settings – Struktur und Arbeitsweise von Gremien etc. – in Richtung einer verbesserten Kompatibilität mit Bedürfnissen von Frauen sowie auch mittel- bis langfristig eine Stärkung von Frauen in der Politik und eine Erhöhung des Frauenanteils in Parlamenten und Regierungen.

Hoecker (2009, o.S.) entwirft folgende Perspektiven, um zu einer Gleichstellung von Frau und Mann in der Politik zu gelangen: „Soll Politik nicht eine männliche Domäne bleiben, dann stellt eine konsequente Politik der Geschlechtergleichheit mit die wichtigste Aufgabe dar. Insbesondere die Parteien sind aufgefordert, Frauen nicht nur in Wahlkampfzeiten als relevante Zielgruppe zu umwerben, sondern ihren Lebenslagen und Interessen in der politischen Praxis permanent Rechnung zu tragen. Darüber hinaus kann Gleichberechtigung nur gelingen, wenn die Politik auch Männer in den Blick nimmt und einen Wandel des männlichen Rollenverständnisses intendiert. (...) Und schließlich müssen auch die Medien ihrer Sozialisationsfunktion nachkommen und neue Geschlechterrollenbilder vermitteln. Die Verwirklichung der Geschlechterdemokratie bleibt somit eine Herausforderung auch für das 21. Jahrhundert.“

Es geht dabei allerdings nicht nur um die gleichberechtigte und gleichwertige Rolle der Frau in der Politik, sondern diese ist eingebettet in das umfassende Projekt der faktischen Gleichstellung der Frauen. Von diesem Ziel sind wir nach wie vor weit entfernt, wenn man beispielsweise die Lohnungleichheit betrachtet oder weitere Aspekte der Ungleichheit, erhoben und dokumentiert auch von der OECD (2013) mit Blick auf die Gleichstellungspolitik und die Gleichstellung der Geschlechter in den Bereichen Bildung, Beschäftigung und Unternehmertum. Immer wieder belegen Studien auch, dass angesichts immer besser ausgebildeter Frauen deren Potential nur unzureichend ausgeschöpft wird, was sich in unterdurchschnittlichen Erwerbsquoten ebenso ausdrückt wie in vergleichsweise schwachen Berufskarrieren. Stellvertretend für weitere kann auf Allmendinger (2012) verwiesen werden, die die Erwerbsprobleme von Frauen beschreibt, namentlich auch Probleme des beruflichen Wiedereinstiegs nach einem familiär bedingten Erwerbsunterbruch, die in einem gesellschaftspolitisch konservativen Wohlfahrtsstaat wie Deutschland – wie auch den anderen deutschsprachigen Ländern einschliesslich Liechtenstein – besonders akzentuiert sind.

Eine Studie des Schweizer Beratungsunternehmens Accenture beispielsweise zeigt, dass die Vereinbarkeit von Kindern und Karriere bei Frauen stark angezweifelt wird. Bei Männern ist dies überhaupt kein Thema.<sup>21</sup> Eine Studie von Strunk et al. (2005) belegt, dass das Geschlecht

---

<sup>21</sup> Bericht in der SonntagsZeitung vom 10. März 2013. Die Studie umfasst 4100 befragte Frauen und Männer in 30 Ländern. In der Schweiz herrscht sogar im Vergleich zu anderen Staaten relativer Optimismus, da „nur“ 39 Prozent der Aussage zustimmen, dass sich bei Frauen Kinder und Karriere nicht vereinbaren liessen.

einen entscheidenden Einfluss auf den Karriereverlauf ausübt, selbst wenn eine Vielzahl von weiteren möglichen Variablen kontrolliert wird. Fazit: „Frauen werden bei gleichen Voraussetzungen benachteiligt. Dies verweist auf eine direkte oder indirekte Diskriminierung von Frauen auf Grund ihres Geschlechts“ (Strunk und Hermann 2009, 254).

Unter dem Begriff des „Gender Mainstreaming“ wird das Ziel verfolgt, die Gleichstellung beider Geschlechter auf allen gesellschaftlichen Ebenen durchzusetzen. Dieses an der 4. UN-Weltfrauenkonferenz in Peking bekräftigte Konzept findet auch Eingang in die Grundsatzhaltung der Europäischen Union, basierend auf dem Amsterdamer Vertrag von 1997/1999, bekräftigt im Vertrag von Lissabon, welcher die Gleichstellung der Geschlechter als fundamentalen Wert der Europäischen Union definiert und alle Aktivitäten der EU umfasst. Eine aktuelle Auseinandersetzung mit Zielen und Defiziten in unterschiedlichen Politikbereichen findet sich in den Beiträgen bei Abels und Mushaben (2012) und Lombardo und Forest (2012). Auch die Gleichstellungspolitiken der Nationalstaaten sind geprägt von einem steten Bemühen, die Rolle der Frau in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft derjenigen der Männer anzugleichen, wenngleich die Erfolge sich eher schleppend – wenn überhaupt – einstellen und daher auch manche Fragestellungen und Analysen gleich oder ähnlich bleiben (vgl. Beiträge in Bayes 2012 mit Überblicken über den Forschungsstand in den verschiedenen Kontinenten).

Angesichts der Problemlage stellt sich die Frage, wo also der Hebel angesetzt werden soll. Über das Konzept des Gender Mainstreaming, einer generellen Gleichstellungspolitik und einer sich vielleicht daraus ergebenden Verbesserung der Wahlchancen von Frauen? Oder durch die Einführung von verbindlichen Quoten, um den Prozess im Bereich der Politik abzukürzen und der Bewusstseinsbildung mit diesem Mittel einen zusätzlichen Schub zu verleihen? Unter dem Begriff des „Diversity Management“ ist noch ein weiteres Konzept entwickelt worden, welches das Gleichstellungskonzept auf alle unterrepräsentierten oder benachteiligten Gruppen ausdehnen will. Dieses an sich wünschenswerte Ziel wird aus der Perspektive der Gleichstellung und Chancengleichheit von Frauen allerdings teilweise kritisch betrachtet, da damit der Fokus auf die Gleichstellung von Frauen verloren gehen kann und alternativen Zielen – beispielsweise der Integration von Menschen mit Behinderung oder älteren Mitarbeitenden in Wirtschaftsunternehmen – Priorität eingeräumt wird (Woodward 2012, 99–101). In der Schweiz wird derzeit ein Diversity-Index erarbeitet. Das Institut für Finanzdienstleistungen Zug der Hochschule Luzern führt 2013 eine Umfrage bei allen Firmen mit mehr als 250 Angestellten hinsichtlich der Diversität, also der Heterogenität der Belegschaft, durch. Der Index dient als Benchmark, um zu sehen, wo die einzelnen Firmen bezogen auf eine gewinnbringende und innovationsfördernde Durchmischung nach Alter, Geschlecht etc. im Vergleich zu anderen Unternehmen stehen (Leitung: Sita Mazumder).<sup>22</sup>

Der langsame Fortschritt – hinsichtlich des Frauenanteils in den Parlamenten sogar Stagnation oder Rückschritt – bringt immer wieder die Quotenforderung auf die Agenda (Lingg 2011). Im

---

<sup>22</sup> Es handelt sich um ein von der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) und von der Privatwirtschaft gefördertes Projekt. Vgl. auch Bericht in der NZZ am Sonntag vom 26. Mai 2013, S. 41.

von Franceschet et al. (2012a) herausgegebenen Sammelband erwähnt Drude Dahlerup in einem Grusswort, dass weltweit 52 Staaten in irgendeiner Form Geschlechterquoten bei Wahlen per Gesetz eingeführt haben (ebd., VII). In weiteren rund 40 Staaten hätten sich politische Parteien Quoten als Selbstverpflichtung auferlegt. Mittels Quoten werden beispielsweise in Ruanda (56.3 Prozent Frauenanteil im Parlament), Argentinien (37.4 Prozent), Südafrika (42.3 Prozent) oder Costa Rica (38.6 Prozent) Ergebnisse erzielt, die mit den allgemein gleichstellungsfreundlichen nordischen Staaten mitzuhalten vermögen. Auf einer von International IDEA, der Interparlamentarischen Union und der Universität Stockholm unterstützten Website ([www.quotaproject.org](http://www.quotaproject.org)) werden die Quotenbestimmungen der Nationalstaaten aufgeführt. Dabei wird nach Krook (2009) zwischen drei Arten von Quoten unterschieden: Mindestanteil an Mandaten („reserved seats“), Quote auf Kandidatenlisten („legal candidate quotas“) und freiwillige Quoten der Parteien („political party quotas“), wobei auch andere Unterscheidungen üblich sind (Franceschet et al. 2012b, 5). Im Frühjahr 2013 waren auf der Website 18 Staaten ausgewiesen, die einen Mindestanteil an Mandaten vorschrieben, zehn davon auf Verfassungsebene, acht auf Gesetzesebene geregelt.<sup>23</sup> Diese Staaten liegen vor allem im afrikanischen, arabischen und asiatischen Raum. Vorschriften für die Wahllisten sind für 45 Staaten erfasst, der Grossteil davon (37) ist auf Gesetzesebene normiert. Insgesamt sind 112 Staaten auf der Website erfasst.

Eine Quotenregelung führt allerdings nicht automatisch zu einem hohen Frauenanteil im Parlament. Es hängt davon ab, wie die Regelungen im Detail ausgestaltet sind und umgesetzt werden. Von den erwähnten 18 Staaten mit Quotenregelungen zur Mandatszahl weist die Mehrzahl einen Frauenanteil von unter 30 Prozent im Parlament auf<sup>24</sup> (absteigende Reihenfolge): Afghanistan (27.7 Prozent), Süd-Sudan (26.5), Sudan (24.6), Kirgistan (23.3), Pakistan (22.5), Eritrea (22.0), China (21.3), Bangladesch (19.7), Marokko (17.0), Djibouti (13.8), Somalia (13.8), Niger (13.3), Jordanien (12.0), Kenia (9.8). Nur in vier dieser Staaten liegt der Frauenanteil im Parlament bei über 30 Prozent (aufsteigende Reihenfolge): Burundi (30.5), Uganda (35.0), Tansania (36.0), Ruanda (56.3). Auf den Fall Deutschland bezogen ziehen Davidson und Kürschner (2011, 34) insofern eine durchmischte Bilanz, dass die Quoten- und Quorumsregelungen zwar Wirksamkeit beweisen, aber noch nicht konsequent genug angewandt werden. Holtkamp et al. (2011, 48) gelangen aufgrund ihrer Analyse von Kommunalwahlen in Deutschland in verschiedenen Bundesländern zum einfachen Schluss, dass es ohne gesetzliche Quote keine Parität geben wird.

Quoten verfolgen das Ziel, einen Frauenanteil – allenfalls auch einen Geschlechteranteil – von mindestens 30 oder 40 Prozent zu erreichen. Unter Quoten werden allerdings nicht unbedingt Mandatsquoten verstanden, sondern auch Quoten bei den Kandidatenlisten. Teilweise wird auch eine „doppelte“ Quote geführt, indem neben der rechnerischen Geschlechterquote auf den Listen auch Wert darauf gelegt wird, dass die Geschlechter so platziert werden, dass sie gleiche Wahlchancen haben (bsp. Argentinien und Belgien). Ein Frauenanteil von 40 Prozent auf allen

---

<sup>23</sup> Zugriff am 16. April 2013. Es sind dies in alphabetischer Reihenfolge: Afghanistan, Bangladesch, Burundi, China, Djibouti, Eritrea, Jordanien, Kenia, Kirgistan, Marokko, Niger, Pakistan, Ruanda, Somalia, Süd-Sudan, Sudan, Tansania und Uganda.

<sup>24</sup> Daten der Interparlamentarischen Union, [www.ipu.org](http://www.ipu.org) [Zugriff: 16. April 2013].

Stimmzetteln könnte beispielsweise in Liechtenstein eine Massnahme zur Frauenförderung darstellen.

Eine neue Initiative der Europäischen Union betrifft eine Frauenquote von 40 Prozent in Aufsichtsräten von grossen, börsennotierten Unternehmen. Im November 2012 wurde die Vorlage nach einem entsprechenden Beschluss des Kollegiums der Kommissare von Viviane Reding, der EU-Kommissarin für das Ressort Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, der Öffentlichkeit kommuniziert und dem Europäischen Parlament zur Beschlussfassung zugestellt. Ein aktueller Bericht der Europäischen Kommission zeigt ebenfalls wachsende Ungeduld betreffend der Unterrepräsentation von Frauen, hier am Beispiel der Teilnahme an europäischen Forschungs- und Innovationsprojekten (European Commission 2013). Die zuständige Kommissarin Máire Geoghegan-Quinn zeigt sich im Bericht enttäuscht: „I must say that the analyses presented show that we are far from achieving gender equality in research. This is regretful for women researchers and bad for Europe. (...) The figures do show us that some gaps have been reducing slowly over recent years, but gender imbalance in research is not a self-correcting phenomenon and so we must redouble our efforts. This is why I have pushed hard to ensure that the promotion of gender equality is an integral part of the EU's strategy to establish the European Research Area.“ (ebd., 3). Der Bericht gelangt zu folgendem Schluss: „Although the situation appears more favourable for the youngest generations of female academics in a subset of countries, the gender gap is still disproportionately high compared with the increase in the proportion of women students and thus casts doubt on the hypothesis that women will automatically ‚catch up‘ to their male counterparts. Proactive policies are thus essential to significantly reduce these gaps.“

Der laufende Wahlkampf in Deutschland im Hinblick auf die Bundestagswahl 2013 facht ebenfalls Diskussionen rund um Quotenregelungen an, wobei die Positionen hinsichtlich der Regelungstiefe, der Verbindlichkeit und der Fristen deutlich auseinandergehen.

Wie man am Beispiel von Ruanda sieht, können Quoten tatsächlich ein wirksames Mittel darstellen. Ob sie politisch gewünscht und erstrebenswert sind und die notwendige Mehrheit finden, ist eine andere Frage. Vielleicht kommt man aber auf die Dauer nicht daran vorbei, entweder das Ziel der Gleichstellung der Geschlechter aufzugeben oder verbindliche Massnahmen ins Auge zu fassen. Dies ist auch dem Interview von Kersten Kellermann, Leiterin des Bereichs Forschung der Konjunkturforschungsstelle Liechtenstein, zu entnehmen: „Die Quote kommt, weil sich von alleine nichts ändert.“<sup>25</sup> Bezüglich des Tempos der Einführung in Liechtenstein muss man allerdings skeptisch sein. Ein Vorstoss der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann im Oktober 2012 zur Einführung von Geschlechterquoten auf den Wahllisten auf Gemeinde- und Landesebene (Kommission 2012) ist jedenfalls von der damaligen Regierung nicht aufgegriffen worden.<sup>26</sup> Der geschlossene Rücktritt der Kommission Mitte Mai 2013 aus Enttäuschung über

---

<sup>25</sup> Interview im Liechtensteiner Vaterland vom 8. November 2011, S. 4. Das Interview stand im Kontext einer Veranstaltung der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und der Stabsstelle für Chancengleichheit zum Thema „Vielfalt durch Quoten“ am 9. November 2011. Vortragsfolien bei Kellermann (2011).

<sup>26</sup> Dem Bericht der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann gingen Seminararbeiten von Sprenger (2007) über Quoten voraus, ferner auch eine Veranstaltung der Kommission und der Stabsstelle für Chancen-

die personelle Unterdotierung der Stabsstelle für Chancengleichheit und anderen Gründen zeigt ebenfalls, dass von dieser Seite nicht damit gerechnet wird, dass sich in der liechtensteinischen Politik in naher Zukunft betreffend der faktischen Gleichstellung von Mann und Frau sehr viel bewegen wird.

## 10. AUSBLICK

Müssen wir uns damit abfinden, dass Frauen in den nationalen Parlamenten und in den Exekutiven meist klar unterrepräsentiert sind? Dass Frauen in Liechtenstein noch nie bei einem Viertel aller Abgeordneten angelangt sind? Dass die bisherigen Kampagnen und Fördermassnahmen nicht zum Ziel geführt haben? Stagnation in der Vertretung von Frauen in der Politik und sinkendes Bewusstsein für Fördermassnahmen lassen wenig Hoffnung aufkommen. Andererseits gibt es Signale, dass die Erfolglosigkeit bisheriger Strategien – nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft – nicht zur Aufgabe des Ziels einer angemessenen Vertretung von Frauen in allen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Belangen führt, sondern zu einem Überdenken der Strategie. Als Sinnbild hierfür stehen Diskussionen über Geschlechterquoten. Ein bedeutsamer Akteur ist hierbei die Europäische Union, welche wiederum die Diskussionen und gesetzlichen Massnahmen in den Mitgliedsstaaten beeinflusst oder am Ende des politischen Prozesses allenfalls auch verbindlich vorschreibt.

Wo steht Liechtenstein? Wenn man die politischen Diskussionen der Vergangenheit betrachtet, finden Quotenlösungen wohl keine breite Unterstützung.<sup>27</sup> Als Nicht-Mitgliedsstaat der EU ist Liechtenstein in vielen Belangen auch nicht den entsprechenden Beschlüssen, Direktiven, Richtlinien und Gesetzen unterstellt. Trotzdem zeigen vielfach auch indirekte Impulse aus der Europäischen Union und den Nachbarstaaten ihre Wirkung in Liechtenstein.

Welche Optionen stellen sich aber ausserhalb von Quotenlösungen? Wie wir im vorangegangenen Kapitel gesehen haben, liegt die schwache Vertretung von Frauen in der Politik nicht im mangelnden Interesse von Frauen an der Politik begründet. Vorbehalte von Seiten der Frauen gibt es jedoch gegenüber einem Engagement in den institutionalisierten Formen der Politik, in

---

gleichheit am 9. November 2011, schliesslich auch ein nicht veröffentlichtes Rechtsgutachten über die Einführung von Quoten, dessen Resultate in den Bericht der Kommission einfließen.

<sup>27</sup> In öffentlichen Stellungnahmen ist vielfach eine reservierte Haltung zu Quoten zu vernehmen. Dies betrifft die meisten Parteien und schliesst auch Frauen mit ein, die Bedenken äussern, als Quotenfrauen abgestempelt zu werden. Robustere Daten stehen aufgrund einer Nachwahlbefragung von 1997 zur Verfügung (Marxer 1997). Damals äusserten sahen von den in einer repräsentativen, telefonischen Umfrage interviewten Wahlberechtigten weniger als 30 Prozent Frauenquoten als geeignete Fördermassnahme an. Es gibt keinen Grund zur Annahme, dass sich dieser Anteil in der Zwischenzeit erhöht hat. Unter den bevorzugten Förderinstrumenten mit Zustimmungsqoten von über 70 Prozent wurden hingegen die bessere parteiinterne Vorbereitung, die Unterstützung durch die Medien sowie die Unterstützung durch Familie und Bekannte genannt. Frauenquoten und Frauenwahllisten schnitten von den zur Beurteilung gestellten Fördermassnahmen am schlechtesten ab. Die stärkste Unterstützung bekamen Frauenquoten in der Umfrage von Wählerinnen und Wählern der FL (knapp 50 Prozent), während nur rund ein Viertel der VU- und FBP-Anhänger/innen Frauenquoten als geeignet ansahen. Zwischen den befragten Männern und Frauen zeigte sich in der Frage der Frauenquoten kein Unterschied.

Bezug auf den Stil der Auseinandersetzung, dem persönlichen Auftritt in der Öffentlichkeit. Karrierehemmnisse für Frauen, sei es im Erwerbsleben oder hinsichtlich der Erfolgsaussichten bei Wahlen, führen zusätzlich zu einer unterdurchschnittlichen Präsenz in den Medien und der Öffentlichkeit, sodass die Rollenverteilung von Frauen und Männern perpetuiert wird. Allenfalls tragen auch noch die Medien einen Teil der Schuld, falls sie selbst zur Marginalisierung von Frauen neigen. Gleichzeitig sind die traditionellen Rollenbilder hinderlich für die Karriere von Frauen, nicht nur in der Politik. Ein Teufelskreis. An sich würde der hohe Ausbildungsgrad von Frauen im Unterschied zu früheren Jahrzehnten einen hohen Anteil von Frauen in Führungspositionen auf allen Ebenen erwarten lassen. Das ist aber gegenwärtig nicht der Fall, weder in der Wirtschaft, noch in der Politik, der Verwaltung oder weiteren Strukturen wie Vereinen, Verbänden etc., von wenigen und gleichzeitig meist frauentypischen Ausnahmen abgesehen.

Eine Erhöhung des Frauenanteils in der Politik muss flankiert werden von einer Erhöhung des Frauenanteils in allen Bereichen. Dies stellt sich nicht automatisch ein, trotz des hohen Ausbildungsniveaus von Frauen. Die Selbstregulierung und die Gesetze der freien Marktwirtschaft haben nur zu einem bescheidenen Fortschritt geführt. Selbst die staatliche Verwaltung ist auf der obersten Ebene praktisch ausschliesslich in Männerhand. Daran wird sich vermutlich auch in Zukunft nichts ändern, falls nicht entweder verbindliche Quoten eingeführt oder verbindliche Selbstverpflichtungen eingegangen werden, die streng kontrolliert werden. In der Politik sind hierzu insbesondere die Parteien aufgerufen. Eine Selbstverpflichtung könnte beispielsweise lauten, dass auf Wahllisten jedes Geschlecht mit mindestens 40 Prozent Anteil vertreten sein muss. Zielführend wäre es, wenn alle Parteien nicht nur ein rhetorisches Bekenntnis zur Gleichstellung der Frauen und zur Förderung von Frauen in der Politik abgeben, sondern auch eine gemeinsame Strategie entwickeln würden. Das sollte nicht schwieriger zu bewerkstelligen sein als andere zukunftsweisende Strategien. Es scheint dies nur eine Frage des politischen Willens zu sein.

## 11. QUELLEN

Gesetz vom 17. Juli 1973 über die Ausübung der politischen Volksrechte in Landesangelegenheiten (Volksrechtegesetz); LGBL. 1973 Nr. 50.

Gesetz vom 10. März 1999 über die Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz) (GLG). LGBL. 1999 Nr. 96.

Nachwahlumfrage 1997. Konzeption/Auftrag: Wilfried Marxer. Durchführung: iha-gfm. Stichprobe: 769.

Nachwahlumfrage 2001. Konzeption/Auftrag: Wilfried Marxer. Durchführung: ipso. Stichprobe: 800.

Nachwahlumfrage 2005. Konzeption/Auftrag: Wilfried Marxer/Liechtenstein-Institut. Durchführung: DemoScope. Stichprobe: 813.

Nachwahlumfrage 2009. Konzeption/Auftrag: Wilfried Marxer/Liechtenstein-Institut. Durchführung: DemoScope. Stichprobe: 800.

Nachwahlumfrage 2013. Konzeption/Auftrag: Wilfried Marxer/Liechtenstein-Institut. Durchführung: DemoScope. Stichprobe: 600.



## 12. LITERATUR

- Abächerli, Lucia; Würsch, Maya (2001): Frau Macht Politik. Eine Auseinandersetzung mit der Partizipation der Frauen in der parlamentarischen Politik der Schweiz. Diplomarbeit. Bern: Edition Soziothek.
- Abels, Gabriele; Mushaben, Joyce Marie (2012): Gendering the European Union. New approaches to old democratic deficits. Houndmills, Basingstoke, New York: Palgrave Macmillan (Gender and politics series).
- Allmendinger, Jutta (2010): Verschenkte Potenziale? Lebensverläufe nichterwerbstätiger Frauen. Frankfurt a.M., New York: Campus-Verlag.
- Bauer, Tanja (2010): Frauen und Politik im Kanton Freiburg: Haben wir genug? Hg. v. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen. Freiburg.
- Bayes, Jane H. (Hg.) (2012): Gender and politics. The State of the Discipline. Opladen: Barbara Budrich Publishers (The World of Political Science – The Development of the Discipline Book Series).
- Bernet, Jennie (2012): Women's Empowerment and Cultural Change in Rwanda. In: Susan Franceschet, Mona Lena Krook und Jennifer M. Piscopo (Hg.): The Impact of Gender Quotas. New York: Oxford University Press, S. 190–207.
- Brunsbach, Sandra (2011): Machen Frauen den Unterschied? Parlamentarierinnen als Repräsentantinnen frauenspezifischer Interessen im Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 42 (1), S. 3–24.
- Bundesamt für Statistik; Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann; Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hg.) (2003): Die Frauen bei den Wahlen 1999–2003. Der lange Weg ins Parlament. Neuchâtel: Broschüre.
- Davidson-Schmich, Louise; Kürschner, Isabelle (2011): Stösst die Frauenquote an ihre Grenzen? Eine Untersuchung der Bundestagswahl 2009. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 42 (1), S. 25–34.
- Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hg.) (1992): Eidgenössische Wahlen 91 (Frauenfragen, 3/92). Bern.
- Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hg.) (1996): Politik (Frauenfragen, 1/96). Bern.
- Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hg.) (2000): Politische Partizipation (Frauenfragen, 1/2000). Bern.
- Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hg.) (2001): Mentoring in der Politik (Frauenfragen, 1/2001). Bern.
- Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hg.) (2003): Blickfeld Gender. 13 Empfehlungen für Medienschaffende zu den eidgenössischen Wahlen 2003. Bern.
- Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hg.) (2003): Medien, Geschlecht und Politik. Bern (Frauenfragen, 2003/1). Bern.
- Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hg.) (2004): Doing Gender in der Wahlkampf-kommunikation? Bern (Frauenfragen, 2004/2). Bern.
- Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hg.) (2005): Mentoring in der Politik (Frauenfragen, 2/2005). Bern.

- Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hg.) (2008): Mehr Frauen in die Politik! (Frauenfragen, 1/2008). Bern.
- Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hg.) (2012): Politisch am Ball (Frauenfragen, 2012). Bern.
- European Commission (2013): She Figures 2012. Gender in Research and Innovation. Statistics and Indicators. Luxembourg.
- Franceschet, Susan; Krook, Mona Lena; Piscopo, Jennifer M. (2012a): The impact of gender quotas. New York: Oxford University Press.
- Franceschet, Susan; Krook, Mona Lena; Piscopo, Jennifer M. (2012b): Conceptualizing the Impact of Gender Quotas. In: Susan Franceschet, Mona Lena Krook und Jennifer M. Piscopo (Hg.): The Impact of Gender Quotas. New York: Oxford University Press, S. 3–24.
- Frauenprojekt Liechtenstein (Hg.) (1994): Inventur. Zur Situation der Frauen in Liechtenstein. Bern/Dortmund: eFeF Verlag.
- Frick, Julia (2005): Frauenerwerbsarbeit im Liechtenstein der Nachkriegszeit bis zum Beginn der 70er Jahre. Von Mädchen, Töchtern, Fabriklerinnen und Bürofräuleins und den ersten weiblichen Arbeitskräften von Vater Staat. Lizentiatsarbeit. Universität Fribourg, Schaan.
- Hardmeier, Sibylle; Klöti, Anita (2004a): Doing Gender in der Wahlkampfkommunikation? Eine Analyse zur Herstellung und Darstellung von Geschlecht im Rahmen der Presseberichterstattung zu den eidgenössischen Wahlen 2003. In: Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hg.): Doing Gender in der Wahlkampfkommunikation? Bern (Frauenfragen, 2004/2), S. 11–22.
- Hardmeier, Sibylle; Klöti, Anita (2004b): Präsenz, Themen und Selbstdarstellungsstrategien in der Wahlkampfkommunikation: Eine Inhaltsanalyse zu Doing Gender bei den eidgenössischen Wahlen 2003 (im Auftrag der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen). Universität Zürich/Institut für Politikwissenschaft. Zürich/Bern.
- Heeb-Fleck, Claudia (1995): Frauenarbeit in Liechtenstein in der Zwischenkriegszeit 1924 bis 1939. In: Historischer Verein für das Fürstentum Liechtenstein (Hg.): Jahrbuch des Historischen Vereins. Vaduz: Verlag des Historischen Vereins (95), S. 1–140.
- Herovitsch, Daniela (1992): Die Veränderung der politischen Situation der Frau im Fürstentum Liechtenstein seit der Einführung des Frauenstimmrechtes im Jahr 1984. Diplomarbeit (Magister) Universität Salzburg. Salzburg.
- Hersche, Sonja (2005): Sag mir, wo die Frauen sind. Ursachen für die Unterrepräsentanz von weiblichen Führungskräften in der Wirtschaft im Fürstentum Liechtenstein. Magisterarbeit Psychologie, Fakultät der Kulturwissenschaften, Universität Klagenfurt. Mauren.
- Hoecker, Beate (2011): Politische Repräsentation von Frauen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Vergleich. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 42 (1), S. 50–65.
- Hoecker, Beate (2009): Frauen in der Politik. Beitrag zum Dossier „Frauen in Deutschland“ auf der Website der Bundeszentrale für politische Bildung. [Zugriff: 11.4.2013; datiert: 5.11.2009] <http://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauen-in-deutschland/49362/frauen-in-der-politik>.
- Hoecker, Beate (2008): 50 Jahre Frauen in der Politik: Späte Erfolge, aber nicht am Ziel. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (24/25), S. 10–18.

- Hoecker, Beate (Hg.) (2006): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Opladen: Budrich.
- Hoecker, Beate (1999): Frauen, Männer und die Politik. Lern- und Arbeitsbuch. Bonn: J.H.W. Dietz.
- Hoecker, Beate (Hg.) (1998): Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Opladen: Leske + Budrich.
- Hoecker, Beate (1995): Politische Partizipation von Frauen. Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik: Ein einführendes Studienbuch. Opladen: Leske + Budrich.
- Hoecker, Beate (1987): Frauen in der Politik. Eine soziologische Studie. Opladen: Leske + Budrich.
- Hofer, Karin; Wolfgruber, Elisabeth (2000): Warum werden Frauen nicht gewählt? Zur Situation von Politikerinnen am Land. In: Elisabeth Wolfgruber und Petra Grabner (Hg.): Politik und Geschlecht. Dokumentation der 6. Frauenringvorlesung an der Universität Salzburg. Innsbruck/Wien/München, S. 249–272.
- Holtkamp, Lars; Schnittke, Sonja; Wiechmann, Elke (2011): Die Stagnation der parlamentarischen Frauenpräsenz – Erklärungsansätze am Beispiel deutscher Grossstädte. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 42 (1), S. 35–49.
- Holtz-Bacha, Christina (2003): Die Darstellung von Politikerinnen in den Medien. In: Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hg.): Blickfeld Gender. 13 Empfehlungen für Medienschaffende zu den eidgenössischen Wahlen 2003. Bern, S. 47–49.
- Holtz-Bacha, Christina (2008): Frauen, Politik und Medien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Holtz-Bacha, Christina; König-Reiling, Nina (2007): Warum nicht gleich? Wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kellermann, Kersten (2011): Mehr Vielfalt durch Quote. Vortragsfolien. Hg. v. Konjunkturforschungsstelle Liechtenstein. Vaduz. Online verfügbar unter [http://www.kofli.li/dok/publikationen/Votr%C3%A4ge/Vortrag%20Frauenquote\\_Kellermann\\_Internet.pdf](http://www.kofli.li/dok/publikationen/Votr%C3%A4ge/Vortrag%20Frauenquote_Kellermann_Internet.pdf).
- Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann (1998): Massnahmenkatalog vom 15. Mai 1998 zur ausgewogenen Vertretung von Frauen in allen politischen Gremien in Liechtenstein. Vaduz.
- Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann (2002): Das Feld, das mir nicht gehört. Checkliste für Parteien. Vaduz.
- Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann; Gleichstellungsbüro der Regierung (1998): Ohne Frauen ist kein Staat zu machen. Zur ausgewogenen Vertretung von Frauen in allen politischen Gremien. Vaduz.
- Krook, Mona Lena (2009): Quotas for Women in Politics. New York: Oxford University Press.
- Kutschera, Andrea; Miko, Katharina; Sauer, Birgit; Supper, Sylvia (2000): Das Feld, das mir nicht gehört. Eine Studie zur Frauenpolitik in Liechtenstein. In Auftrag gegeben von der Kommission für Gleichstellung von Mann und Frau. Wien. Unveröffentlicht.
- Leyenaar, Monique (2012): Taking Stock: 1955–2005. 50 Years of Women's Political Representation in Europe. In: Jane H. Bayes (Hg.): Gender and Politics. The State of the Discipline.

- Opladen: Barbara Budrich Publishers (The World of Political Science – The development of the discipline Book Series), S. 107–133.
- Liebig, Brigitte (1997): Geschlossene Gesellschaft. Aspekte der Geschlechterungleichheit in wirtschaftlichen und politischen Führungsgremien der Schweiz. Chur/Zürich: Rüegger.
- Lingg, Jakob (2011): Frauenquoten und Verfassungsrecht. Zum Verhältnis von Geschlechterquotierung und dem verfassungsrechtlichen Gleichheitssatz (Beitrag zum momentum09-Kongress).
- Lombardo, Emanuela; Forest, Maxime (2012): The Europeanization of gender equality policies. A discursive-sociological approach. Basingstoke: Palgrave Macmillan (Gender and politics series).
- Marr, Mirko (2003): Frauen im Journalismus – Raumgewinn mit Hindernissen. In: Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hg.): Medien, Geschlecht und Politik. Bern (Frauenfragen, 2003/1), S. 17–18.
- Marxer, Isolde (Regie) (2002): Die andere Hälfte. 2 Videokassetten (I: Der Weg zum Frauenstimmrecht in Liechtenstein; II: Der Weg zur Gleichstellung in Liechtenstein). Prod.: Verein Bildungsarbeit für Frauen.
- Marxer, Veronika (1994): Zur Einführung des Frauenstimmrechts in Liechtenstein. In: Frauenprojekt Liechtenstein (Hg.): Inventur. Zur Situation der Frauen in Liechtenstein. Bern/Dortmund: eFeF Verlag, S. 169–209.
- Marxer, Veronika (1996): Historische Frauenforschung in Liechtenstein. In: Arthur Brunhart (Hg.): Historiographie im Fürstentum Liechtenstein. Grundlagen und Stand der Forschung im Überblick: Chronos, S. 163–170.
- Marxer, Wilfried (1997): Landtagswahlen vom 2. Februar 1997: Wahlergebnis der Frauen. Resultate einer repräsentativen Volksbefragung und von schriftlichen Umfragen bei den Landtagskandidatinnen und den Ortsgruppenvorsitzenden der Parteien (inkl. Tabellenband). Hg. Regierung des Fürstentums Liechtenstein. Vaduz.
- Marxer, Wilfried (2000): Männer und Frauen in der liechtensteinischen Tagespresse. Standardisierte quantitative Analyse der geschlechterspezifischen Unterschiede in der Berichterstattung der liechtensteinischen Tageszeitungen. Bendern.
- Marxer, Wilfried (2000): Wahlverhalten und Wahlmotive im Fürstentum Liechtenstein. Diss. Univ. Zürich. Vaduz: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft.
- Marxer, Wilfried (2004): 20 Jahre Frauenstimmrecht – eine kritische Bilanz. Erweiterte Fassung eines Vortrages zur Jubiläumsveranstaltung „20 Jahre Frauenstimmrecht“ am 26. Juni 2004 in Vaduz. Bendern (Beiträge Liechtenstein-Institut, 19).
- Marxer, Wilfried (2005): Wahlchancen von Frauen in der liechtensteinischen Politik. Analysen zu den Landtagswahlen 2005 in Liechtenstein (I). Bendern (Beiträge Liechtenstein-Institut, 30).
- Marxer, Wilfried (2007): Lohn(un)gleichheit in der Liechtensteinischen Landesverwaltung. Untersuchung im Auftrag der Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Landesverwaltung und der Stabsstelle für Chancengleichheit. Bendern (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 10).
- Marxer, Wilfried (2011): Gemeinderatswahlen 2011: Probleme der Rekrutierung von Kandidatinnen und Kandidaten. Bendern (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 31).

- Marxer, Wilfried (2012a): Lohn(un)gleichheit in der Liechtensteinischen Landesverwaltung. Untersuchung im Auftrag der Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Landesverwaltung und der Stabsstelle für Chancengleichheit. Bendern (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 36).
- Marxer, Wilfried (2012b): Religion in Liechtenstein. In: Markus Porsche-Ludwig und Jürgen Bel- lers (Hg.): Handbuch der Religionen der Welt. Band 1: Amerika und Europa. 2 Bände. Nord- hausen: Verlag Traugott Bautz, S. 263–268.
- Meuli, Urs; Ladner, Andreas (2000): Frauen in den Gemeindeexekutiven 1988 bis 1998. Kleine Zürcher Gemeindestudien. Zürich: Soziologisches Institut der Universität Zürich.
- Nyffeler, Bettina; Ley, Anne-Marie; Hoffmann, Barbara (1996): Die Kandidatinnen in den Medien. Geschlechterspezifische Medienanalyse zu den Eidgenössischen Wahlen 1995. Im Auftrag der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen. Bern: Eidgenössische Kommission für Frau- enfragen.
- Nyffeler, Bettina (2001): Eidgenössische Wahlen 1999: Medien, Politik und Geschlecht. (Hg.: SRG, SSR idée suisse Forschungsdienst/Eidgenössische Kommission für Frauenfragen). Bern.
- OECD (2013): Gleichstellung der Geschlechter. Zeit zu handeln. OECD Publishing.
- Pallaver, Günther; Lengauer, Günther (2008): Weibliche Repräsentanz und Media Frames. Poli- tikerinnen in Österreichs Medien. In: Johanna Dorer, Brigitte Geiger und Regina Köpl (Hg.): Medien – Politik – Geschlecht. Feministische Befunde zur politischen Kommunikationsfor- schung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 104–124.
- Pickel, Susanne (2013): Demokratie, Anokratie, Autokratie und die Verwirklichung der Rechte von Frauen – Wechselbeziehungen zwischen Gender Empowerment, Wertestrukturen und Regimepersistenz. In: Steffen Kailitz und Patrick Köllner (Hg.): Autokratien im Vergleich. Ba- den-Baden: Nomos (Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 47), S. 438–476.
- Regierung des Fürstentums Liechtenstein (2007): KMU-Handbuch Beruf und Familie: Massnah- men zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in kleinen und mittleren Unternehmen. Eine Dienstleistung des Ressorts Familie und Chancengleichheit. Vaduz.
- Regierung des Fürstentums Liechtenstein; Stabsstelle für Chancengleichheit; Vorarlberg Frauen (2007): Chancengleichheit in Betrieben: Diversity Management – der Schlüssel für erfolgrei- ches Handeln in einer globalisierten Welt. Vaduz/Bregenz.
- Rösslhumer, Maria; Appelt, Birgit (2001): Hauptsache Frauen. Politikerinnen in der Zweiten Republik. Graz/Wien/Köln: Döcker.
- Russmann, Uta; Höller, Iris (2012): Geschlechterstereotype im Wahlkampf. Darstellung männli- cher und weiblicher Akteure. In: Fritz Plasser (Hg.): Erfolgreich wahlkämpfen. Massenmedien und Wahlkampagnen in Österreich. Wien: Facultas (Schriftenreihe des Zentrums für Ange- wandte Politikforschung, 32), S. 277–297.
- Sandberg, Sheryl (2013): Lean In: Women, Work, and the Will to Lead. New York: Alfred A. Knopf.
- Sauer, Birgit (2011): Die Allgegenwart der „Androkratie“: Feministische Anmerkungen zur „Postdemokratie“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (1-2), S. 32–36.
- Schöler, Bärbel (1994): Die Fremdheit der Politik. Erfahrungen von Frauen in Parteien und Par- lamenten. Weinheim: Deutscher Studien Verlag.

- Seitz, Werner (2000): Die Frauen bei den Nationalratswahlen 1999: Die Schritte in Richtung Gleichstellung werden kleiner. Mit einem Exkurs zu den Frauen bei den Ständeratswahlen 1998/1999 und bei den Wahlen in die kantonalen Regierungen und Parlamente (Stand: Ende 1999). In: Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hg.): Politische Partizipation (Frauenfragen, 1/2000), S. 13–22.
- Seitz, Werner (2001): Die Frauen in den Exekutiven der Schweizer Gemeinden 2001. Unter Mitarbeit von Madeleine Schneider. Hg. Bundesamt für Statistik. Neuchâtel: BFS.
- Seitz, Werner (2004): Die Frauen bei den eidgenössischen Wahlen 2003. Stolpersteine auf dem Weg zur politischen Gleichstellung. In: Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hg.): Doing Gender in der Wahlkampfkommunikation? Bern (Frauenfragen, 2004/2), S. 51–56.
- Seitz, Werner (2008): Die Frauen bei den Nationalratswahlen 2007: Bürgerliche Frauen holen auf.
- Seitz, Werner (2012): Die Frauen bei den eidgenössischen Wahlen 2011. Der langjährige Vormarsch der Frauen gerät ins Stocken. Mit einem Exkurs zu den Frauen bei den Wahlen in die kantonalen Parlamente und Regierungen 2008/2011. In: Frauenfragen 35 (Ausgabe November), S. 8–18.
- Simon, Silvia (2007): Wandel der Familie und Ansätze der Familienpolitik. Beitrag der Familienpolitik zu einer zukunftsfähigen Entwicklung im Fürstentum Liechtenstein. Bendern (Beiträge Liechtenstein-Institut, 39).
- Simon, Silvia (2008): Vertikale Segregation zwischen Frauen und Männern – Ein Thema auch für Liechtenstein. Bendern (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 18).
- Sochin D’Elia, Martina (2013): The „Institute St. Elisabeth“ as a place of conservation and encouragement of a catholic identity for the female youth of Liechtenstein. In: Urs Altermatt, Jan de Maeyer und Franziska Metzger (Hg.): Religious Institutes and Catholic Culture in 19th and 20th Century Europe. Leuven: University Press Leuven.
- Sochin Martina (2008): „So denkt der Papst über die Frau“ – Vermitteltes Frauenbild am Institut St. Elisabeth in Liechtenstein 1935–1994. In: Rheticus, Feldkirch, 4/2008, S. 151–158.
- Sochin, Martina (2006): Karriereverlauf von Männern und Frauen in Liechtenstein. Untersuchung anhand einer Realschulabschlussklasse. Bendern (Beiträge Liechtenstein-Institut, 32).
- Sprenger, Petra (2007): Gleichstellung durch Quoten? Seminararbeit Fachbereich Staatsrecht, Universität Luzern. Triesen.
- Sprenger, Petra (2007): Verfassungsmässigkeit von Frauenquoten zur Herstellung der Gleichberechtigung der Geschlechter. Proseminararbeit Fachbereich Staatsrecht, Universität Luzern. Triesen.
- Stabsstelle für Chancengleichheit (2006): Gleichstellung lohnt sich. Information zum liechtensteinischen Gesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann im Erwerbsleben. Vaduz.
- Stabsstelle für Chancengleichheit (Hg.) (2006): Frauen und Männer in Liechtenstein. Zahlen und Fakten, Fragen und Antworten. Text: Christine Rein; Red.: Veronika Marxer. Vaduz.
- Stabsstelle für Chancengleichheit; Schatzmann, Rahel (2011): 25 Jahre Gleichstellung von Frau und Mann: was daraus geworden ist. Hg. v. Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann. Vaduz.
- Stalder, Sonja (2004): Eidgenössische Wahlen 2003. Medien, Politik und Geschlecht. Eine geschlechtsspezifische Analyse des Informationsangebots von Schweizer TV- und Radio-

- Stationen im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen 2003. Im Auftrag der SRG SSR idée suisse, der Eidgenössischen Kommission für Medien, Politik und Geschlecht. Bern.
- Stämpfli, Regula (1997): Wissenschaftliche Expertise zum „Massnahmenkatalog zur ausgewogenen Vertretung von Frauen in allen politischen Gremien in Liechtenstein“. Brüssel.
- Stämpfli, Regula (1998): Referatstext vom 13. März 1998 zum „Massnahmenkatalog zur ausgewogenen Vertretung von Frauen in allen politischen Gremien in Liechtenstein“. Brüssel.
- Stämpfli, Regula (2011): 2011. Schweizer Politik, weiss auf schwarz. Studie: „Schweizer Frauen in der Politik“. Im Auftrag der Schweizerischen Frauendachverbände, Projekt Eidgenössische Wahlen 2011: „Frauen Bauen Zukunft“, in Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen EKF. Unter Mitarbeit von Manuel Born.
- Steininger, Barbara (2011): Wahlrecht und Frauenrepräsentation. In: Klaus Poier (Hg.): Persönlichkeiten und Demokratie: Wie wählen wir die besten Köpfe? Wien/Graz: Neuer Wissenschaftlicher Verlag (Schriftenreihe für öffentliches Recht und Politikwissenschaft, 2), S. 43–58.
- Steininger, Barbara (2000): Feminisierung der Demokratie? Frauen und politische Partizipation. In: Anton Pelinka, Fritz Plasser und Wolfgang Meixner (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien. Wien: Signum (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, 22), S. 141–167.
- Strunk, Guido; Hermann, Anett (2009): Berufliche Chancengleichheit von Frauen und Männern. Eine empirische Untersuchung zum Gender Pay Gap. In: Zeitschrift für Personalforschung 23 (3), S. 237–257.
- Strunk, Guido; Hermann, Anett; Praschak, Susanne (2005): Eine Frau muss ein Mann sein, um Karriere zu machen. In: Wolfgang Mayrhofer, Michael Meyer und Johannes Steyrer (Hg.): Macht? Erfolg? Reich? Glücklich? Einflussfaktoren auf Karrieren. Wien: Linde, S. 211–242.
- Verrey, Etienne J. (2012): Eidgenössische Wahlen 2011. Das Projekt „Frauen bauen Zukunft“: Chancen und Grenzen. In: Frauenfragen 35 (Ausgabe November), S. 44–46. Bern.
- Vonlanthen Biedermann, Angelika (2009): Frauen in der politischen Elite Liechtensteins. Bachelorarbeit Universität Bern. Schaan.
- Woodward, Alison E. (2012): From Equal Treatment to Gender Mainstreaming and Diversity Management. In: Gabriele Abels und Joyce Marie Mushaben (Hg.): Gendering the European Union. New approaches to old democratic deficits. Houndmills, Basingstoke, New York: Palgrave Macmillan (Gender and politics series), S. 85–103.
- Zieser, Gernot (1985): Die aktuelle politische Situation im Fürstentum Liechtenstein. Qualitative Pilotstudie des Instituts für Grundlagenforschung im Auftrag der Fortschrittlichen Bürgerpartei. Salzburg.

\* \* \* \* \*